

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- 207 Mit der Darstellung der Verteilung des Volkseinkommens und der Verwendung des Sozialprodukts wird der Beitrag über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fortgesetzt. In einem abschließenden Beitrag im nächsten Monatsheft wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Produktivität behandelt.
-

Lohnsteuerliche Belastung 1971

- 217 Das Ausmaß der lohnsteuerlichen Belastung der Bruttolöhne hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit der Steuerpflichtige steuermindernde Freibeträge bzw. erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben im Rahmen des Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens oder beim Lohnsteuerjahresausgleich geltend machen kann.
-

Einzelhandel 1970 - 1973

- 224 Da sich die Struktur des Einzelhandels im Laufe der sechziger Jahre erheblich verändert hat, wurde die monatliche Einzelhandelsstatistik mit Hilfe der Handels- und Gaststättenzählung 1968 auf einen neuen Berichtskreis umgestellt.
-

Erwerbstätigkeit 1973

- 228 Mit Hilfe des Mikrozensus können in kurzer Zeit und mit vertretbarem Aufwand Zahlen über soziale und wirtschaftliche Veränderungen geliefert werden. Besonderes Interesse findet dabei der Komplex über das Erwerbsleben, weil hier Daten über einzelne Wirtschaftsbereiche, über Stellung im Beruf sowie über Arbeitsstunden und Einkommensverhältnisse zur Verfügung stehen.
-

Berufswünsche der Abiturienten 1974

- 230 Die Diskussion um den Numerus clausus hat offensichtlich dazu geführt, daß immer weniger Abiturienten studieren wollen. Trotz ungenügendem Angebot an Arbeitsplätzen beabsichtigen immer mehr Schüler aus gymnasialen Abschlußklassen sofort einen Beruf zu ergreifen.
-

Ausbildungsstand

- 232 Über den Ausbildungsstand in den verschiedenen Berufsgruppen gibt eine entsprechende Auswertung der Volkszählung 1970 Auskunft.
-

Anhang

- 65* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Rheinland-Pfalz hat wirtschaftlich aufgeholt

Erstmals können jetzt Landesergebnisse über Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts vorgelegt werden, die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nach einheitlicher Methode zusammengestellt sind und einen Vergleich der Länderergebnisse untereinander und mit dem Bundesergebnis zulassen.

Die Zahlen über die Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts zeigen deutlich die überaus günstige Entwicklung, die das Land gerade in dem Jahrzehnt von 1960 bis 1970 genommen hat. Die volkswirtschaftlich so bedeutenden Globalgrößen wie Volkseinkommen, Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, verfügbares Einkommen, Bruttosozialprodukt, privater Verbrauch, Staatsverbrauch und Anlageinvestitionen sind durchweg stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt, zum Teil sogar erheblich stärker. Gemessen an der Wohnbevölkerung liegt das Niveau dieser volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen allerdings meist noch unter dem Bundesdurchschnitt, wenn es sich diesem auch - bedingt durch die überdurchschnittlichen Zunahmeraten der Pro-Kopf-Werte - zum Teil sehr beachtlich genähert hat. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 207

Industriebeschäftigung im 1. Halbjahr 1974 rückläufig

Während des Zeitraums von Januar bis Juni 1974 sind im Vergleich zur ersten Hälfte des Vorjahres die Beschäftigtenzahl und die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden der rheinland-pfälzischen Industrie um 1,1 bzw. 5,7% merklich zurückgegangen, wobei sich dieser Rückgang ziemlich gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilte. Im Mai war der Beschäftigtenstand erstmals seit 1969 wieder unter die Grenze von 400 000 abgesunken. Der Rückgang um 1,1% bedeutet die relativ kurzfristige Aufgabe von rund 5 000 industriellen Arbeitsplätzen.

Demgegenüber wurden im ersten Halbjahr 1974 für die Lohn- und Gehaltssumme und den Umsatz beträchtliche Steigerungen, und zwar von + 9,4 bzw. + 16,4% ermittelt, worunter sich bei der Differenzierung des Umsatzergebnisses nach Inlandsgeschäften und Ausfuhr sehr unterschiedliche Raten von + 7,7 bzw. + 44,9% ergaben. Angesichts der spürbaren Erhöhung des Erzeugerpreisindex industrieller Produkte um 12,6% erweist sich hier das reale Umsatzwachstum als vergleichsweise gering, was weitgehend der stagnierenden Entwicklung von Produktion (plus 0,3%) und Energieverbrauch (+ 1,2%) entspricht.

Nach Industriehauptgruppen differenziert, war im Vergleich zum ersten Halbjahr 1973 das Arbeitskräftevolumen in den Verbrauchsgüter- sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien um 5,5 bzw. 1,7% rückläufig, wogegen sich auf dem Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie dem Investitionsgütersektor leichte Zunahmen (+ 1,1 bzw. + 0,9%) abzeichneten.

Für die ersten sechs Monate des Vorjahres waren gegenüber dem ersten Halbjahr 1972 noch Veränderungsquoten von + 0,7% beim Beschäftigtenstand, von + 0,3% bei der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, von + 13,0% bei der Lohn- und Gehaltssumme, von + 12,5% beim Umsatz (Export + 17,3%) sowie von + 8,2% bei der Produktion errechnet worden, bei einer Steigerung des Erzeugerpreisindex von + 5,8%. pe

Fast 80% der Erwerbstätigen nahmen ihre Berufstätigkeit nach Abschluß der Volksschule auf

Von den deutschen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz nahmen 78,7% nach dem Volksschulabschluß, 5,7% nach Erlangen der Mittleren Reife und 1,2% nach dem Abitur eine Berufstätigkeit auf; 9,8% absolvierten im Anschluß an den Besuch der allgemeinbildenden Schulen noch eine weiterführende Schule, davon 8,7% eine Berufsfach- oder Fachschule, 1,1% eine Ingenieurschule und 3,5% eine Hochschule. Zum Zeitpunkt der Zählung befanden sich 1,2% der Erwerbstätigen noch in einer schulischen Ausbildung. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 232

Industrieproduktion im Juli 1974 gegenüber Vorjahresmonat leicht gestiegen

Während die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie im Juli 1974 gegenüber dem Vormonat - durch die Urlaubszeit und vermehrte Kurzarbeit bedingt - beträchtlich zurückging (- 10,9%), konnte im Vergleich zum Vorjahresmonat ein leichter Anstieg verzeichnet werden (+ 2,4%).

Von der Rückläufigkeit der Produktion gegenüber Juni 1974 waren alle vier Industriehauptgruppen betroffen, wobei sich die Minderungsquoten zwischen - 5,7 % im Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie - 19,6% im Investitionsgüterbereich bewegten (Verbrauchsgüterindustrien - 14,7%). Im Vergleich zu Juli 1973 wurde gleichfalls für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien das günstigste Ergebnis ermittelt (+ 4,4%), wogegen der Nahrungs- und Genußmittel- (+ 1,7%) sowie der Investitionsgütersektor (+ 1,3%) nur unbedeutend expandierten (Verbrauchsgüterindustrien - 3,2%).

Von Januar bis Juli 1974 war in bezug zum entsprechenden Vorjahreszeitraum die industrielle Produktion mit einer Veränderung von + 0,5% stagnierend, während für das Vergleichsintervall des Jahres 1973 gegen 1972 noch eine Steigerung um 7,0% errechnet wurde. pe

Unvermindert hohes Außenhandelswachstum im 2. Quartal 1974

Die Entwicklung im Außenhandel, die sich bereits im 1. Quartal 1974 durch hohe Steigerungsraten bei Ein- und Ausfuhr auszeichnete, setzte sich auch im 2. Quartal noch verstärkt fort. In diesem Zeitraum erhöhte sich der rheinland-pfälzische Export gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 41,5% auf 3,51 Mrd. DM und der Import um 38,1% auf 2,16 Mrd. DM. Die hohe Exportsteigerung wurde vor allem mit den Partnern der EG (+ 494 Mill. DM oder 42,4%) und den Entwicklungsländern (+ 220 Mill. DM oder 60,6%) erzielt. Unter den EG-Ländern standen Frankreich mit + 151 Mill. DM oder 38,6% und Italien mit + 108 Mill. DM oder 51,6% an der Spitze. Aber auch Großbritannien konnte seine Einfuhren aus Rheinland-Pfalz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 78,4 Mill. DM oder + 62,2% steigern. Das bei der gegenwärtigen Konjunkturlage ungewöhnlich hohe Importwachstum war dagegen wieder zum größten Teil durch die gegenüber dem Vorjahr stark gestiegenen Erdölpreise bedingt. So erhöhten sich die Einfuhrwerte von Erdöl in diesem Zeitraum um 211 Mill. DM oder 179% auf 329 Mill. DM. Im ersten Halbjahr 1974 wurde mit 6,9 Mrd. DM um 39,7% mehr exportiert und mit 4,21 Mrd. DM um 37,4% mehr importiert als im ersten Halbjahr 1973. mc

Fast 9% Beschäftigte im Bauhauptgewerbe weniger als vor einem Jahr

Im zweiten Vierteljahr 1974 hat die Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes gegenüber dem Vorquartal leicht zugenommen (+ 0,3%); für die Arbeitsleistung, die Lohn- und Gehaltssumme sowie den Umsatz waren - hauptsächlich saisonbedingt - beträchtliche Steigerungen, und zwar um 21,3 sowie 23,9 und 10,0% zu verzeichnen. Im Februar sank der Beschäftigtenstand mit nur 79 390 Personen erstmals seit 1960 unter die 80 000-Grenze, so daß auch die geringfügige Erhöhung auf 80 630 Kräfte im Juni eine vergleichsweise kurzfristige Aufgabe von annähernd 10 000 Arbeitsplätzen innerhalb dieses Sektors deutlich macht (1969: 90 740; 1971: 89 280; 1973: 87 140 tätige Personen im Jahresdurchschnitt).

Diese - längerfristig betrachtet - rezessive bauhauptgewerbliche Entwicklung geht auch aus den Veränderungen während des Berichtsquartals gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1973 hervor. Diese beliefen sich für die Beschäftigten, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, die Löhne und Gehälter sowie den Umsatz auf - 8,5 und - 12,2 sowie - 0,4 und - 0,9%, worunter die weitgehend konstant gebliebenen monetären Größen maßgeblich auf Inflations-tendenzen zurückzuführen sind.

Für den Gesamtzeitraum von Januar bis Juni 1974 errechnen sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 1973 entsprechende Veränderungsraten von - 7,2 und - 9,8 sowie + 2,5 und + 7,7%. Der Produktionsindex des Bauhauptgewerbes veränderte sich während des zweiten Viertel- und ersten Halbjahres 1974 jeweils in bezug zur entsprechenden Vorjahresperiode um - 6,5 bzw. - 3,4%. pe

Lohnsteuerliche Belastung der Bruttolöhne 1971

Von den knapp 1,18 Millionen Lohnsteuerpflichtigen im Jahre 1971 zahlten 205 000, das sind 17,3%, keine Lohnsteuer, weil sie mit ihrem zu versteuernden Lohneinkommen unterhalb der Besteuerungsgrenzen lagen. 1968 war noch fast ein Viertel der Steuerpflichtigen nichtsteuerbelastet gewesen. Kinderfreibeträge, durch welche sich die lohnsteuerliche Belastung jeweils verringerte, wurden von 478 500 Steuerpflichtigen für insgesamt gut 945 000 Kinder in Anspruch genommen. Steuerermindernde Freibeträge, zum Beispiel für außergewöhnliche Belastungen sowie erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben konnten im Rahmen des Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens oder beim Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden. Für 1971 nutzten 72,6% aller nachgewiesenen Lohnsteuerpflichtigen eine oder beide Möglichkeiten. Von den Finanzämtern wurden dabei im Wege des Jahresausgleichs allein 288 Mill. DM rückerstattet.

Nachdem durch das vermögenswirksame Sparen gemäß dem 624-DM-Gesetz bisher die Lohnsteuerbelastung gemindert werden konnte, gewährt der Staat ab 1971 stattdessen eine Arbeitnehmer-Sparzulage. Knapp drei Fünftel aller abhängig Beschäftigten machten im Berichtsjahr vom Vermögensbildungsgesetz Gebrauch. Die gesamten vermögenswirksamen Leistungen betrugen gut 387 Mill. DM, die ausgezahlte Sparzulage belief sich auf insgesamt knapp 119 Mill. DM, das sind durchschnittlich 150 DM je Fall. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 217

Die Hälfte der erwerbstätigen Männer sind Arbeiter

Im Mai 1973 errechnete sich für Rheinland-Pfalz eine Erwerbsquote von 43% insgesamt, bei Männern 57% und bei Frauen 31%. Als Arbeiter war jeder zweite Mann tätig, aber nur jede dritte Frau. Die meisten Angestellten (39%) waren bei den weiblichen Erwerbstätigen zu finden, zur Gruppe der Beamten gehörte dagegen nur jede zehnte Frau.

Der stärkste Wirtschaftsbereich war wie in früheren Jahren mit 43% der Erwerbstätigen das produzierende Gewerbe. Es folgte der Dienstleistungsbereich mit 28%, der vor zehn Jahren erst 21% der Erwerbstätigen beschäftigt hatte. Konstant geblieben ist seit Jahren die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 228

13,5% mehr Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen

Im Wintersemester 1973/74 studierten an den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz 30 639 Studenten. An den Wissenschaftlichen Hochschulen in Mainz, Trier-Kaiserslautern und Trier (Theologische Fakultät) waren davon 18 867 eingeschrieben, an den Abteilungen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule 5 020 Studenten und an den Fachhochschulen 6 572. Zugenommen hat die Zahl der Studierenden gegenüber dem Sommersemester 1973 an Wissenschaftlichen Hochschulen um rund 2 500 (+ 13,5%), an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule um 565 (+ 11,3%) und an den Fachhochschulen um 1 150 (+ 17%).

Rund ein Drittel aller in Rheinland-Pfalz Studierenden an Wissenschaftlichen und Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen (10 120) bereitet sich auf ein Lehramt vor.

Fast die Hälfte der Studenten an den Wissenschaftlichen Hochschulen hatte sich in den Geistes- und Sprachwissenschaften immatrikuliert (9 143 oder 48,5%). Darunter waren 5 508 Studenten, die ein Lehramt anstreben. Medizin studierten 2 706 (14,3%) Studenten, Mathematik und Naturwissenschaften 2 625 (13,9%) und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1 697 (9%).

Von den Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen war mehr als ein Drittel (35,3%) weiblichen Geschlechts. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule waren drei Fünftel (60,5%) der Studierenden Frauen, an den Fachhochschulen dagegen nur ein Fünftel (21,8%). ke

Mehr als ein Viertel der 8 912 studienwilligen Abiturienten will Lehrer werden.

Von den Abiturienten des Jahres 1974 wollen weniger an einer Hochschule studieren als 1973. Hatten im Vorjahr noch 88,2% der abgehenden Schüler die Absicht, zu studieren, so sind es 1974 nur noch 83,4%. Die männlichen Abiturienten beabsichtigten dabei mit 84,7% in geringfügigerem Ausmaß mehr als die weiblichen Abiturienten mit 81,3%, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Zugenommen hat die Zahl der Unentschlossenen: 1973 konnten 7,6% der Schüler keine Aussage über ihren Beruf machen, 1974 hatten 10,5% noch keine Vorstellung davon. Eine steigende Tendenz zeigt auch die Zahl der Abiturienten, die nicht studieren wollen: Waren es 1973 noch 4,2%, die keine Studienabsicht hatten, so gaben 1974 bereits 6,1% an, nicht an eine Hochschule gehen zu wollen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 230

Fortsetzung des Beitrags aus Heft 8/1974

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts

III. Verteilung des Volkseinkommens 1960 - 1970

In Rheinland-Pfalz stärkstes Wachstum des Pro-Kopf-Volkseinkommens

Während das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen Maßstab für die wirtschaftliche Leistung des Inlands - beispielsweise des Landes Rheinland-Pfalz - ist, gibt das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, das auch als Volkseinkommen bezeichnet wird, die Höhe des von den Inländern, das heißt den Bewohnern des Landes, im Inland und auch im Ausland bezogenen Einkommens wieder. Der Unterschied zwischen Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und Volkseinkommen besteht also - abgesehen davon, daß ersteres zur Ermittlung des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten um Abschreibungen und indirekte Steuern verringert werden muß - in dem Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland sowie den übrigen Ländern des Bundesgebiets. Je höher beispielsweise die Zahl der Auspendler ist, die ihren ständigen Wohnsitz im Inland haben, um so höher wird auch das Volkseinkommen im Vergleich zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten sein, wenn nicht durch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die an die übrige Welt gehen, eine Überkompensation stattfindet.

Das im Jahre 1970 von der rheinland-pfälzischen Bevölkerung bezogene Volkseinkommen bezifferte sich auf 28,8 Mrd. DM und war somit um 400 Mill. DM kleiner als das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Es sind also 400 Mill. DM mehr aus Rheinland-Pfalz in die anderen Bundesländer und die übrige Welt geflossen, als von dort Einkommen nach Rheinland-Pfalz gezahlt worden sind. Im Jahre 1960 ist dieser Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen noch positiv gewesen; damals kamen 200 Mill. DM an Einkommen mehr ins Land, als an die übrige Welt gezahlt wurden. Die Tendenzwende des Saldos trat 1966 ein; in diesem Jahre waren Nettoinlands- und Nettosozialprodukt gleich hoch gewesen. Bei etwa gleichgebliebenem Auspendlerüberschuß, der sich sowohl 1961 wie 1970 auf jeweils rund 65 000 Personen belief, war der auf das Einkommen aus unselbständiger Arbeit beschränkte Saldo für das Land gegenüber der übrigen Welt stets positiv, der Saldo, der die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen be-

traf, jedoch stets negativ. Während jedoch der erstgenannte Saldo anteilmäßig etwa gleichgeblieben ist, wurden in zunehmend überdurchschnittlichem Maße Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an die übrige Welt gezahlt.

Insgesamt hatte das Volkseinkommen des Landes im Jahre 1960 erst 12,3 Mrd. DM betragen. Die in dem vergangenen Jahrzehnt erreichte Zuwachsrate beziffert sich auf + 134%, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von + 8,9% entspricht. Im Bundesgebiet hat das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten zwischen 1960 und 1970 um 125% zugenommen oder um jährlich 8,4%. Die rheinland-

Volkseinkommen 1960 - 1970

Jahr	Insgesamt			Je Einwohner			
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bund = 100
1960	12 294	-	100	3 636	-	100	85,5
1961	13 427	9,2	109	3 929	8,1	108	85,5
1962	14 494	7,9	118	4 198	6,8	115	86,0
1963	15 665	8,1	127	4 495	7,1	124	87,2
1964	17 336	10,7	141	4 930	9,7	136	88,1
1965	18 995	9,6	155	5 351	8,5	147	88,3
1966	20 525	8,1	167	5 733	7,1	158	89,9
1967	20 710	0,9	168	5 763	0,5	158	90,9
1968	22 802	10,1	185	6 326	9,8	174	90,3
1969	25 141	10,3	204	6 935	9,6	191	90,5
1970 ^p	28 750	14,4	234	7 887	13,7	217	90,4

pfälzische Zuwachsrate in diesem Zeitraum ist die dritthöchste unter allen Bundesländern. Nur in Baden-Württemberg (+ 9,3%) und Hessen (+ 9,2%) war der jährliche Zuwachs des Volkseinkommens noch höher. Ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt lagen die Zuwachsraten von Bayern und Schleswig-Holstein, während Nordrhein-Westfalen, Bremen, Berlin, Hamburg und das Saarland unter der 8%-Grenze blieben.

Je Einwohner errechnet sich in Rheinland-Pfalz für das Jahr 1970 ein Volkseinkommen von rund 7 890 DM. Dieser Wert übersteigt den Betrag von 1960 um 117%, was einer durchschnittlichen jährlichen Veränderung von + 8,1% entspricht. Diese Zuwachsrate ist die höchste unter allen Bundeslän-

Verteilung des Volkseinkommens 1960 - 1970

Jahr	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Anteil am Volksein- kommen in %
Einkommen aus unselbständiger Arbeit				
1960	7 397	.	100	60,2
1961	8 387	13,4	113	62,5
1962	9 272	10,6	125	64,0
1963	10 000	7,8	135	63,8
1964	11 095	10,9	150	64,0
1965	12 124	9,3	164	63,8
1966	13 195	8,8	178	64,3
1967	13 251	0,4	179	64,0
1968	14 200	7,2	192	62,3
1969	15 952	12,3	216	63,5
1970 ^P	18 722	17,4	253	65,1
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
1960	4 897	.	100	39,8
1961	5 040	2,9	103	37,5
1962	5 221	3,6	107	36,0
1963	5 665	8,5	116	36,2
1964	6 241	10,2	127	36,0
1965	6 871	10,1	140	36,2
1966	7 330	6,7	150	35,7
1967	7 459	1,8	152	36,0
1968	8 602	15,3	176	37,7
1969	9 190	6,8	188	36,5
1970 ^P	10 029	9,1	205	34,9
Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 1) 2)				
1960	4 034	.	100	32,8
1961	4 170	3,4	103	31,1
1962	4 295	3,0	106	29,6
1963	4 663	8,6	116	29,8
1964	5 093	9,2	126	29,4
1965	5 678	11,5	141	29,9
1966	6 098	7,4	151	29,7
1967	6 252	2,5	155	30,2
1968	7 000	12,0	174	30,7
1969	7 455	6,5	185	29,6
1970 ^P	8 416	12,9	209	29,3

1) Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 2) Abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden.

dern; sie führte zu einer deutlichen Anhebung des Niveaus gegenüber dem Bundesdurchschnitt und bewirkte, daß sich der Abstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 14,5 Prozentpunkten im Jahre 1960 auf 9,6 Prozentpunkte im Jahre 1970 verringerte. Die höchsten Pro-Kopf-Werte unter den Bundesländern verzeichneten im Jahre 1970 Hamburg mit 11 850 DM und Bremen (9 650 DM). Auch Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen

und Berlin blieben über dem Bundesdurchschnitt von 8 730 DM, während Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit Werten unter 8 000 DM sowie das Saarland mit weniger als 7 000 DM je Einwohner den Schluß der Rangfolge bilden.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit nehmen wesentlich stärker zu als solche aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

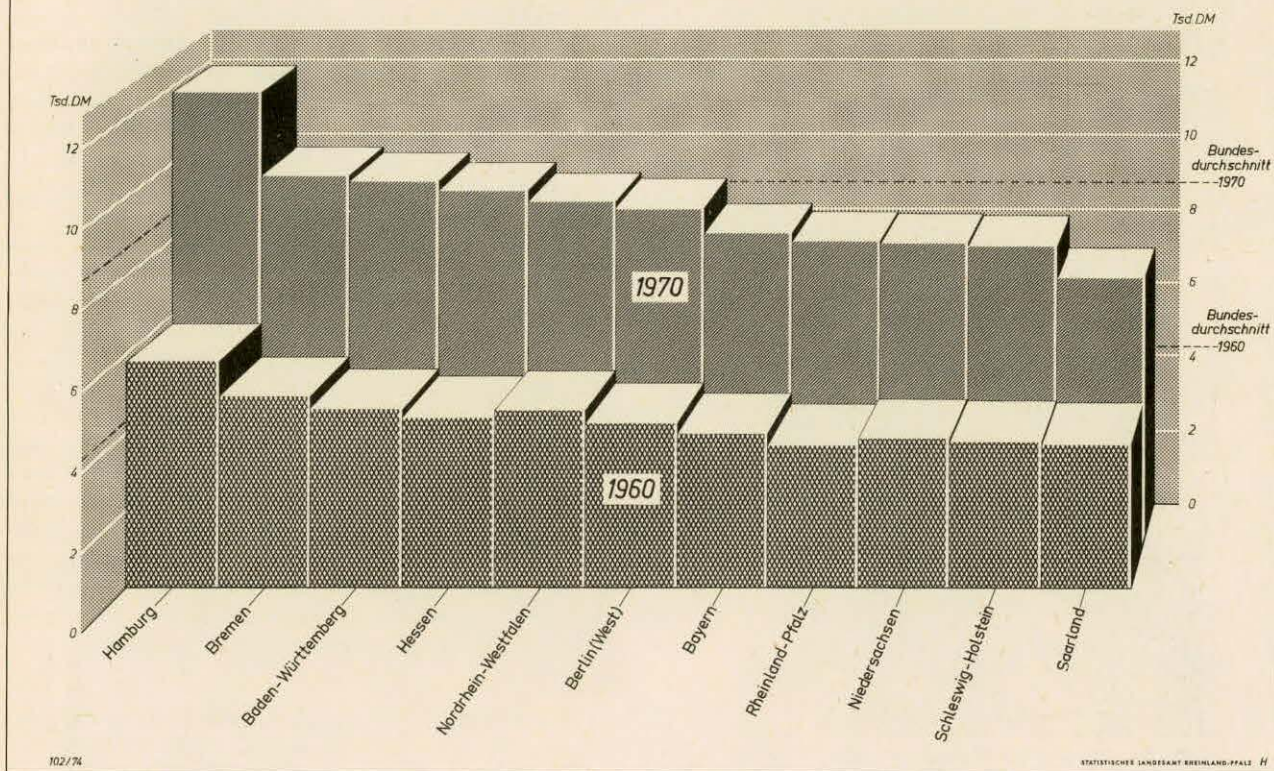
Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, die den größten Teil des Volkseinkommens ausmachen, hatten in Rheinland-Pfalz zwischen 1960 und 1970, bei einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von + 9,7%, eine Steigerung um 153% von 7,4 auf 18,7 Mrd. DM zu verzeichnen und waren damit bestimmend für das Wachstum des gesamten Volkseinkommens. Da die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im gleichen Zeitraum nur um 105% zunahm, erhöhte sich der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, der 1960 noch 60,2% betragen hatte, bis 1970 auf 65,1%, eine Tendenz, die durchweg auch in allen anderen Ländern des Bundesgebietes zu beobachten ist. Diese Entwicklung hat ihre Ursachen im wesentlichen in der Steigerung der Löhne und Gehälter, aber auch in einer nicht unerheblichen Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer. Während des Berichtszeitraums stiegen die Bruttowochenlöhne der Industriearbeiter um 129%, die Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie um 119%, der Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen um 136%, der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst um 73 bzw. 72%. Gleichzeitig nahm die Zahl der abhängig Erwerbstätigen nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1961 und 1970 um 9% auf 1,2 Mill. zu. Das gleiche Ergebnis zeigen die Lohnsteuerstatistiken 1961 und 1971: Hiernach erhöhte sich die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen um 28%, der Lohnbetrag je Lohnsteuerpflichtigen von 6 100 DM um 121% auf nahezu 13 500 DM.

Zwischen 1960 und 1970 ist das Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Bundesgebiet um 147% gewachsen, was einer durchschnittlichen jährlichen

Verteilung des Volkseinkommens in den Ländern des Bundesgebiets 1970^P

Land	Insgesamt				Je Einwohner				Einkommen aus		
	Mill. DM	1960 = 100	Ø jährliche Veränderung in %	Anteil am Bund in %	DM	1960 = 100	Ø jährliche Veränderung in %	Bund = 100	unselbständiger Arbeit	Unter- nehmer- tätigkeit und Ver- mögen	
									DM je Einw.	Anteil am Volks- einkommen in %	
Schleswig-Holstein	19 478	225	8,5	3,7	7 810	207	7,6	89,5	4 882	62,5	37,5
Hamburg	21 247	203	7,3	4,0	11 845	206	7,5	135,8	7 902	66,8	33,2
Niedersachsen	55 576	221	8,3	10,5	7 847	206	7,5	90,0	5 141	65,5	34,5
Bremen	7 103	210	7,7	1,3	9 653	198	7,1	110,7	6 667	69,1	30,9
Nordrhein-Westfalen	151 395	213	7,9	28,6	8 951	198	7,1	102,6	6 258	69,9	30,1
Hessen	49 665	240	9,2	9,4	9 228	211	7,8	105,8	6 089	66,0	34,0
Rheinland-Pfalz	28 750	234	8,9	5,4	7 887	217	8,1	90,4	5 136	65,1	34,9
Baden-Württemberg	84 537	244	9,3	16,0	9 504	208	7,6	109,0	6 073	63,9	36,1
Bayern	84 998	233	8,8	16,1	8 111	209	7,7	93,0	5 225	64,4	35,6
Saarland	7 747	199	7,1	1,5	6 919	187	6,4	79,3	5 338	77,2	22,8
Berlin (West)	18 695	205	7,5	3,5	8 809	213	7,9	101,0	6 330	71,9	28,1
Bundesgebiet	529 190	225	8,4	100,0	8 725	205	7,5	100,0	5 822	66,7	33,3

Pro-Kopf-Volkseinkommen in den Ländern des Bundesgebietes 1960 und 1970



Zuwachsrate von + 9,5% entspricht. Die höchste Zuwachsrate zwischen 1960 und 1970 verzeichnete Hessen mit jährlich + 10,4%. Neben Rheinland-Pfalz überschritten noch Baden-Württemberg und Bayern den Bundesdurchschnitt. Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin, Bremen und das Saarland blieben jeweils unter + 9,0%.

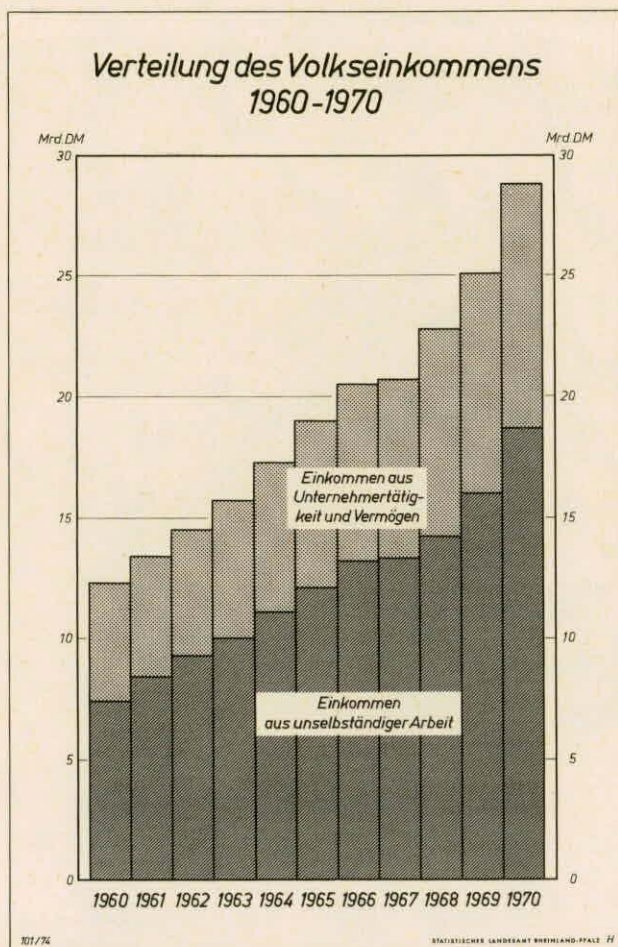
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen mit höchster Lohnquote

Für eine Analyse der Wirtschaftsstruktur sind genaue Kenntnisse der Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital von besonderer Bedeutung. Über den immer noch wichtigsten Produktionsfaktor, die menschliche Arbeit, kann die Lohnquote Auskunft geben, das heißt, das Verhältnis von Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zum Nettozialprodukt zu Faktorkosten. Da eine Aufgliederung nach dem Inländerkonzept auf die Wirtschaftsbereiche zur Zeit noch nicht möglich ist, muß zu diesem Zweck auf die Ergebnisse der Berechnungen nach dem Inlandskonzept zurückgegriffen werden. Bei einer durchschnittlichen Lohnquote im Jahre 1970 von 59,3% weisen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen (86,0%) sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (78,3%) die höchsten Quoten auf. Dem Durchschnittswert entsprechen die Lohnquoten im Baugewerbe (61,1%) und im verarbeitenden Gewerbe (57,7%). Bereits deutlicher unter dem Landesdurchschnitt rangieren der Handel mit einem Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am

Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten von 47,4% sowie der kapitalintensive Bereich Energiewirtschaft und Bergbau mit 38,6%. Die niedrigste Lohnquote im gewerblichen Sektor hat die zum weitaus größten Teil auf selbständiger Arbeit basierende Land- und Forstwirtschaft, wo nur 13,5% der Wertschöpfung auf unselbständiger Arbeit beruhen. Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter kennen in der Bereichsabgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definitionsgemäß kein Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Hier beträgt die Lohnquote 100%.

10,0 Mrd. DM Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das den zweiten großen Block des Volkseinkommens darstellt, bezifferte sich im Jahre 1970 in Rheinland-Pfalz auf 10,0 Mrd. DM. Seit 1960 ist es um 105% oder im jährlichen Durchschnitt um 7,4% gewachsen. Die Wachstumsraten der einzelnen Jahre lagen durchweg niedriger als das Wachstum des Einkommens aus unselbständiger Arbeit. Lediglich 1968 war der Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit + 15,3% mehr als doppelt so hoch wie derjenige der Einkommen aus unselbständiger Arbeit. In drei weiteren Jahren (1963, 1965 und 1967) lag er geringfügig höher, während 1961 und 1962 sowie 1969 und 1970 die Zuwachsrate der Einkommen aus



unselbständiger Arbeit wesentlich kräftiger ausgefallen war.

Die Zunahme der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Rheinland-Pfalz zwischen 1960 und 1970 lag ebenso wie diejenige der Einkommen aus unselbständiger Arbeit über dem Bundesdurchschnitt, der um 90% bzw. jährlich 6,6% zugenommen hat. Die höchsten jährlichen Zuwachsraten unter den Ländern hatten neben Rheinland-Pfalz Baden-Württemberg (+ 7,9%) sowie Schleswig-Holstein und Hessen, während Hamburg und das Saarland mit Zunahmeraten von weniger als + 5% den Abschluß bildeten.

Den weitaus größten Teil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich der unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit) bilden die Einkommen der privaten Haushalte, auf die mehr als vier Fünftel der gesamten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entfallen.

Nur neun Zehntel der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte sind verfügbares Einkommen

Bis auf einen geringen Rest von rund 5% setzt sich das Volkseinkommen aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte zusammen, worin hier und im folgenden private Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen sind. Insgesamt beliefen sich im Jahre 1970 die Er-

werbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte auf 27,1 Mrd. DM, wovon 18,7 Mrd. DM oder 69% aus Einkommen aus unselbständiger Arbeit stammten und 8,4 Mrd. DM oder 31% aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Zur Berechnung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, das als Maßstab für die Kaufkraft der Bevölkerung eines Gebietes angesehen werden kann, werden die Erwerbs- und Vermögenseinkommen um die empfangenen laufenden Übertragungen vergrößert und um die geleisteten laufenden Übertragungen verringert. Die empfangenen laufenden Übertragungen der privaten Haushalte setzen sich in erster Linie aus Renten, Pensionen, Unterstützungen, Krankengeldern und anderen Barleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie aus Schadenversicherungsleistungen zusammen. Die geleisteten laufenden Übertragungen bestehen aus direkten Steuern der privaten Haushalte, Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Hundesteuer), Sozialversicherungsbeiträgen, Nettoprämien für Schadenversicherung und sonstigen geleisteten laufenden Übertragungen, wie Verwaltungsgebühren, Erstattung von Sozialleistungen, Strafen und ähnlichem. Die direkten Steuern umfassen in erster Linie Einkommen- und Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer.

Die im Jahre 1970 von rheinland-pfälzischen Privathaushalten erzielten Erwerbs- und Vermögenseinkommen von 27,1 Mrd. DM sind um 8,0 Mrd. DM geleistete laufende Übertragungen reduziert und um 5,3 Mrd. DM empfangene laufende Übertragungen aufgestockt worden. Die beiden größten Posten der geleisteten laufenden Übertragungen waren direkte Steuern (3,0 Mrd. DM) sowie Sozialversicherungsbeiträge (4,2 Mrd. DM). Bei den empfangenen Übertragungen machten die Leistungen der Sozialversicherung mit 3,7 Mrd. DM den größten Betrag aus. Hieraus resultiert ein verfügbares Einkommen (einschließlich der unverteilten Gewinne der Einzelunternehmen) von 24,4 Mrd. DM, das um nicht weniger als ein Zehntel geringer ist als das erzielte Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte.

Durch unterschiedliche Zunahmeraten der einzelnen Übertragungsströme hat sich per Saldo das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zwischen 1960 und 1970 gegenüber dem Erwerbs- und Vermögenseinkommen erheblich verschlechtert. Während sich einerseits die empfangenen laufenden Übertragungen um 153% oder durchschnittlich jährlich um 9,7% vergrößerten - die Leistungen der Sozialversicherung nahmen in der gleichen Zeit sogar nur um 145% bzw. jährlich 9,4% zu -, stiegen die geleisteten laufenden Übertragungen um nicht weniger als 207% oder jedes Jahr im Durchschnitt um 11,9%. Hier hatten insbesondere die direkten Steuern mit + 242% oder durchschnittlich jährlich + 13,1% ein Rekordwachstum zu verzeichnen und auch die von den privaten Haushalten geleisteten Sozialversicherungsbeiträge sind mit + 177% bzw. jährlich + 10,7% erheblich stärker

Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ 1960 - 1970

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen ²⁾		Empfangene laufende Übertragungen		Geleistete laufende Übertragungen			Verfügbares Einkommen ³⁾	
	insgesamt	DM je Einwohner	zusammen	Leistungen der Sozialversicherung	zusammen	an den Staat		insgesamt	DM je Einwohner
						Direkte Steuern	Sozialversicherungsbeiträge		
Mill. DM ⁴⁾									
1960	11 431	3 381	2 104	1 511	2 615	881	1 521	10 920	3 230
1961	12 558	3 675	2 368	1 702	3 030	1 110	1 683	11 895	3 481
1962	13 567	3 930	2 612	1 895	3 424	1 287	1 863	12 755	3 694
1963	14 663	4 208	2 832	2 095	3 789	1 458	2 018	13 706	3 933
1964	16 188	4 603	3 095	2 195	4 197	1 643	2 185	15 086	4 290
1965	17 802	5 015	3 454	2 360	4 542	1 727	2 387	16 714	4 708
1966	19 294	5 389	3 821	2 610	5 088	1 902	2 687	18 026	5 035
1967	19 502	5 427	4 250	2 939	5 226	1 936	2 755	18 527	5 155
1968	21 200	5 882	4 461	3 106	5 780	2 143	3 055	19 881	5 516
1969	23 407	6 457	4 831	3 411	6 635	2 453	3 536	21 603	5 959
1970 ^P	27 138	7 444	5 326	3 708	8 040	3 017	4 212	24 424	6 700
1960 = 100									
1961	110	109	113	113	116	126	111	109	108
1962	119	116	124	125	131	146	122	117	114
1963	128	124	135	139	145	165	133	126	122
1964	142	136	147	145	160	186	144	138	133
1965	156	148	164	156	174	196	157	153	146
1966	169	159	182	173	195	216	177	165	156
1967	171	161	202	195	200	220	181	170	160
1968	185	174	212	206	221	243	201	182	171
1969	205	191	230	226	254	278	232	198	184
1970 ^P	237	220	253	245	307	342	277	224	207
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %									
1970/60 ^P	9,0	8,2	9,7	9,4	11,9	13,1	10,7	8,4	7,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1961	9,9	8,7	12,5	12,6	15,9	26,0	10,7	8,9	7,8
1962	8,0	6,9	10,3	11,3	13,0	15,9	10,7	7,2	6,1
1963	8,1	7,1	8,4	10,6	10,7	13,3	8,3	7,5	6,5
1964	10,4	9,4	9,3	4,8	10,8	12,7	8,3	10,1	9,1
1965	10,0	9,0	11,6	7,5	8,2	5,1	9,2	10,8	9,7
1966	8,4	7,5	10,6	10,6	12,0	10,1	12,6	7,8	6,9
1967	1,1	0,7	11,2	12,6	2,7	1,8	2,5	2,8	2,4
1968	8,7	8,4	5,0	5,7	10,6	10,7	10,9	7,3	7,0
1969	10,4	9,8	8,3	9,8	14,8	14,5	15,7	8,7	8,0
1970 ^P	15,9	15,3	10,2	8,7	21,2	23,0	19,1	13,1	12,4

1) Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 2) Ohne Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Einschl. unverteilte Gewinne der Einzelunternehmen. - 4) Ausgenommen DM je Einwohner.

ker angewachsen als die Leistungen der Sozialversicherung an die privaten Haushalte. Noch deutlicher wird das gezeigte Bild durch einen Vergleich der Anteile, die die einzelnen Posten der Übertragungen am Erwerbs- und Vermögenseinkommen haben. Während die von den privaten Haushalten empfangenen Übertragungen ihren Anteil zwischen 1960 und 1970 nur um 2 Prozentpunkte von 18% auf 20% ausdehnten, expandierten die von den Haushalten geleisteten laufenden Übertragungen, deren Anteil am Erwerbs- und Vermögenseinkommen zu Beginn des Berichtszeitraums erst 23% ausgemacht hatte, bis 1970 auf 30%. Die direkten Steuern steigerten sich anteilmäßig von 8 auf 11% und die Sozialversicherungsbeiträge von 13 auf 16%.

Aus dieser unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Posten der Umverteilung resultiert ein gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen merklich abgeflachtes Wachstum des verfügbaren Einkommens. Während das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1960 und 1970 um 143%, das Volkseinkommen um 134% und das Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte um 137% angestiegen sind, nahm das verfügbare

Einkommen der privaten Haushalte in diesem Zeitraum nur um 124% zu, was einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von + 8,4% entspricht. Während 1960 noch rund 96% der Erwerbs- und Vermögenseinkommen den privaten Haushalten als verfügbares Einkommen zur Verfügung standen, blieben ihnen im Jahre 1970 nur noch 90%. Es darf bei dieser Betrachtungsweise jedoch auch nicht übersehen werden, daß sich in dieser Zeit der Preisindex für die Lebenshaltung nur um knapp 30% erhöhte, so daß sich das reale verfügbare Einkommen annähernd verdoppelt hat.

Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen nähert sich dem Bundesdurchschnitt

Die für Rheinland-Pfalz beschriebene Entwicklung der empfangenen und geleisteten Übertragungen trifft im großen und ganzen auch auf die übrigen Länder des Bundesgebietes zu. Im Bundesdurchschnitt erhöhten sich die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter zwischen 1960 und 1970 um 133%. Die empfangenen laufenden Übertragungen nahmen überdurch-

Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾ in den Ländern des Bundesgebiets 1970^P

Land	Erwerbs- und Vermögenseinkommen ²⁾					Verfügbares Einkommen ³⁾				
	insgesamt		je Einwohner			insgesamt		je Einwohner		
	Mill. DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	Bund = 100	Mill. DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	Bund = 100
Schleswig-Holstein	18 818	230	7 545	212	91,3	17 453	218	6 998	201	95,8
Hamburg	19 672	211	10 967	214	132,6	16 647	200	9 280	203	127,0
Niedersachsen	52 964	231	7 478	214	90,4	48 537	218	6 853	203	93,8
Bremen	6 696	213	9 100	202	110,1	5 816	204	7 904	193	108,2
Nordrhein-Westfalen	143 755	222	8 499	206	102,8	125 479	208	7 419	193	101,6
Hessen	45 929	252	8 534	221	103,2	39 843	232	7 403	204	101,3
Rheinland-Pfalz	27 138	237	7 444	220	90,0	24 424	224	6 700	207	91,7
Baden-Württemberg	79 781	254	8 969	217	108,5	67 376	237	7 575	202	103,7
Bayern	81 532	240	7 780	215	94,1	71 937	222	6 865	199	94,0
Saarland	7 485	209	6 685	197	80,9	7 219	203	6 447	190	88,3
Berlin (West)	17 679	216	8 330	224	100,7	18 349	214	8 646	222	118,4
Bundesgebiet	501 450	233	8 268	213	100,0	443 080	219	7 305	200	100,0

1) Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 2) Ohne Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Einschl. unverteilter Gewinne der Einzelunternehmen.

schnittlich um 140% zu, die geleisteten laufenden Übertragungen sogar um 193%. Auch im Bundesdurchschnitt haben sich - hauptsächlich als Folge der immer weiter in die Steuerprogression hineingewachsenen Einkommen - die direkten Steuern am stärksten ausgedehnt. Sie waren 1970 mehr als dreimal so hoch wie 1960. Das verfügbare Einkommen erhöhte sich im Bundesdurchschnitt um 119%. Wie beim Volkseinkommen rangiert Rheinland-Pfalz mit seiner Zuwachsrate zwischen 1960 und 1970 nach Baden-Württemberg und Hessen an dritter Stelle unter den Ländern des Bundesgebietes.

Das verfügbare Einkommen je Einwohner belief sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1970 auf 6 700 DM. Bei einem Bundesdurchschnitt von rund 7 300 DM je Einwohner, ist dies der zweitniedrigste Betrag unter allen Ländern des Bundesgebietes. Er unter-

schreitet den Bundesdurchschnitt um 8 Prozentpunkte. Hier ist jedoch anzumerken, daß zu Beginn des Jahrzehnts das verfügbare Einkommen je Einwohner in Rheinland-Pfalz noch um 12 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt gelegen hatte. Damals zeigte das Land mit einem Pro-Kopf-Betrag von 3 230 DM den weitaus niedrigsten Wert unter allen Bundesländern, der in den darauffolgenden Jahren durch überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erheblich verbessert werden konnte. Das Wachstum des verfügbaren Einkommens je Einwohner zwischen 1960 und 1970 betrug in Rheinland-Pfalz + 107%, was einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von + 7,6% entspricht. Diese Zuwachsrate ist - bei einem Bundesdurchschnitt von + 7,2% - hinter derjenigen Berlins die zweithöchste unter den Ländern des Bundesgebietes.

IV. Verwendung des Sozialprodukts 1960 - 1970

37,0 Mrd. DM Bruttosozialprodukt

Ausgangswert für die Berechnung der Verwendung des Sozialprodukts als privater Verbrauch, Staatsverbrauch und Anlageinvestitionen ist das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen. Es unterscheidet sich vom Bruttoinlandsprodukt durch den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland sowie den übrigen Ländern des Bundesgebietes, der im Jahre 1970 rund 0,4 Mrd. DM ausmachte. Das Bruttosozialprodukt bezifferte sich damit auf 37,0 Mrd. DM. Zehn Jahre zuvor hatte es erst 15,6 Mrd. DM betragen. Hieraus errechnet sich eine Meßzahl auf Basis 1960 = 100 von 238, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 227 liegt. Das durchschnittliche jährliche Wachstum zwischen 1960 und 1970 stellte sich in Rheinland-Pfalz auf + 9,1% gegenüber + 8,5% im Bundesgebiet. Überdurchschnittliche Zuwachsraten hatten außer Rheinland-Pfalz die Länder Baden-Württemberg (+ 9,5%), Hessen (+ 9,2%) und Bayern (+ 9,1%).

Je Einwohner errechnet sich in Rheinland-Pfalz für das Jahr 1970 ein Bruttosozialprodukt von rund

10 160 DM, gegenüber erst 4 600 DM im Jahre 1960. Die entsprechenden bundesdurchschnittlichen Werte betragen 11 300 und 5 450 DM. Hieraus resultiert für Rheinland-Pfalz eine Meßzahl auf Basis 1960 = 100 von 221, was einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von + 8,2% entspricht, und von 207 für das Bundesgebiet, woraus sich eine jährliche Veränderungsrate von + 7,6% errechnet. Die

Bruttosozialprodukt 1960 - 1970

Jahr	Insgesamt				Je Einwohner			
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Anteil am Bund in %	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bund = 100
1960	15 562	.	100	5,1	4 603	.	100	84,4
1961	17 022	9,4	109	5,1	4 981	8,2	108	84,1
1962	18 446	8,4	119	5,1	5 343	7,3	116	84,3
1963	19 957	8,2	128	5,2	5 727	7,2	124	85,6
1964	22 113	10,8	142	5,3	6 288	9,8	137	86,6
1965	24 228	9,6	156	5,3	6 825	8,5	148	86,9
1966	26 374	8,9	169	5,4	7 367	7,9	160	88,8
1967	27 100	2,8	174	5,5	7 541	2,4	164	90,2
1968	29 381	8,4	189	5,4	8 151	8,1	177	89,8
1969	32 834	11,8	211	5,4	9 057	11,1	197	89,9
1970 ^P	37 020	12,7	238	5,4	10 155	12,1	221	89,9

rheinland-pfälzische Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts je Einwohner zwischen 1960 und 1970 ist die höchste unter allen Ländern des Bundesgebietes, was darauf zurückzuführen ist, daß die rheinland-pfälzische Wirtschaft eine überdurchschnittliche Entwicklung nahm, während gleichzeitig die Bevölkerungsentwicklung des Landes gedämpfter verlief als im übrigen Bundesgebiet. Infolge der hohen Zuwachsraten konnte der Rückstand, den das Bruttosozialprodukt je Einwohner in Rheinland-Pfalz im Jahre 1960 gegenüber dem Bundesdurchschnitt hatte - damals betrug der Abstand zum Bundesergebnis annähernd 16 Prozentpunkte -, auf rund 10% im Jahre 1970 reduziert werden. Gemessen an diesem Pro-Kopf-Wert hatte das Land 1960 an letzter Stelle unter den Bundesländern gelegen, während es 1970 immerhin vor drei anderen Ländern (Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) rangiert.

Überdurchschnittliche Zunahme des privaten Verbrauchs

Wie in den meisten übrigen Bundesländern entfällt auch in Rheinland-Pfalz der überwiegende Teil des Bruttosozialprodukts auf den privaten Verbrauch, der sich im Jahre 1970 auf 20,6 Mrd. DM bezifferte. 1960 hatte er sich in Rheinland-Pfalz erst auf 9,3 Mrd. DM gestellt. Infolge der im Vergleich zum Bruttosozialprodukt unterdurchschnittlichen Zunahme zwischen den genannten Jahren - während das Bruttosozialprodukt insgesamt in dieser Zeit jährlich um 9,1% zugenommen hat, konnte der private Verbrauch nur um jährlich 8,3% gesteigert werden -, reduzierte sich der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt von annähernd 60% im Jahre 1960 auf 55,6% zum Ende des Berichtszeitraums. Auch im Bundesgebiet, wo der private Verbrauch mit einem etwas geringeren Prozentanteil am Bruttosozialprodukt beteiligt ist, war der Anteil rückläufig und zwar von 57% im Jahre 1960 auf knapp 54% im Jahre 1970.

Im Bundesdurchschnitt hat sich der private Verbrauch zwischen 1960 und 1970 jedes Jahr im Schnitt um 7,9% vergrößert. Die Länder mit den höchsten Zuwachsraten des privaten Verbrauchs sind Hessen und Baden-Württemberg (je jährlich + 8,5%). Während Rheinland-Pfalz mit + 8,3% noch deutlich über dem bundesdurchschnittlichen Wachstum blieb, verzeichneten das Saarland (+ 6,6%), Hamburg (+ 7,0%) und Berlin (+ 7,2%) die niedrigsten Steigerungsraten. Die höchsten Anteile am Bruttosozialprodukt hatte der private Verbrauch im Jahre 1970 im Saarland, in Berlin (West) und in Schleswig-Holstein mit Quoten von jeweils über 60%, weit unter dem Durchschnitt blieben die beiden norddeutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit Anteilen von 42 bzw. 46%. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß in diesen beiden Ländern der statistische Restposten, der sich aus Vorratsveränderung, Außenbeitrag und statistischen Differenzen zusammensetzt, mit 21 bzw. 14% überdurchschnittlich hoch ist und somit anteilmäßig die Angaben für privaten Verbrauch, Staatsverbrauch und Anlageinvestitionen reduziert.

Verwendung des Bruttosozialprodukts¹⁾ 1960 - 1970

Jahr	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	Anteil in % am	
				Brutto- sozial- produkt	Bundes- ergebnis
Privater Verbrauch					
1960	9 275	.	100	59,6	5,4
1961	10 265	10,7	111	60,3	5,4
1962	11 110	8,2	120	60,2	5,4
1963	11 952	7,6	129	59,9	5,5
1964	12 959	8,4	140	58,6	5,5
1965	14 224	9,8	153	58,7	5,5
1966	15 647	10,0	169	59,3	5,6
1967	16 156	3,3	174	59,6	5,7
1968	16 958	5,0	183	57,7	5,6
1969	18 632	9,9	201	56,7	5,6
1970 ^P	20 585	10,5	222	55,6	5,6
Staatsverbrauch					
1960	2 283	.	100	14,7	5,6
1961	2 670	17,0	117	15,7	5,8
1962	3 095	15,9	136	16,8	5,8
1963	3 525	13,9	154	17,6	5,9
1964	3 604	2,3	158	16,3	5,8
1965	4 035	11,9	177	16,7	5,7
1966	4 522	12,1	198	17,2	5,9
1967	4 676	3,4	205	17,3	5,8
1968	4 939	5,6	216	16,8	5,9
1969	5 627	13,9	246	17,1	5,9
1970 ^P	6 317	12,3	277	17,1	5,8
Anlageinvestitionen					
1960	3 846	.	100	24,7	5,3
1961	4 381	13,9	114	25,7	5,2
1962	4 874	11,3	127	26,4	5,2
1963	5 527	13,4	144	27,7	5,6
1964	6 455	16,8	168	29,2	5,7
1965	7 148	10,7	186	29,5	5,8
1966	7 574	6,0	197	28,7	6,0
1967	6 784	- 10,4	176	25,0	5,9
1968	6 930	2,2	180	23,6	5,6
1969	8 868	28,0	231	27,0	6,1
1970 ^P	10 450	17,8	272	28,2	5,8

1) Ohne Vorratsveränderung und Außenbeitrag, Statistische Differenz.

Je Einwohner stand im Jahre 1970 in Rheinland-Pfalz für den privaten Verbrauch ein Betrag von rund 5 650 DM zur Verfügung, der den entsprechenden Bundesdurchschnitt (6 080 DM je Einwohner) um etwas mehr als 7 Prozentpunkte unterschreitet. Im Jahre 1960, als je Einwohner in Rheinland-Pfalz nur 2 740 DM privat verbraucht wurden, hatte sich die Differenz zum Bundesdurchschnitt noch auf beinahe 12 Prozentpunkte belaufen. Auch bei dieser Relation kann Rheinland-Pfalz mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von + 7,5% - gemeinsam mit Berlin (West) - das günstigste Wachstum unter allen Ländern des Bundesgebietes aufweisen.

Konsumquote 84,3%

Wichtiger noch als der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt ist sein Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Dieser Quotient wird als Konsumquote bezeichnet und gibt an, wieviel Prozent ihres verfügbaren Einkommens die Privathaushalte konsumieren; der verbleibende Rest ist die Ersparnis der privaten Haushalte. Sein Anteil am verfügbaren Einkommen wird auch als Sparquote bezeichnet. Grundsätzlich kann man davon ausgehen, daß je höher das verfügbare Einkommen pro Kopf ist, um so weniger prozentual für den privaten Verbrauch ausgegeben wird, das heißt um so relativ mehr gespart wird.

So erklärt sich, daß in Rheinland-Pfalz im Jahre 1970 bei einem verfügbaren Einkommen von 6 700 DM je Einwohner (Bundesdurchschnitt 7 310 DM) eine Konsumquote von 84,3% und eine Sparquote von 15,7% festgestellt worden ist, die um 1 Prozentpunkt über der bundesdurchschnittlichen Konsumquote von 83,3% bzw. unter der Bundes-Sparquote von 16,7% liegt. Bei einem durchschnittlichen Sparbetrag je Einwohner von rund 1 050 DM wurde demnach jede sechste Mark des verfügbaren Einkommens im Jahre 1970 nicht verbraucht, sondern auf die hohe Kante gelegt. Im Jahre 1960 waren es 490 DM gewesen, woraus eine Konsumquote von 84,9%, eine Sparquote von 15,1% resultierte. Die höchsten Sparquoten im Jahre 1970 verzeichneten erstaunlicherweise nicht die Stadtstaaten, die das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner hatten, sondern mit jeweils 18,8% die Länder Baden-Württemberg und Hessen. Relativ am wenigsten gespart wurde im Saarland (13,9%) und in Berlin-West (13,6%), obwohl in Berlin das verfügbare Einkommen mit 8 650 DM weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Wachsender Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt

Ein wirtschaftspolitisch sehr wichtiger Teil des Bruttosozialprodukts ist der Staatsverbrauch, der sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1970 auf rund 6,3 Mrd. DM bezifferte; zehn Jahre früher hatte er sich auf knapp 2,3 Mrd. DM belaufen. Da sich der Staatsverbrauch anders als der private Verbrauch mit einer überdurchschnittlichen jährlichen Zunahme von + 10,7% (gegenüber + 8,3% des privaten Verbrauchs und + 9,1% des Bruttosozialprodukts insgesamt) vergrößert hat, ist sein Anteil am Bruttosozialprodukt von 14,7% im Jahre 1960 auf nunmehr 17,1% angestiegen. Entsprechendes gilt auch für die Entwicklung im Bundesgebiet. Hier vergrößerte sich der Staatsverbrauch zwischen 1960 und 1970 im Schnitt jedes Jahr um 10,2%, was zu einer Ausweitung des Anteils von 13,6% im Jahre 1960 auf 15,9% am Ende des Berichtszeitraums führte. Als Länder mit der höchsten Steigerung des Staats-

verbrauchs sind Baden-Württemberg (jährlich + 10,9%), Hessen (wie Rheinland-Pfalz + 10,7%) sowie Bayern (+ 10,6%) zu nennen. Auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten Zuwachsraten des Staatsverbrauchs, die in der Nähe des Bundesdurchschnitts liegen, während Berlin (West) und das Saarland mit durchschnittlichen Wachstumsraten von jeweils knapp + 9,0% das geringste Wachstum verzeichneten.

Bei einem bundesdurchschnittlichen Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt von 15,9% im Jahre 1970 verzeichneten Berlin (West) mit 20,9% sowie das Saarland mit 20,7% die unter den Ländern mit Abstand höchsten Beteiligungsquoten. Auch Niedersachsen rangiert mit 18,1% noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt, den geringsten Anteil am Staatsverbrauch registrierte Hamburg mit 13,5%. Hier gilt allerdings wegen des verhältnismäßig hohen Restpostens (Vorratsveränderung, Außenbeitrag und statistische Differenzen) die gleiche Einschränkung wie beim Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt.

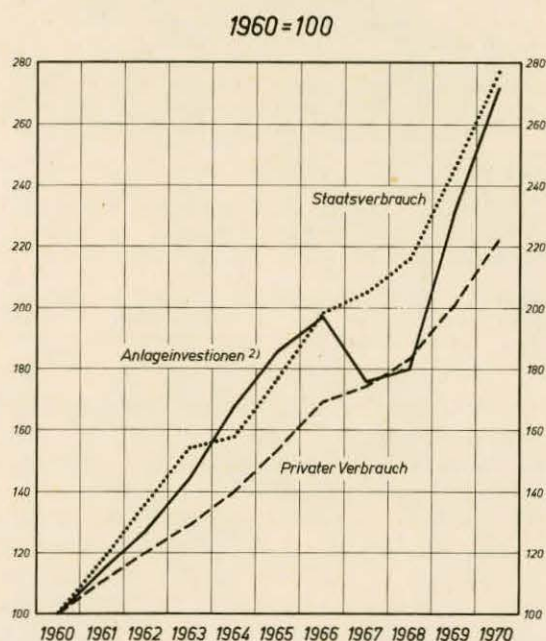
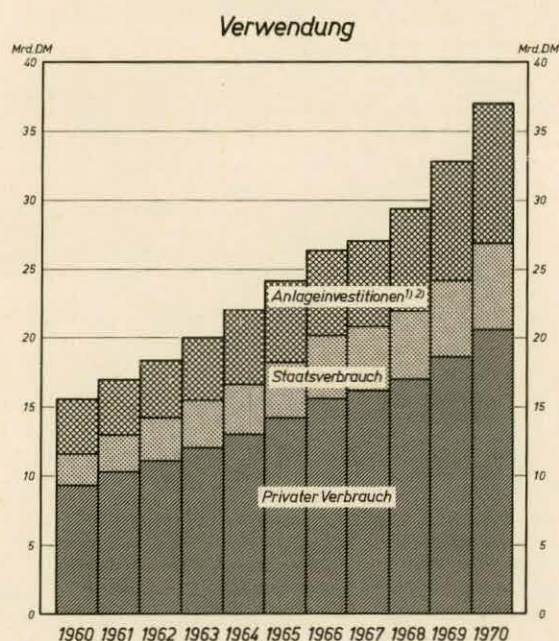
Je Einwohner errechnet sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1970 ein Staatsverbrauch von rund 1 730 DM, der um 157% höher lag als 1960, als er sich auf knapp 680 DM gestellt hatte. In dem Jahrzehnt des Berichtszeitraums ist dieser Pro-Kopf-Betrag also in jedem Jahr um 9,9% gestiegen. Da hier die Zuwachsrate ebenso wie beim privaten Verbrauch nicht unerheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist der Abstand des Staatsverbrauchs je Einwohner in Rheinland-Pfalz, der im Jahre 1960 noch 9 Prozentpunkte betragen hatte, im Jahre 1970 auf weniger als 4 Prozentpunkte geschrumpft. Die Bundesländer mit dem gemessen an der Wohnbevölkerung höchsten Staatsverbrauch sind Berlin-West (2 540 DM je Einwohner) und Hamburg (2 440 DM), während Nordrhein-Westfalen, bei einem Bundesdurchschnitt von rund 1 800 DM, mit 1 680 DM den geringsten Pro-Kopf-Wert registrierte.

Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾ 1960 - 1970

Jahr	Privater Verbrauch						Ersparnis ²⁾					
	insgesamt		je Einwohner				insgesamt		je Einwohner			
	Mill. DM	Konsum- quote 3)	DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bund = 100	Mill. DM	Spar- quote 3)	DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bund = 100
1960	9 275	84,9	2 743	.	100	88,2	1 645	15,1	487	.	100	89,0
1961	10 265	86,3	3 004	9,5	110	89,3	1 630	13,7	477	- 2,1	98	86,7
1962	11 110	87,1	3 218	7,1	117	89,1	1 645	12,9	476	- 0,2	98	87,7
1963	11 952	87,2	3 430	6,6	125	90,2	1 754	12,8	503	5,7	103	86,9
1964	12 959	85,9	3 685	7,4	134	90,9	2 127	14,1	605	20,3	124	85,1
1965	14 224	85,1	4 007	8,7	146	90,8	2 490	14,9	701	15,9	144	83,9
1966	15 647	86,8	4 371	9,1	159	93,0	2 379	13,2	665	- 5,1	137	82,4
1967	16 156	87,2	4 495	2,9	164	93,4	2 371	12,8	660	- 0,8	136	85,7
1968	16 958	85,3	4 705	4,7	172	92,8	2 922	14,7	811	22,9	167	83,3
1969	18 632	86,2	5 139	9,2	187	92,7	2 971	13,8	820	1,1	168	85,5
1970 ^D	20 585	84,3	5 647	9,9	206	92,8	3 839	15,7	1 053	28,4	216	86,2

1) Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 2) Einschl. unverteilte Gewinne der Einzelunternehmen. - 3) Anteil am verfügbaren Einkommen in %.

Verwendung des Sozialprodukts 1960-1970



1) Nach Berücksichtigung des Restpostens (Vorratsveränderung, Außenbeitrag, Statistische Differenzen).

2) Käufe von neuen Anlagen nach Abzug des Saldos der Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen einschließlich Anlagenschrott.

103/74

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Staatsverbrauch macht über die Hälfte der laufenden Ausgaben aus

Der Staatsverbrauch ist wiederum ein Teil der laufenden Ausgaben des Staates, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ebenso ausgewiesen werden wie die laufenden Einnahmen. Eine völlige Übereinstimmung mit den entsprechenden Zahlen aus der Statistik der öffentlichen Finanzen ist allerdings nicht gegeben, da die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf einem anderen Konzept beruhen. Die laufenden Ausgaben des Staates insgesamt enthalten nach der Konzeption der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht die Zahlungsvorgänge mit anderen Körperschaften und auch nicht die Zinsen auf öffentliche Schulden, während die laufenden Ausgaben der Länder und Gemeinden die Vorgänge mit anderen Körperschaften (Bund und Sozialversicherung) sowie die Zahlungen im Länderfinanzausgleich einschließen. Entsprechendes gilt für die Definition der laufenden Einnahmen des Staates insgesamt und der laufenden Einnahmen der Länder und Gemeinden.

Im Jahre 1970 überstiegen die laufenden Einnahmen des Staates insgesamt mit annähernd 12,8 Mrd. DM die laufenden Ausgaben um rund 1,0 Mrd. DM oder etwa 8%. Die Entwicklung der Einnahmen (+ 158%) verlief etwas verhaltener als die der Ausgaben (+ 165%). Beim Land und den Gemeinden ist die Divergenz noch wesentlich stärker ausgefallen, denn während sich die laufenden Einnahmen des Landes und der Gemeinden zwischen 1960 und 1970 um 112% erhöhten, nahmen die laufenden Ausgaben hier um nicht weniger als 160% zu.

An den laufenden Ausgaben des Staates in Rheinland-Pfalz, die im Jahre 1970 insgesamt 11,8 Mrd. DM ausmachten, ist der Staatsverbrauch zu etwas mehr als der Hälfte (53,5%) beteiligt. Eine wesentlich höhere Quote (73,7%) zeichnet sich ab, wenn man als Darunterposition des Staates das Land und die Gemeinden getrennt betrachtet. Ihr Staatsverbrauch ist zwischen 1960 und 1970 von 1,0 Mrd. DM auf annähernd 2,9 Mrd. DM gestiegen, hat sich also annähernd verdreifacht, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von + 10,8% entspricht.

Über ein Viertel des Sozialprodukts für Anlageinvestitionen

Mit knapp 10,5 Mrd. DM wurde im Jahre 1970 über ein Viertel des Sozialprodukts für Anlageinvestitionen verwendet. Dieser Betrag hat sich gegenüber 1960, als er sich auf gut 3,8 Mrd. DM gestellt hatte, annähernd verdreifacht. Die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate liegt mit + 10,5% deutlich über dem Anstieg des Brutto-sozialprodukts (+ 9,1%), wenn sie auch die jährliche Zunahme des Staatsverbrauchs (+ 10,7%) nicht ganz erreichen konnte. Bei einer jährlichen Zunahme im Bundesdurchschnitt von + 9,6% verzeichneten außer Rheinland-Pfalz auch Baden-Württemberg (+ 11,0%), Hessen (+ 10,9%) sowie Bayern (+ 10,2%) überdurchschnittliche Zuwachsraten der Anlageinvestitionen, während diese im Saarland mit einer jährlichen Zunahme von + 5,2% ganz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt blieben.

Verwendung des Bruttosozialprodukts in den Ländern des Bundesgebiets 1970^P

Land	Bruttosozialprodukt ¹⁾			Privater Verbrauch		Staatsverbrauch		Anlageinvestitionen	
	Mill. DM	1960 = 100	DM je Einwohner	Anteil in %	DM je Einwohner	Anteil in %	DM je Einwohner	Anteil in %	DM je Einwohner
Schleswig-Holstein	24 729	226	9 915	60,7	6 019	20,5	2 031	26,6	2 637
Hamburg	32 296	206	18 005	42,3	7 606	13,5	2 436	23,5	4 236
Niedersachsen	69 748	219	9 848	59,7	5 877	18,1	1 784	27,8	2 739
Bremen	10 466	226	14 223	45,6	6 492	14,8	2 107	25,4	3 611
Nordrhein-Westfalen	196 869	214	11 639	52,9	6 153	14,4	1 681	25,6	2 977
Hessen	61 682	240	11 461	52,5	6 014	15,9	1 817	29,0	3 323
Rheinland-Pfalz	37 020	238	10 155	55,6	5 647	17,1	1 733	28,2	2 867
Baden-Württemberg	107 487	248	12 084	50,9	6 147	14,3	1 726	25,7	3 107
Bayern	109 624	240	10 461	54,9	5 743	16,5	1 728	27,7	2 902
Saarland	9 925	202	8 864	62,6	5 552	20,7	1 832	26,7	2 363
Berlin (West)	25 754	210	12 135	61,6	7 471	20,9	2 536	21,2	2 575
Bundesgebiet	685 600	227	11 302	53,8	6 084	15,9	1 797	26,4	2 985

1) Einschl. Vorratsveränderung und Außenbeitrag, Statistische Differenzen.

Infolge des überdurchschnittlichen Wachstums der Anlageinvestitionen ist ihr Anteil am Sozialprodukt in Rheinland-Pfalz zwischen 1970 und 1960 von 24,7 auf 28,2% gestiegen. Einen noch höheren Prozentsatz machen die Anlageinvestitionen nur in Hessen aus, wo sich ihr Anteil am Sozialprodukt auf 29,0% beläuft. Im Bundesdurchschnitt waren die Anlageinvestitionen 1970 mit 26,4% beteiligt, die niedrigsten Quoten registrierten Berlin (21,2%) und Hamburg (23,5%).

Die im Jahre 1970 getätigten Anlageinvestitionen verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf Ausrüstungsinvestitionen (5,1 Mrd. DM) und Bauinvestitionen (5,5 Mrd. DM). Bei dieser Aufgliederung ist ebenso, wie bei der Aufgliederung nach den Sektoren Unternehmen und Staat, der Saldo der Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen einschließlich Anlageschrott einbezogen, der nur von der Gesamtsumme der Anlageinvestitionen abgesetzt werden kann. Aufgegliedert nach Sektoren entfielen im Jahre 1970 rund 8,6 Mrd. DM auf die Anlageinvestitionen im Unternehmenssektor und 1,9 Mrd. DM auf den Staat. Während bei den Unternehmen die Ausrüstungsinvestitionen das größere Gewicht hatten, rangieren beim Staat die Bauinvestitionen ganz deutlich im Vordergrund. Hier machen die Ausrüstungsinvestitionen nur ein Zehntel des für Bauinvestitionen geleisteten Betrages aus. Der Trend zu einer Polarisierung ist aus den Veränderungsdaten zwischen 1960 und 1970 zu ersehen: Während die Unternehmen jährlich 11,4% mehr für Ausrüstungsinvestitionen und nur 8,2% mehr für Bauinvestitionen ausgaben, forcierte der Staat die Bauinvestitionen (durchschnittliche jährliche Zuwachsrate + 14,1%), während die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen mit + 10,3% etwas zurück blieb. Ähnliche Tendenzen sind auch für das Bundesgebiet insgesamt festzustellen, obwohl hier die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten für Ausrüstungsinvestitionen (+ 9,7%) mit denen für Bauinvestitionen (+ 9,4%) annähernd übereinstimmen. Auch hier war die staatliche Investitionstätig-

keit (jährlich + 11,8%) ausgeprägter als diejenige der Unternehmen (+ 9,1%), wobei ebenso wie in Rheinland-Pfalz die Unternehmen ein stärkeres Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen, der Staat dagegen der Bauinvestitionen verzeichneten.

Umgerechnet auf die Wohnbevölkerung wurden im Jahre 1970 in Rheinland-Pfalz fast 2 870 DM je Einwohner für Anlageinvestitionen aufgewendet, das ist zweieinhalbmal so viel wie 1960, als sich der Pro-Kopf-Betrag auf knapp 1 140 DM gestellt hatte. Gemessen am Bundesergebnis hat sich der rheinland-pfälzische Pro-Kopf-Betrag für Anlageinvestitionen erheblich verbessert: 1960 betrug der Abstand zum Bundesdurchschnitt noch mehr als 13 Prozentpunkte, während er 1970 nur noch 4 Prozentpunkte ausmacht. Allerdings ist diese Meßzahl relativ starken Schwankungen unterlegen: So hat im Jahre 1969 der in Rheinland-Pfalz je Einwohner für Investitionen aufgewendete Betrag den Bundesdurchschnitt geringfügig übertroffen, nachdem er im Jahr zuvor noch um mehr als 8 Prozentpunkte darunter gelegen hatte. Die, gemessen an der Wohnbevölkerung, höchsten Beträge für Anlageinvestitionen verzeichneten 1970 Hamburg (4 240 DM) und Bremen (3 610 DM), die niedrigsten wurden im Saarland (2 360 DM) festgestellt.

Den vierten Posten bei der Verwendung des Sozialprodukts stellt der Außenbeitrag dar; er ist definiert als die Differenz zwischen Lieferungen und Bezügen von Waren und Dienstleistungen im Verkehr mit dem Ausland und dem übrigen Bundesgebiet und enthält außerdem den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen sind hier außerdem die Vorratsveränderung und statistische Differenzen, die sich aufgrund unvollständigen Materials nicht ganz vermeiden lassen. Mit nur 0,3 Mrd. DM im Jahre 1970 macht dieser Restposten zur Zeit weniger als 1% des Bruttosozialprodukts aus und kann daher vernachlässigt werden.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer

Lohnsteuerliche Belastung der Bruttolöhne 1971

Die Lohnsteuerstatistik liefert zum einen Informationen über die Höhe und Entwicklung des Arbeitnehmer Einkommens und seine Verteilung auf die Steuerpflichtigen, zum anderen gibt die Statistik Aufschluß über die lohnsteuerliche Belastung der Löhne und Gehälter. Im folgenden Beitrag wird dargestellt, in welchem Umfang die Lohnsteuerpflichtigen 1971 steuerbelastet waren und inwieweit andererseits bestimmte steuerrechtliche oder sonstige Regelungen eine finanzielle Entlastung bewirkten. Die methodischen Grundlagen der Erhebung sind im Maiheft dieser Reihe dargestellt worden.

205 000 Lohnsteuerpflichtige ohne Steuerbelastung

Von den insgesamt durch die Statistik für 1971 ausgewiesenen knapp 1,18 Mill. Lohnsteuerpflichtigen - Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn zählen als ein Steuerpflichtiger, sofern ihre Steuerkarten zusammengeführt werden konnten - waren 975 000 oder 82,7% steuerbelastet. Die übrigen 205 000 waren, unter Berücksichtigung eines eventuellen Lohnsteuerjahresausgleichs, Nichtsteuerbelastete. Bei ihnen entfiel eine Lohnsteuerbelastung, weil sie mit ihrem zu versteuernden Lohneinkommen, gegebenenfalls infolge der Geltendmachung zusätzlicher steuerfreier Abzugsbeträge, unterhalb der Einkommensgrenzen lagen, bei denen eine Besteuerung in Betracht kommt. Bei den zusätzlichen steuermindernden Abzugsbeträgen handelt es sich zum einen um die den jeweiligen Pauschbetrag übersteigenden Sonderausgaben und Werbungskosten sowie um sonstige Freibeträge, die nicht in die Lohnsteuertabelle eingearbeitet sind.

Die lohnsteuerliche Belastung setzt, unter Außerachtlassung eventueller Kinderfreibeträge, bei Jahreslöhnen ein, die mindestens 3 450 DM in Steuerklasse I, 4 290 DM in Steuerklasse II, 5 160 DM in Steuerklasse III, 3 480 DM in Steuerklasse IV und 1 800 DM in Klasse V betragen. Die Zahl der lohnsteuerlich belasteten Arbeitnehmer war 1971 um 187 000 oder 23,7% höher als drei Jahre zuvor. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Anzahl der

Nichtsteuerbelasteten um etwa 48 000 oder 18,9%. Demgemäß hat sich seit der Lohnsteuerstatistik 1968 die Relation von Steuerbelasteten zu Nichtsteuerbelasteten verschoben: Während seinerzeit noch fast ein Viertel (24,3%) aller in die Erhebung einbezogenen Steuerpflichtigen steuerfrei blieb, hatten 1971 nur noch 17,3% keine Lohnsteuer zu entrichten. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der Zunahme derjenigen Arbeitnehmer, die bei zwischenzeitlich erfolgten Lohn- und Gehaltssteigerungen infolge der unveränderten Tarifstruktur in die Steuerbelastung hineinwuchsen.

Die Mehrzahl der steuerbelasteten Lohnsteuerpflichtigen war den mittleren Bruttolohngruppen zuzuordnen; so verdiente gut die Hälfte (51,8%) von ihnen zwischen 16 000 und 36 000 DM. Nur 15% der Steuerbelasteten blieben unter einem Jahreslohn von 9 600 DM, während andererseits 4% mindestens 36 000 DM jährlich verdienten. Gegenüber 1968 zeigt sich, daß die Zahl der steuerbelasteten Steuerpflichtigen in den Lohngruppen bis zu einem Jahresverdienst von 16 000 DM, mit Ausnahme der untersten Gruppe, abgenommen hat, wogegen in allen darüber liegenden Größenklassen beträchtliche Zuwächse verzeichnet wurden. Im Durchschnitt hatten die Steuerbelasteten 11,5% ihres Bruttoverdienstes als Lohnsteuer abzuführen; 1968 waren es erst 8,9% gewesen. Für die Lohngruppe 2 400 bis 4 800 DM Jahreslohn wurde mit 3,9% die niedrigste Belastungsquote errechnet, die in den darüber liegenden Gruppen kontinuierlich anstieg und bei den Gehältern über 50 000 DM im Durchschnitt 21,4% betrug. Gut 6 000 Steuerbelastete erreichten 1971 einen Jahreslohn von nicht mehr als maximal 2 400 DM, so daß sie gemäß Lohnsteuerjahrestabelle in aller Regel unterhalb der Besteuerungsgrenzen blieben. Wenn sie trotzdem eine Steuerbelastung aufwiesen, so ist davon auszugehen, daß es sich hier überwiegend um nicht ganzjährig Beschäftigte handelt, die es aus Unkenntnis oder Desinteresse un-

Steuerbelastete und nichtsteuerbelastete Lohnsteuerpflichtige nach Bruttolohngruppen 1971

Bruttolohngruppe	Steuerbelastete						Nichtsteuerbelastete			
	Anzahl	%	% aller Steuerpflichtigen	Bruttolohn	Lohnsteuer		Anzahl	%	% aller Steuerpflichtigen	Bruttolohn
				Mill. DM		% des Bruttolohnes				Mill. DM
unter 2 400 DM	6 073	0,6	5,1	8	1	6,7	112 337	54,9	94,9	131
2 400 - 4 800 "	24 210	2,5	32,8	96	4	3,9	49 552	24,2	67,2	157
4 800 - 7 200 "	47 743	4,9	70,5	291	19	6,5	19 967	9,8	29,5	117
7 200 - 9 600 "	68 874	7,0	90,3	582	45	7,8	7 372	3,6	9,7	61
9 600 - 12 000 "	85 644	8,8	94,2	930	84	9,0	5 269	2,6	5,8	57
12 000 - 16 000 "	198 534	20,4	96,3	2 793	266	9,5	7 577	3,7	3,7	104
16 000 - 20 000 "	197 690	20,3	99,0	3 543	352	9,9	2 073	1,0	1,0	36
20 000 - 25 000 "	162 605	16,7	99,8	3 618	399	11,0	340	0,2	0,2	7
25 000 - 36 000 "	144 156	14,8	100,0	4 207	569	13,5	65	0,0	0,0	2
36 000 - 50 000 "	30 229	3,1	100,0	1 233	200	16,2	14	0,0	0,0	1
50 000 - 75 000 "	8 795	0,9	99,9	577	124	21,4	6	0,0	0,1	0
75 000 - 100 000 "										
100 000 und mehr "										
Insgesamt	974 553	100,0	82,7	17 878	2 062	11,5	204 572	100,0	17,3	673

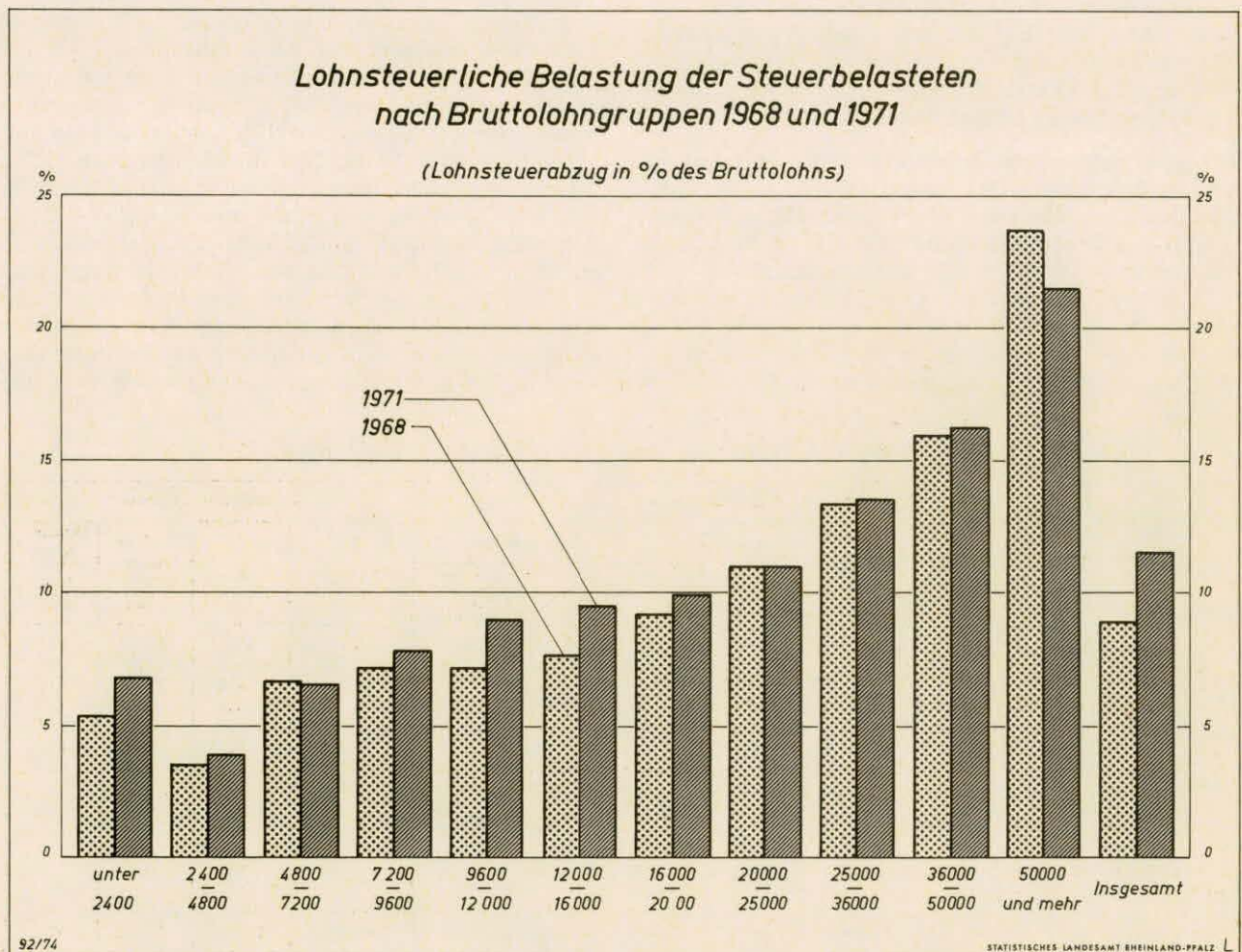
terließen, sich im Wege eines Lohnsteuerjahresausgleichs die Lohnsteuer erstatten zu lassen.

Wie nicht anders zu erwarten, entfällt der überwiegende Teil der Nichtsteuerbelasteten auf die unteren Bruttolohngruppen. Über die Hälfte (54,9%) blieb mit ihrem Jahresverdienst unterhalb 2 400 DM und nahezu vier Fünftel kamen auf höchstens 4 800 DM jährlich. Diese Steuerpflichtigen sind zu meist nicht ganzjährig oder nur halbtags bzw. tageweise beschäftigt gewesen oder sie standen, zum Beispiel als Lehrlinge, in einem Ausbildungsverhältnis, so daß die im Kalenderjahr erzielten Lohneinkünfte relativ niedrig waren. Immerhin 6 Lohnsteuerpflichtige bezogen Gehälter von mindestens 50 000 DM und hatten trotzdem keine lohnsteuerliche Belastung aufzuweisen. Hier kann es sich um Steuerpflichtige handeln, die über ein vergleichsweise großes Vermögen verfügen und die neben hohen Beträgen an erhöhten Werbungskosten und sonstigen Freibeträgen insbesondere auch die zu den unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben zählende Vermögensteuer, die sich auf 1% des steuerpflichtigen Vermögens beläuft, geltend machen konnten, so daß infolge dieser Freibeträge eine Steuerbelastung entfiel. Ab dem Veranlagungsjahr 1974 wird zwar der Vermögensteuersatz bei natürlichen Personen auf 0,7% gesenkt, andererseits wird von 1975 an die Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer als Sonderausgabe entfallen.

Trotz einiger weniger Nichtsteuerbelasteter, die mittlere oder auch höhere Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit erzielen konnten, betrugen die durchschnittlichen Lohneinkünfte der Gesamtheit der Steuerbefreiten doch nicht mehr als 3 290 DM. Der Durchschnittsverdienst je Steuerbelasteten war dagegen mit 18 345 DM fast sechsmal so hoch.

Zwei Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen erhielten Kinderfreibeträge

Vom Bruttolohn waren unter anderem die Kinderfreibeträge abzusetzen, so daß sich das zu versteuernde Einkommen und dementsprechend auch die Lohnsteuerschuld reduzierten. Kinderfreibeträge standen gemäß § 32 EStG und §§ 8 und 18 a LStDV dem Steuerpflichtigen für Kinder zu, die das 18. Lebensjahr bzw. - unter bestimmten Voraussetzungen, zum Beispiel bei Absolvierung einer Berufsausbildung - das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Für Kinder, die dauernd erwerbsunfähig waren, wurde bei Erfüllung gewisser Bedingungen und unabhängig von ihrem Alter ebenfalls ein Kinderfreibetrag gewährt. Die Höhe der Freibeträge beläuft sich auf 1 200 DM für das erste, 1 680 DM für das zweite und 1 800 DM für jedes weitere Kind. Das vorgenannte System des Kinderlastenausgleichs wird vom Kalenderjahr 1975 an durch eine Neuregelung ersetzt. Beim derzeitigen Verfahren des Abzugs der Kinderfreibeträge von



Bruttolohn, Lohnsteuer und Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden, der Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen 1971

Steuerklasse Zahl der Kinder	Steuerpflichtige		Steuerfälle		Bruttolohn			Lohnsteuer			Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	DM je Steuerpflichtigen	Mill. DM	%	% des Bruttolohns	Anzahl
I	354 251	30,0	354 251	25,7	3 323	17,9	9 381	419	20,3	12,6	-
II zusammen	137 539	11,7	137 539	10,0	1 423	7,7	10 344	127	6,2	8,9	80 137
II/0	99 431	8,4	99 431	7,2	930	5,0	9 353	96	4,6	10,3	-
II/1	17 248	1,5	17 248	1,3	223	1,2	12 938	21	1,0	9,3	17 248
II/2	9 497	0,8	9 497	0,7	124	0,7	13 013	7	0,4	6,0	18 994
II/3	5 571	0,5	5 571	0,4	72	0,4	12 941	2	0,1	3,2	16 713
II/4 und mehr	5 792	0,5	5 792	0,4	74	0,4	12 763	1	0,1	1,0	27 182
III (ohne V) zusammen	473 083	40,1	473 083	34,4	8 577	46,2	18 131	876	42,5	10,2	655 476
III/0	155 456	13,2	155 456	11,3	2 254	12,1	14 500	256	12,4	11,4	-
III/1	115 908	9,8	115 908	8,4	2 211	11,9	19 076	249	12,1	11,2	115 908
III/2	116 655	9,9	116 655	8,5	2 387	12,9	20 461	243	11,8	10,2	233 310
III/3	53 439	4,5	53 439	3,9	1 097	5,9	20 527	93	4,5	8,5	160 317
III/4 und mehr	31 625	2,7	31 625	2,3	629	3,4	19 874	36	1,7	5,7	145 941
III/V zusammen ¹⁾	108 441	9,2	216 882	15,8	2 561	13,8	23 616	283	13,7	11,0	145 432
III/V/0	27 563	2,3	55 126	4,0	624	3,4	22 655	78	3,8	12,6	-
III/V/1	38 789	3,3	77 578	5,7	917	4,9	23 635	107	5,2	11,6	38 789
III/V/2	27 245	2,3	54 490	4,0	667	3,6	24 489	70	3,4	10,5	54 490
III/V/3	9 902	0,8	19 804	1,4	238	1,3	24 006	21	1,0	8,7	29 706
III/V/4 und mehr	4 942	0,4	9 884	0,7	115	0,6	23 226	7	0,3	6,3	22 447
Einzelfälle Stkl. V ²⁾	8 411	0,7	8 411	0,6	37	0,2	4 409	5	0,2	13,1	-
IV zusammen ¹⁾	88 108	7,5	176 216	12,8	2 487	13,4	28 224	331	16,1	13,3	64 477
IV/0	46 181	3,9	92 362	6,7	1 315	7,1	28 476	186	9,0	14,1	-
IV/1	26 854	2,3	53 708	3,9	740	4,0	27 569	96	4,6	12,9	26 854
IV/2	10 308	0,9	20 616	1,5	299	1,6	29 049	36	1,8	12,1	20 616
IV/3	3 064	0,3	6 128	0,5	88	0,5	28 607	9	0,5	10,6	9 192
IV/4 und mehr	1 701	0,1	3 402	0,2	44	0,2	26 006	3	0,2	7,6	7 815
Einzelfälle Stkl. IV ²⁾	9 292	0,8	9 292	0,7	144	0,8	15 464	21	1,0	14,7	5 906
Insgesamt	1 179 125	100,0	1 375 674	100,0	18 552	100,0	15 734	2 062	100,0	11,1	951 428
davon											
ohne Kinderfreibeträge ³⁾	691 293	58,6	765 037	55,6	8 483	45,7	12 272	1 040	50,4	12,3	-
mit Kinderfreibeträgen ³⁾	478 540	40,6	601 345	43,7	9 925	53,5	20 739	1 001	48,6	10,1	945 522
für 1 Kind	198 799	16,9	264 442	19,2	4 091	22,1	20 580	473	22,9	11,5	198 799
für 2 Kinder	163 705	13,9	201 258	14,6	3 477	18,7	21 240	356	17,3	10,2	327 410
für 3 Kinder	71 976	6,1	84 942	6,2	1 495	8,1	20 762	125	6,1	8,4	215 928
für 4 und mehr Kinder	44 060	3,7	50 703	3,7	862	4,6	19 552	47	2,3	5,5	203 385

1) Ehepaare mit beiderseitigem Bruttolohn, deren Lohnsteuereinkarten zusammengeführt werden konnten. - 2) Nicht zusammengeführte Lohnsteuereinkarten von Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn. - 3) Ohne Einzelfälle der Steuerklasse IV.

der Bemessungsgrundlage war die Steuerersparnis für Bezieher größerer Einkommen infolge des progressiv gestaffelten Einkommen- bzw. Lohnsteuertarifs höher (Degressionswirkung) als für Steuerpflichtige mit niedrigeren Bezügen, was als sozialpolitisch unbefriedigend empfunden wurde. Daher soll ab 1975 an die Stelle der Kinderfreibeträge die Zahlung eines einheitlichen Kindergeldes treten, welches, unabhängig von der Höhe des Einkommens der Eltern, 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 120 DM für jedes weitere Kind beträgt.

Freibeträge für Kinder konnten nur bei den Lohnsteuerpflichtigen der Steuerklassen II, III und IV in Frage kommen. Die Statistik 1971 weist, abgesehen von 9 300 nicht zusammenführbaren Einzelkarten der Klasse IV, die im folgenden außer Betracht bleiben, insgesamt gut 807 000 Steuerpflichtige aus, die auf diese Steuerklassen entfielen. Von ihnen erhielten 478 500 oder etwas mehr als zwei Fünftel aller nachgewiesenen Arbeitnehmer Kinderfreibeträge für ein oder mehrere Kinder. Der sich in jüngster Zeit verstärkende Trend zu Familien mit nur wenigen Kindern kommt darin zum Ausdruck, daß allein 41,5% der Kinderfreibeträge geltend machenden Steuerpflichtigen einen Freibetrag für nur ein Kind und 34,2% Freibeträge für nicht mehr als zwei Kinder beanspruchten; lediglich 15,1% der unselbständig Beschäftigten hatten drei und gar nur 9,2% von ihnen hatten vier oder mehr freibetragsberechtigte Kinder. Die Gesamtzahl der Kinder, für die Freibeträge in Anspruch genommen wurden, stieg von 820 000 im Jahr 1968 auf gut 945 000 an, wobei diejenigen der Einzelkarten der Steuerklasse IV unberücksichtigt blieben. Bei 478 500 Lohnsteuerpflichtigen mit Berechtigung zu Kinderfreibeträgen errechnet sich somit ein statistischer Durchschnitt von 1,98 freibetragsberechtigten Kindern pro Familie.

Zwei Drittel aller Steuerpflichtigen mit Kinderfreibeträgen wurden nach Steuerklasse III besteuert; hier ist nur einer der Ehegatten, im Normalfall der Ehemann, berufstätig. Weitere 17% entfielen auf die Steuerklassen III/V, das heißt, die Ehefrau war in geringem Umfang nichtselbständig tätig. Nur knapp 9% der Eltern waren beiderseits voll

beschäftigt und waren somit Arbeitnehmer der Steuerklasse IV. Die restlichen 8% waren allein- stehende Steuerpflichtige der Steuerklasse II.

Im Durchschnitt aller Lohnsteuerpflichtigen be- trägt die Belastung des Bruttolohns mit Lohnsteuer 11,1%. Die steuerentlastende Wirkung der Kinder- freibeträge ist daran abzulesen, daß die durch- schnittliche Lohnsteuerquote bei den Arbeitneh- mern mit Kinderfreibeträgen nur 10,1% beträgt ge- genüber 12,3% bei Steuerpflichtigen ohne solche Freibeträge. Naturgemäß nimmt die steuerliche Be- lastung mit zunehmender Kinderzahl ab, und zwar sowohl innerhalb der einzelnen Steuerklassen als auch insgesamt. So hatten die Steuerpflichtigen mit einem freibetragsberechtigten Kind im Durchschnitt 11,5% ihres Bruttoverdienstes als Lohnsteuer ab- zuführen, bei zwei Kindern waren es 10,2%, bei drei Kindern 8,4% und bei vier und mehr Kindern durchschnittlich 5,5%. Die höchste Lohnsteuerbelas- tung wurde mit 14,1% für die doppelverdienenden Beschäftigten der Klasse IV ohne Kinder ermittelt, die niedrigste betrug 1% bei den Steuerpflichtigen der Steuerklasse II, die 4 und mehr Kinder auf- wiesen. Die steuermindernde Bedeutung der Kin- derfreibeträge kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Arbeitnehmer, die derartige Freibeträge geltend machen konnten, zwar 53,5% des Bruttolohns auf sich vereinigten, jedoch nur 48,6% der gesamten Lohnsteuer zu erbringen hatten.

Fast drei Viertel der Steuerpflichtigen stellten Antrag auf Lohnsteuerermäßigung oder Lohnsteuerjahresausgleich

Das Ausmaß der lohnsteuerlichen Belastung hängt unter anderem davon ab, ob ein Steuerpflich- tigen zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge geltend machen kann bzw. inwieweit er sich im Wege eines Lohnsteuerjahresausgleichs die eventuell zuviel ab- geführte Lohnsteuer erstatten läßt. Zusätzliche Steuerfreibeträge konnte ein Arbeitnehmer entwe- der vorweg im Rahmen des Lohnsteuer-Ermäßi- gungsverfahrens beantragen und dann bereits beim laufenden Lohnsteuerabzug berücksichtigen lassen; andernfalls war es möglich, diese Beträge bei der Durchführung eines Lohnsteuerjahresausgleichs bzw. einer Einkommensteuerveranlagung noch nachträglich in Ansatz zu bringen. Für das Kalen- derjahr 1971 machten insgesamt 72,6% der 1,18 Mill. Lohnsteuerpflichtigen von der Möglichkeit des Ermäßigungsantrags und/oder des Antrags auf Lohnsteuerjahresausgleich Gebrauch. Diese Vielzahl von Bearbeitungsfällen zeigt, daß es dringend gebo- ten ist, die daraus resultierende starke Arbeitsbe- lastung der Finanzämter zu reduzieren.

Mit Inkrafttreten der Einkommensteuerreform ab 1. Januar 1975 soll erreicht werden, daß die der- zeit bei den meisten Lohnsteuerpflichtigen gege- bene Zweigleisigkeit von Lohnsteuerermäßigung einerseits und Lohnsteuerjahresausgleich bzw. Ein- kommensteuerveranlagung andererseits weitgehend entfällt, indem die Zahl der Ermäßigungsverfahren drastisch eingeschränkt wird. Nachdem die Mehr- zahl der Arbeitnehmer in den letzten Jahren mit ihren Sonderausgaben den Pauschbetrag in Höhe

von 936 DM überschritten und demgemäß zumeist Ermäßigungsanträge gestellt hatte, soll ab 1975 insbesondere dadurch eine Entlastung der Finanz- verwaltung erreicht werden, daß in die Steuertab- ellen bereits eine relativ hohe Vorsorgepauschale - 16% des Bruttolohns, maximal 2 700 bzw. 5 400 DM (Ledige/Verheiratete) - eingearbeitet wird. Darüber hinausgehende Aufwendungen für die Zukunftssi- cherung können nicht mehr vorweg, sondern nur noch nachträglich im Rahmen des Jahresausgleichs geltend gemacht werden. Weiterhin kann ein Lohn- steuerpflichtiger bei über dem Pauschbetrag von 564 DM liegenden Werbungskosten und bei erhöh- ten unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben sowie im Falle außergewöhnlicher Belastungen nur noch dann einen Ermäßigungsantrag stellen, wenn sie den Betrag von zusammen 1 800 DM im Jahr übersteigen.

Bei den zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen handelt es sich um Werbungskosten und Sonder- ausgaben, soweit diese die in der Lohnsteuertabelle bereits enthaltenen Pauschbeträge übersteigen so- wie um sonstige Freibeträge wie Altersfreibetrag, Freibetrag für Körperbehinderte und bei außerge- wöhnlichen Belastungen. Der Gesamtbetrag an zu- sätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen belief sich 1971 auf gut 1,7 Mrd. DM, das sind immerhin 71,3% mehr als drei Jahre zuvor. Über ein Viertel (27,8%) dieser Summe wurde von etwa 172 000 Steuerpflich- tigen wahrgenommen, die zwar einen Ermäßigungs- antrag, jedoch keinen Antrag auf Lohnsteuerjah- resausgleich stellten. Die Zahl dieser Lohn- und Gehaltsempfänger, bei denen überwiegend die Ein- kommensteuerveranlagung an die Stelle des Jah- resausgleichs getreten sein dürfte, liegt um 18% höher als 1968. Die Summe aller gewährten Ab- zugsbeträge machte 9,2% (1968: 8,8%) des Brutto- lohn aller Lohnsteuerpflichtigen aus. Je Steuer- pflichtigen errechnet sich ein Betrag von durch- schnittlich 1 455 DM (1968: 963 DM). Von den ge- samten Abzugsbeträgen entfiel der überwiegende Teil (78,1%) auf die Arbeitnehmer mit Bruttolöhnen zwischen 12 000 und 36 000 DM. Der Anteil der Ar- beitnehmer ohne Jahresausgleich an den zusätzli- chen Steuerfreibeträgen beläuft sich in den untere-

Zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngruppen 1971

Bruttolohngruppe	Insgesamt		Von Steuerpflichtigen ohne Lohnsteuer- Jahresausgleich		
	1 000 DM	%	Steuer- pflich- tige	1 000 DM	% von ins- gesamt
unter 2 400 DM	85 776	5,0	26 624	83 725	97,6
2 400 - 4 800 "	16 774	1,0	6 819	12 393	73,9
4 800 - 7 200 "	23 744	1,4	11 308	10 895	45,9
7 200 - 9 600 "	50 670	3,0	11 060	13 543	26,7
9 600 - 12 000 "	90 367	5,3	10 310	12 994	14,4
12 000 - 16 000 "	311 312	18,1	16 509	26 205	8,4
16 000 - 20 000 "	403 423	23,5	17 416	40 856	10,1
20 000 - 25 000 "	357 759	20,9	21 001	59 928	16,8
25 000 - 36 000 "	267 760	15,6	32 532	113 192	42,3
36 000 - 50 000 "	67 415	3,9	13 027	62 437	92,6
50 000 - 75 000 "	30 299	1,8	4 202	30 034	99,1
75 000 - 100 000 "	5 943	0,3	618	5 940	99,9
100 000 und mehr "	4 254	0,2	297	4 232	99,5
Insgesamt	1 715 495	100,0	171 723	476 372	27,8

Bruttolohngruppe	Steuerpflichtige			Lohn- steuer	Steuerfreie Abzugsbeträge				Ausgleichsbeträge ¹⁾			
	Anzahl	%	% aller Steuer- pflich- tigen		1 000 DM	ins- gesamt	erhöhte		sonstige Frei- beträge	1 000 DM	DM je Steuer- pflich- tigen	% der ur- sprünglich einbe- haltenen Lohnsteuer
							Wer- bungs- kosten	Sonder- aus- gaben				
unter 2 400 DM	31 532	4,6	26,6	1	2 051	7,0	4,5	88,5	3 967	126	99,9	
2 400 - 4 800 "	31 847	4,6	43,2	1 355	4 381	26,1	18,5	55,4	9 056	284	87,0	
4 800 - 7 200 "	36 647	5,4	54,1	12 407	12 849	29,4	37,4	33,2	8 823	241	41,6	
7 200 - 9 600 "	51 145	7,5	67,1	33 449	37 127	21,3	56,6	22,1	12 542	245	27,3	
9 600 - 12 000 "	68 036	9,9	74,8	64 695	77 373	21,5	60,6	17,9	20 476	301	24,0	
12 000 - 16 000 "	164 050	24,0	79,6	208 426	285 107	21,5	65,1	13,4	66 076	403	24,1	
16 000 - 20 000 "	151 280	22,1	75,7	254 812	362 567	21,2	68,0	10,8	77 145	510	23,2	
20 000 - 25 000 "	105 430	15,4	64,7	240 758	297 831	21,6	68,3	10,1	60 226	571	20,0	
25 000 - 36 000 "	43 800	6,4	30,4	144 271	154 568	23,4	67,2	9,4	29 409	671	16,9	
36 000 und mehr "	778	0,1	2,0	4 685	5 268	44,7	47,6	7,7	478	614	9,3	
Insgesamt	684 545	100,0	58,1	964 861	1 239 123	21,8	65,8	12,4	288 195	421	23,0	

1) Bei Steuerpflichtigen mit maschinelltem LStJA ohne LStJA vom Arbeitgeber, der jedoch in der Nettolohnsteuer (Spalte 4) berücksichtigt ist.

ren und oberen Lohngruppen auf nahezu 100%, er ist in der Größenklasse 12 000 bis 16 000 DM mit 8,4% am niedrigsten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß niedrig Verdienende erfahrungsgemäß häufig aus Unkenntnis oder sonstigen Gründen keinen Lohnsteuerjahresausgleich vornehmen lassen, während bei den Arbeitnehmern mit höherem Einkommen anstelle des freiwilligen Jahresausgleichs die Abgabe einer Einkommensteuer-Erklärung obligatorisch ist.

288 Mill. DM im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs rückerstattet

Ein Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich kann gestellt werden, wenn dem Steuerpflichtigen bei den laufenden Lohn- oder Gehaltszahlungen mehr Lohnsteuer abgezogen wurde als sich gemäß Jahrestabelle errechnet. Eine Überzahlung kann sich zum Beispiel bei nicht ganzjähriger Beschäftigung ergeben, weiterhin bei Änderung des Familienstandes oder der Kinderzahl im Kalenderjahr sowie im Falle vorweg nicht berücksichtigter erhöhter steuerfreier Abzugsbeträge. Ein Lohnsteuerjahresausgleich wird vom Arbeitgeber und/oder vom Finanzamt durchgeführt. Die Lohnsteuerstatistik weist lediglich die Fälle des durch die Finanzämter vorgenommenen Ausgleichs gesondert nach. Danach wurde für 685 000 oder 58,1% (1968: 57,7%) aller erfaßten Lohnsteuerpflichtigen ein Jahresausgleich durchgeführt. Die Zahl der Ausgleichsfälle hat sich damit im Vergleich zu 1968 um etwa 85 000 oder gut 14% erhöht. Im Rahmen des Jahresausgleichs wurden insgesamt 1,24 Mrd. DM an steuerfreien Abzugsbeträgen geltend gemacht, das sind gut zwei Drittel mehr als drei Jahre zuvor. Je Steuerpflichtigen mit Ausgleich errechnen sich durchschnittlich 1 810 DM (1968: 1 232 DM) an Abzugsbeträgen. Während die Finanzverwaltung für 1965 knapp 141 Mill. DM und für 1968 etwa 171 Mill. DM an Ausgleichsbeträgen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich rückerstattete, weist die vorliegende Statistik eine Erstattungssumme von über 288 Mill. DM aus, was gegenüber der vorangegangenen Erhebung einer Steigerung um 68,7% entspricht.

Von der Möglichkeit des Lohnsteuerjahresausgleichs wird je nach Höhe des von den Steuerpflichtigen erzielten Bruttolohns in unterschiedlichem Ausmaß Gebrauch gemacht. Der Prozentsatz derjenigen, die einen Ausgleich beantragten, war in den mittleren Bruttolohngruppen am höchsten. So ließen vier Fünftel der Lohn- und Gehaltsempfänger mit Bruttolöhnen zwischen 12 000 und 16 000 DM und jeweils drei Viertel der Arbeitnehmer mit Verdiensten zwischen 9 600 und 12 000 DM bzw. 16 000 und 20 000 DM einen Jahresausgleich vornehmen. Von allen Jahresausgleichsfällen entfiel über die Hälfte (56%) auf die Steuerpflichtigen der drei vorgenannten Lohngruppen. Für die geringer wie auch die höher Verdienenden wurde jeweils weniger häufig ein Jahresausgleich durchgeführt, da erstere oft mit ihren effektiven Aufwendungen an Sonderausgaben und Werbungskosten nicht die Grenzen der Pauschbeträge überschreiten, wogegen die Bezieher höherer Einkommen zumeist eine Einkommensteuer-Erklärung abzugeben haben.

Die Aufgliederung der im Rahmen der Jahresausgleichsfälle angefallenen steuerfreien Abzugsbeträge zeigt, daß es sich zu 65,8%, also ganz überwiegend, um erhöhte Sonderausgaben handelt, deren Anteilssatz 1968 erst knapp 58% betrug. Gut ein Fünftel (21,8%) entfiel auf erhöhte Werbungskosten, der Rest (12,4%) auf sonstige Freibeträge. In den einzelnen Bruttolohngruppen ergeben sich zum Teil recht erhebliche Abweichungen von dieser Relation. So steigt der Anteil der Sonderausgaben an den gesamten Abzugsbeträgen bis zur drittletzten Lohngruppe kontinuierlich auf 68,3% an, wogegen sich bei den sonstigen Freibeträgen ein genau entgegengesetzter Trend zeigt, da deren Anteil mit steigendem Verdienst stetig abnimmt. Demgegenüber bewegt sich der Prozentsatz der Werbungskosten, abgesehen von der untersten und der höchsten Lohngruppe, in den übrigen Größenklassen weitgehend einheitlich zwischen 21 und 29%, er ist also von der Höhe des jeweiligen Bruttolohns relativ unabhängig.

Je Jahresausgleichsfall wurden durchschnittlich 421 DM von der Finanzverwaltung rückerstattet, das sind 47,7% mehr als drei Jahre zuvor. Die Er-

stattungen beliefen sich auf 23% der ursprünglich vom Arbeitslohn der Antragsteller einbehaltenen Lohnsteuer. Der pro Steuerpflichtigen gezahlte Ausgleichsbetrag stieg im Prinzip mit der Höhe des Bruttolohns an; die Ursachen liegen darin, daß zum einen die höher Verdienenden in aller Regel auch höhere steuerfreie Abzugsbeträge geltend machen können und zum anderen die Steuerprogression Einfluß auf die Relation zwischen Erstattungsbetrag und den das zu versteuernde Einkommen mindernden Steuerfreibeträgen hat. Andererseits war der Erstattungsbetrag prozentual umso niedriger, je höher der Bruttolohn lag. Während in der Lohngruppe unter 2 400 DM fast die gesamte Lohnsteuer rückerstattet wurde (99,9%), waren es bei Gehältern von 36 000 DM und mehr lediglich 9,3% der ursprünglich abgeführten Lohnsteuer.

Drei Viertel der Arbeitnehmer sparten vermögenswirksam

Die in der vorhergehenden Lohnsteuerstatistik für 1968 ausgewiesenen vermögenswirksamen Leistungen bedeuteten insofern eine direkte lohnsteuerliche Entlastung der Steuerpflichtigen, als seinerzeit noch das zweite Vermögensbildungs-gesetz Geltung hatte, wonach für vermögenswirksam angelegte Beträge keine Lohnsteuer - und im übrigen auch keine Sozialabgaben - zu entrichten waren. Mit dem Wirksamwerden des Dritten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 27. 6. 1970 (BGBl. I S. 930) ist jedoch ab 1. Januar 1971 insofern eine Änderung eingetreten, als der Staat die Bereitschaft der Steuerpflichtigen zur Vermögensbildung nicht mehr durch Steuerfreiheit, sondern mittels einer Arbeitnehmer-Sparzulage honoriert. Zweck dieser Systemumstellung war es, eine Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer bei der Förderung der Vermögensbildung zu gewährleisten. Nach der alten Regelung der Steuerfreiheit vermögenswirksamer Leistungen war nämlich die Steuerersparnis umso größer gewesen,

je höher das zu versteuernde Einkommen und damit, angesichts der Progression des Steuertarifs, der Steuersatz lagen. Weitere Neuerungen der Novellierung waren die Begrenzung des Kreises der Begünstigten auf Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von nicht mehr als 24 000 bei Ledigen bzw. 48 000 DM bei Verheirateten sowie - schon mit Wirkung für das Kalenderjahr 1970 - die Erhöhung des zulagenbegünstigten Betrages von 312 auf 624 DM jährlich. Vermögenswirksame Leistungen können sowohl vom Arbeitgeber zugunsten des Arbeitnehmers als auch in Form der Anlage von Teilen des Arbeitslohns durch den Lohnsteuerpflichtigen erbracht werden. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern im Rahmen von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen vermögenswirksam anzulegende Zuwendungen zukommen lassen, fraglos zugenommen. Wenn auch die Lohnsteuerstatistik hierüber keine Daten enthält, so kann doch auf Grund von Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung davon ausgegangen werden, daß 1971 nur etwa ein Viertel der vermögenswirksam Sparenden die entsprechenden Beträge allein aus eigenem Lohn und Gehalt erbrachte.

Während 1968 erst jeder siebte Lohn- und Gehaltsempfänger vermögenswirksame Leistungen erhielt bzw. erbrachte, waren es 1971 bereits annähernd drei Fünftel (58%). Die Zahl der Fälle, in denen von der Möglichkeit des 624-DM-Gesetzes Gebrauch gemacht wurde, erhöhte sich innerhalb von drei Jahren um etwa 630 000 auf insgesamt 798 000, was einer Zunahme um nicht weniger als 373% entspricht. Die Gesamtsumme der vermögenswirksamen Leistungen wird von der Statistik mit gut 387 Mill. DM ausgewiesen; sie erhöhte sich damit zwar auf etwa das Siebeneinhalbfache des entsprechenden Betrages von 1968, betrug jedoch andererseits nur 2,1% (1968: 0,46%) des Bruttolohns aller Lohnsteuerpflichtigen. Seit 1968 nahm nicht

Vermögenswirksame Leistungen und Arbeitnehmer-Sparzulage der Lohnsteuerpflichtigen gemäß 3. VermBG nach Bruttolohngruppen 1971

Bruttolohngruppe	Steuerfälle ¹⁾		Bruttolohn	Vermögenswirksame Leistungen						Arbeitnehmer-Sparzulage		
	Anzahl	%		Fälle ²⁾			Betrag			Fälle ²⁾		Betrag
			1 000 DM	Anzahl	%	% aller Steuerfälle	1 000 DM	%	DM je Fall	Anzahl	1 000 DM	
unter 2 400 DM	118 846	8,6	139 156	12 355	1,6	10,4	3 061	0,8	248	12 051	893	74
2 400 - 4 800 "	74 506	5,4	252 542	23 465	2,9	31,5	7 540	1,9	321	23 006	2 209	96
4 800 - 7 200 "	68 939	5,0	408 435	20 948	2,6	30,4	7 784	2,0	372	20 601	2 296	111
7 200 - 9 600 "	78 042	5,7	643 459	31 431	3,9	40,3	13 073	3,4	416	31 119	3 893	125
9 600 - 12 000 "	93 781	6,8	987 094	46 691	5,9	49,8	20 742	5,3	444	46 412	6 242	134
12 000 - 16 000 "	217 402	15,8	2 897 353	136 177	17,1	62,6	63 369	16,4	465	135 713	19 485	144
16 000 - 20 000 "	227 771	16,6	3 578 810	161 635	20,3	71,0	79 608	20,6	493	161 295	24 832	154
20 000 - 25 000 "	217 955	15,8	3 625 484	151 007	18,9	69,3	77 049	19,9	510	150 523	24 018	160
25 000 - 36 000 "	219 931	16,0	4 208 408	167 069	20,9	76,0	87 805	22,7	526	165 124	26 728	162
36 000 - 50 000 "	46 032	3,4	1 233 663	38 389	4,8	83,4	21 851	5,6	569	37 977	6 649	175
50 000 - 75 000 "	10 847	0,8	431 539	8 338	1,0	76,9	4 915	1,3	589	8 035	1 482	184
75 000 - 100 000 "	1 105	0,1	76 179	514	0,1	46,5	280	0,1	545	399	70	175
100 000 und mehr "	517	0,0	69 651	137	0,0	26,5	70	0,0	511	79	14	177
Insgesamt	1 375 674	100,0	18 551 774	798 156	100,0	58,0	387 147	100,0	485	792 334	118 813	150

1) Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn werden als zwei Fälle nach dem zusammengerechneten Bruttolohn gezählt. - 2) Fallzählung erfolgt nach tatsächlicher Inanspruchnahme. Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn werden somit nur dann als zwei Fälle nach dem zusammengerechneten Bruttolohn erfaßt, wenn beide Ehegatten vermögenswirksame Leistungen erbrachten bzw. Arbeitnehmer-Sparzulage erhielten.

nur die Summe der vermögenswirksamen Anlagen beträchtlich zu; im gleichen Zeitraum stieg auch der durchschnittlich je Fall angelegte Betrag von 305 auf 485 DM nicht unerheblich (+ 59%) an. Diese Entwicklung ist primär die Folge der Verdoppelung des staatlich geförderten Betrages auf 624 DM, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die Gesamtheit der vermögenswirksamen Sparenden den zulässigen Höchstbetrag von 624 im Durchschnitt lediglich zu knapp 78% und damit nur unzureichend ausnutzte.

Die Arbeitnehmer-Sparzulage beträgt gemäß § 12 des 3. VermBG 30% der vermögenswirksam angelegten Beträge, soweit diese 624 DM im Kalenderjahr nicht übersteigen; sie erhöht sich auf 40%, wenn der Arbeitnehmer einen Kinderfreibetrag für drei oder mehr Kinder erhält. Die Sparzulagen - sie gelten nicht als steuerpflichtige Einnahmen - werden in aller Regel vom Arbeitgeber ausgezahlt. Für 1971 wurden in über 792 000 Fällen Arbeitnehmer-Sparzulagen in Höhe von zusammen fast 119 Mill. DM zur Auszahlung gebracht. Die Tatsache, daß die Zahl der ausgewiesenen Sparzulagen um etwa 6 000 unter der Anzahl der Fälle vermögenswirksamer Leistungen liegt, erklärt sich zum einen daraus, daß in Ausnahmefällen nicht der Arbeitgeber, sondern nachträglich, zum Beispiel im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs, das Finanzamt die Auszahlung vornimmt. Die statistische Erfassung war jedoch nur insoweit möglich, als entsprechende Eintragungen der Arbeitgeber auf der Lohnsteuerkarte enthalten waren. Zum anderen können, beispielsweise im Rahmen allgemeiner Betriebs- oder Tarifvereinbarungen, auch solche Mitarbeiter vermögenswirksame Leistungen durch den Arbeitgeber erhalten haben, die infolge Überschreitens der Verdienstgrenzen keine Arbeitnehmer-Sparzulage erhalten konnten. Die durchschnittliche Sparzulage je Fall belief sich auf 150 DM. Bei Ausnutzung des sparzulagenberechtigten Höchstbetrages von 624 DM könnte der einzelne Arbeitnehmer maximal 187,20 bzw. - bei drei oder mehr Kindern - 249,60 DM an Sparzulage erzielen.

Geringer Verdienende nutzten 624-DM-Gesetz weniger häufig

Eine nach Bruttolohngruppen differenzierte Betrachtung der Daten ergibt, daß Arbeitnehmer mit niedrigeren Löhnen und Gehältern im allgemeinen weniger häufig Gebrauch vom 624-DM-Gesetz machen und auch nur geringere Beträge vermögenswirksam sparten. Von den gut 798 000 abhängig Beschäftigten, die die staatlich geförderte Vermögensanlage nutzten, entfielen nur 11% auf die Lohngruppen bis 9 600 DM, obwohl diese fast ein Viertel (24,7%) aller Lohn- und Gehaltsbezieher (Steuerfälle) stellen. Bemerkenswert ist, daß in allen Größenklassen

bis zu einem Jahresverdienst von 12 000 DM der jeweilige prozentuale Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtheit der Fälle mit vermögenswirksamen Leistungen niedriger ist als der Anteilssatz an den gesamten Steuerfällen. Bei Gehältern von 12 000 DM und mehr ist dagegen eine überproportionale Inanspruchnahme des Vermögensbildungsgesetzes gegeben.

Die vergleichsweise geringe Beteiligung der unteren Einkommensschichten am vermögenswirksamen Sparen wird auch daraus deutlich, daß im Durchschnitt aller Steuerfälle 58% der Arbeitnehmer das 624-DM-Gesetz nutzten, während diese Quote in allen Bruttolohngruppen unterhalb 12 000 DM zum Teil erheblich unterschritten wurde. So sparte nur etwa jeder zehnte unselbständig Tätige mit einem Jahresverdienst unter 2 400 DM vermögenswirksam, in den Lohngruppen zwischen 2 400 und 7 200 DM waren es auch nicht mehr als jeweils etwas über 30%. In den beiden höchsten Gehaltsgruppen war die Inanspruchnahme des Vermögensbildungsgesetzes allerdings mit 46,5 bzw. 26,5% ebenfalls unterdurchschnittlich. Hier dürfte jedoch bei Verdiensten von 75 000 DM und mehr der Anreiz der Arbeitnehmer-Sparzulage häufig relativ gering eingeschätzt werden, sofern diese Zulage nicht ohnehin entfiel, weil das zu versteuernde Einkommen über 24 000 bzw. 48 000 DM lag. Bei Personen mit geringem Arbeitseinkommen mag dagegen das vermögenswirksame Sparen nicht zuletzt auch an der Knappheit der finanziellen Mittel scheitern.

Nahezu vier Fünftel des Gesamtbetrags der vermögenswirksam angelegten Leistungen entfielen auf die mittleren Bruttolohngruppen zwischen 12 000 und 36 000 DM. Bis zu einem Jahresverdienst von 16 000 DM war in allen Größenklassen der prozentuale Anteil an der Summe der vermögenswirksamen Leistungen niedriger als der relative Anteil an der Fallzahl. Der Betrag der vermögenswirksamen Anlage je Fall nahm erwartungsgemäß mit steigendem Einkommen, abgesehen von den beiden höchsten Lohngruppen, kontinuierlich zu. Mit 248 DM war die durchschnittliche Sparleistung in der untersten Gruppe am niedrigsten und mit 589 DM in der Größenklasse 50 000 bis 75 000 DM am höchsten. Da die Höhe der Arbeitnehmer-Sparzulage von der Höhe des vermögenswirksam angelegten Betrages abhängt, ergibt sich hinsichtlich der je Fall errechneten Sparzulage in den einzelnen Bruttolohngruppen ein analoges Bild. Die Arbeitnehmer mit Bruttolöhnen von weniger als 2 400 DM verbuchten im Durchschnitt lediglich 74 DM an Zulage. Dieser Betrag steigt bis zur Lohngruppe 50 000 bis 75 000 DM stetig an, und beträgt dort 184 DM je Fall.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 1970 - 1973

Die monatliche Einzelhandelsstatistik, die aufgrund des Gesetzes über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFV StatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6) als Repräsentativstatistik durchgeführt wird, wurde mit Hilfe des Materials der Handels- und Gaststättenzählung 1968, kurz Handelszensus genannt, auf einen neuen Berichtskreis umgestellt. Aus den im Handelszensus in Rheinland-Pfalz erfaßten 25 326 Unternehmen mit Schwerpunkt im Einzelhandel wurde in der Schichtung nach Wirtschafts- und Umsatzgrößenklassen eine Stichprobe von 3 271 Unternehmen gezogen. Hinzu kommen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Teile von 156 Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern (Mehrländer-Mehrbetriebs-Unternehmen), deren Umsätze und Beschäftigtenzahlen dem jeweiligen Monatsergebnis der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsunternehmen hinzugeschlagen werden. Da man sich bei der Wahl des Basisjahres für die neue Berichterstattung für 1970 entschied, mußte die Stichprobe noch um die seit dem Stichtag des Handelszensus (30. September 1968) vorgenommenen Neugründungen bzw. Unternehmensschließungen und Bereichswechsler korrigiert werden.

Die Ergebnisse der Einzelhandelsstatistik sind mit den auf alter Basis veröffentlichten Ergebnissen bedingt vergleichbar, weil sich die Erhebungsmethode, im Gegensatz zur vorausgegangenen Umstellung, nur geringfügig geändert hat. So wurde die untere Abschneidegrenze für die Einbeziehung der Unternehmen in die Erhebung von bisher 20 000 DM auf 100 000 DM Jahresumsatz heraufgesetzt. Diese Änderung war notwendig, weil sich die durchschnittliche Unternehmensgröße im Laufe der 60er Jahre deutlich erhöhte, das gesetzlich vorgeschriebene Limit von höchstens 40 000 zu erfassenden Unternehmen des Einzelhandels sich dagegen nicht geändert hat. In dieser Umsatzgrößenklasse,

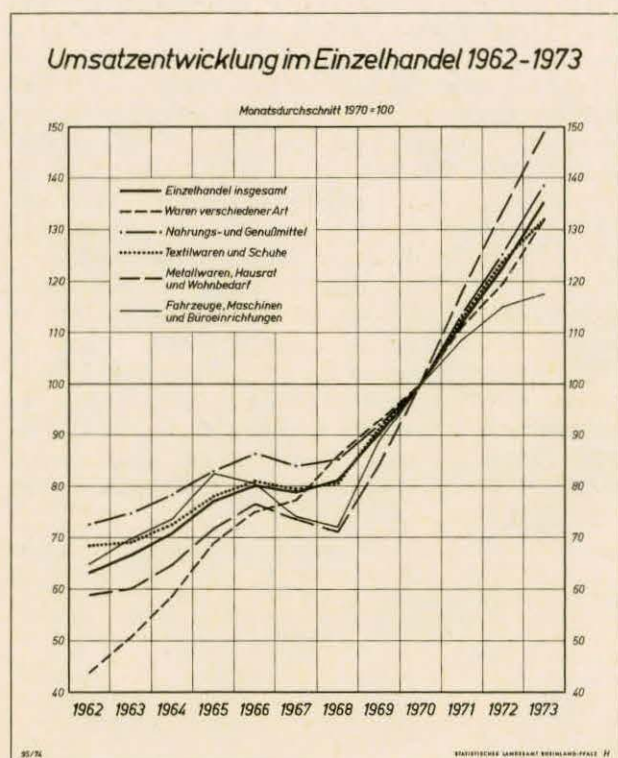
auf deren Erfassung durch die Heraufsetzung der Abschneidegrenze verzichtet wurde, befanden sich Ende September 1968 zwar 42,5% der Unternehmen, die aber nur 10,3% des Umsatzes im gesamten Einzelhandelsbereich erzielten. Diese Tatsache ermöglicht eine Verknüpfung der Ergebnisse des alten mit denen des neuen Berichtskreises und unter Inkaufnahme eines relativ geringen systematischen Fehlers die Umsatzentwicklung im Einzelhandel seit 1962 in der Gliederung nach Wirtschaftsgruppen darzustellen.

Überdurchschnittliche Expansion der Warenhausumsätze in den 60er Jahren

Der Umsatz des Einzelhandels erhöhte sich von 1962 bis 1973 nominal um 114%. Die höchste Steigerung erfuhr mit + 202% der Umsatz der Wirtschaftsgruppe Waren verschiedener Art, die im Handelszensus 1968 einen Anteil am Ergebnis aller Einzelhandelsbranchen von 6,4% aufwies. Dieser Wirtschaftszweig, an dessen Umsatz nach den hochgerechneten Ergebnissen der Einzelhandelsstatistik 1973 zu 59,7% Warenhausunternehmen - das sind Unternehmen mit mindestens 25 Beschäftigten, deren Warensortiment zwar keinen ausgeprägten Schwerpunkt aufweist, deren Hauptabsatz aber im Nichtnahrungsmittelbereich liegt - beteiligt waren, hat vor allem im Laufe der 60er Jahre auf Kosten der Fachgeschäfte ständig an Bedeutung gewonnen. Während der gesamte Einzelhandelsumsatz von 1962 bis 1970 um 58% zunahm, konnten die Einzelhändler mit Waren verschiedener Art ihre Erlöse um 129% steigern. Unterdurchschnittliche Wachstumsraten wiesen neben Kohle- und Mineralöl- (+ 32%) sowie dem Fahrzeug- und Maschinen-Einzelhandel (+ 54%) der mit Nahrungs- und Genußmitteln (+ 38%), Textilien und Schuhen (+ 46%) sowie mit Elektro- und optischen Erzeugnissen (+ 52%) auf. Von dem Trend zum Warenhaus weitgehend verschont blieben dagegen die Geschäfte mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 117%), Papierwaren und Druck-erzeugnissen (+ 87%), Metallwaren, Hausrat- und Wohnbedarf (+ 70%) sowie mit sonstigen Waren (+ 77%), deren Umsätze zu nahezu drei Vierteln in Sämereien und Blumen- sowie Tapeten- und Far- bengeschäften erzielt wurden.

Fachgeschäfte gewannen ab 1970 wieder an Bedeutung

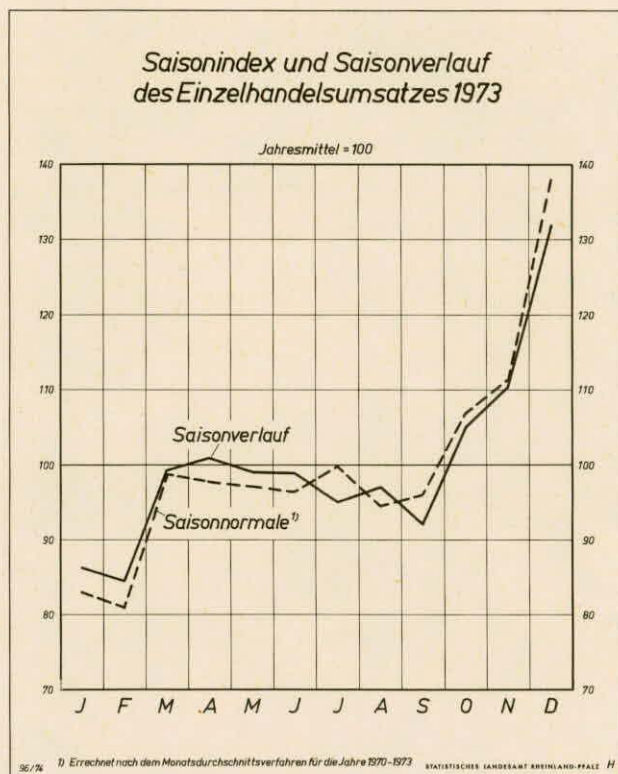
In den 70er Jahren begann sich dagegen wieder eine gewisse Rückverlagerung zu den Fachgeschäften durchzusetzen, die zu einem großen Teil jedoch auch durch die extreme Preisentwicklung in diesem Zeitraum bedingt war. Während sich das Umsatzwachstum im gesamten Einzelhandel von 1970 bis 1973 auf + 35,1% belief, erreichte es im Bereich Waren verschiedener Art nur + 31,8%. Dagegen konnten überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen außer dem Einzelhandel mit sonstigen Waren (+ 55%), mit Metallwaren und Hausrat (+ 49%) und dem Kohle- und Mineralöl-Einzelhandel (+ 47%), der aber erst 1973 einsetzte und überwie-



Struktur der Einzelhandelsumsätze 1962 und 1970¹⁾
(Basiswerte der repräsentativen Einzelhandelsberichterstattung)

Wirtschaftszweig	Insgesamt ²⁾					Repräsentanz ³⁾	
	1962		1970			1 000 DM	%
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	Veränderung in %		
<u>Waren verschiedener Art</u>	998 100	16,5	1 347 717	15,8	35,0	1 293 584	96,0
Haupttrichtung Nichtnahrungsmittel	989 424	16,4	1 010 651	11,8	2,1	1 009 843	99,9
Haupttrichtung Nahrungsmittel	8 676	0,1	337 097	3,9	.	283 741	84,2
<u>Nahrungs- und Genußmittel</u>	2 425 686	40,2	3 026 138	35,2	24,8	1 522 884	50,3
Nahrungs- und Genußmittel	1 877 468	31,1	2 384 634	27,8	27,0	1 107 122	46,4
Kartoffeln, Gemüse, Obst	104 637	1,7	26 221	0,3	- 74,9	17 744	67,7
Milch, Fettwaren, Eier	82 622	1,4	67 849	0,8	- 17,9	40 424	59,6
Wein, Spirituosen	84 242	1,4	126 335	1,5	50,0	83 513	66,1
Bier, alkoholfreie Getränke	74 368	1,2	77 294	0,9	3,9	41 553	53,8
Tabakwaren	133 141	2,2	299 876	3,5	125,2	201 835	67,3
<u>Textilwaren und Schuhe</u>	615 495	10,2	1 275 722	14,9	107,3	853 826	66,9
Textilwaren	321 883	5,3	275 409	3,2	- 14,4	182 518	66,3
Oberbekleidung	180 811	3,0	302 374	3,5	67,2	264 637	87,5
Herren-, Knabenoberbekleidung	54 954	0,9	95 557	1,1	73,9	68 827	72,0
Damen-, Mädchen-, Kinderoberbekleidung	64 356	1,1	127 033	1,5	97,4	71 608	56,4
Leibwäsche, Wirk- und Strickwaren	60 550	1,0	72 875	0,8	20,4	39 288	53,9
Hüte, Mützen	20 670	0,3	10 320	0,1	- 50,1	6 886	66,7
Heimtextilien	27 973	0,5	63 609	0,7	127,4	40 417	63,5
Schuhe, Schuhwaren	135 401	2,2	225 061	2,6	66,2	110 572	49,1
<u>Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf</u>	362 720	6,0	586 571	6,8	61,7	379 972	64,8
Metall- und Kunststoffwaren	65 906	1,1	61 542	0,7	- 6,6	47 752	77,6
Hausrat aus Metall und Kunststoff	72 042	1,2	98 880	1,2	37,3	69 193	70,0
Hausha tskeramik und -glaswaren	19 375	0,3	23 664	0,3	22,1	17 612	74,4
Möbel	170 278	2,8	340 466	4,0	99,9	198 881	58,4
<u>Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren</u>	275 697	4,6	356 919	4,2	29,4	206 136	57,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	56 302	0,9	42 790	0,5	- 24,0	29 483	68,9
Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	77 777	1,3	95 450	1,1	22,7	50 376	52,8
Foto- und Kinoapparate	18 417	0,3	25 737	0,3	39,7	18 752	72,9
Uhren, Schmuckwaren	64 202	1,1	99 168	1,2	54,5	44 716	45,1
Lederwaren (ohne Schuhe)	29 296	0,5	27 815	0,3	- 5,1	21 750	78,2
Spielwaren	26 665	0,4	24 454	0,3	- 8,3	17 810	72,8
<u>Papierwaren und Druckerzeugnisse</u>	91 769	1,5	129 533	1,5	41,2	69 051	53,3
Papierwaren, Schul- und Büroartikel	58 562	1,0	67 807	0,8	15,8	28 553	42,1
Bücher, Fachzeitschriften	22 533	0,4	52 530	0,6	133,1	39 597	75,4
<u>Pharmazeutische, kosmetische Erzeugnisse</u>	270 957	4,6	570 361	6,6	110,5	211 458	37,1
Apotheken	170 697	2,8	416 261	4,8	143,9	128 904	31,0
Drogerien	79 961	1,3	114 233	1,3	42,9	47 175	41,3
<u>Kohle und Mineralölerzeugnisse</u>	158 169	2,6	269 691	3,1	70,5	159 468	59,1
Brennstoffe	158 169	2,6	176 830	2,1	11,8	88 225	49,9
Tankstellen in eigenem Namen	.	.	85 212	1,0	.	71 243	83,6
<u>Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen</u>	762 865	12,6	873 358	10,2	14,5	686 266	78,6
Kraftwagen, Krafträder	538 110	8,9	754 420	8,8	40,2	588 196	78,0
Kraftfahrzeugteile	18 706	0,3	57 402	0,7	206,9	38 823	67,6
Fahrräder, Mopeds	17 560	0,3	11 252	0,1	- 35,9	14 011	24,5
<u>Sonstige Waren</u>	74 453	1,2	149 705	1,7	101,1	87 983	58,8
Blumen, Pflanzen	9 534	0,2	16 845	0,2	76,7	8 425	50,0
Lacke, Farben	12 084	0,2	21 574	0,3	78,5	14 876	69,0
Tapeten, Fußbodenbeläge	21 778	0,4	27 249	0,3	25,1	22 067	81,0
I n s g e s a m t	6 035 910	100,0	8 585 721	100,0	42,2	5 470 628	63,7

1) Ohne Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 20 000 DM (1962) bzw. 100 000 DM (1970). - 2) Durch Hochrechnung ermittelt. - 3) Ergebnisse der 3 246 Berichtspflichtigen.



gend durch die Preissteigerungen bei Mineralöl bedingt war, jetzt auch der Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln (+ 38⁰/o) sowie mit elektro- und optischen Erzeugnissen (+ 36⁰/o) verbuchen.

Die Tendenz zur Verlagerung der Einzelhandelsumsätze zu den Fachgeschäften wird noch deutlicher bei Betrachtung der Umsatzentwicklung nach Betriebsformen. Während die Umsätze der Warenhausunternehmen, deren Hauptabsatz Nichtnahrungsmittel sind, seit 1970 nur um 25,5⁰/o gesteigert werden konnten, waren die Facheinzelhändler mit einem Netz von fünf und mehr Filialen mit einer Wachstumsrate von + 53⁰/o die Hauptnutznieser dieser Entwicklung. Bei den Warenhausunternehmen erlebten wiederum die Abteilungen Bekleidung, Wäsche, Schuhe sowie Nahrungs- und Genuß-

mittel (je 21⁰/o) überdurchschnittliche Absatzsteigerungen, während bei den Filialunternehmen im Fachbereich gerade der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln mit + 65⁰/o die größte Umsatzsteigerung verzeichnete. Die geringste Ausweitung wurde im Beobachtungszeitraum jedoch für die Versandhandelsunternehmen (+ 17⁰/o) und die Konsumgenossenschaften (+ 22⁰/o) berechnet. In diesen Betriebsformen wurde im vergangenen Jahr nur noch 0,5 bzw. 1,8⁰/o mehr umgesetzt als im Jahr zuvor.

1973 überwiegend inflationsbedingtes Umsatzwachstum

Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze war im Jahre 1973 vor allem durch die inflationsbedingten Preissteigerungen bestimmt. Während sie sich gegenüber dem Vorjahr nominal nochmals um 10,1⁰/o erhöhten, erreichten sie zu Preisen von 1970 nur noch eine Steigerung von + 3,6⁰/o gegenüber + 6,7 und + 4,4⁰/o in den beiden vorausgegangenen Jahren. Die größte Diskrepanz zwischen nominaler und realer Entwicklung ergab sich beim Einzelhandel mit Kohle und Mineralöl (nominal + 28,6⁰/o, real + 14,7⁰/o). Die überwiegend durch die Preispolitik der Erdöllieferländer bedingte Entwicklung setzte sich zu Beginn des Jahres 1974 fort. Im ersten Quartal wurde hier nominal 27,9⁰/o, real jedoch nur 5,7⁰/o mehr umgesetzt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach dem Kohle- und Mineralölhandel, der allerdings nicht vollständig erfaßt ist, weil der weit überwiegende Teil des Treibstoffabsatzes an Endverbraucher über die in fremdem Namen betriebenen Tankstellen erfolgt, sind der Textil- und Schuh- sowie der Lebensmittel-Einzelhandel zu nennen, deren Umsätze sich nominal um + 6,8 und + 10,7⁰/o, real jedoch um - 0,3 und + 3,8⁰/o veränderten. In der zuerst genannten Branche wurde das Ergebnis überwiegend vom Schuheinzelhandel beeinflusst, dessen Umsätze real um 3,7⁰/o zurückgingen, während er nominal noch eine Steigerung von + 5,4⁰/o verbuchen konnte. Im Lebensmittel- und Genußmittelbereich verzeichneten die Tabakwarenhändler die größte Abweichung zwischen nominaler (+ 12,9⁰/o) und preisbereinigter Absatzsteigerung (+ 2,0⁰/o).

Langfristige Umsatzentwicklung im Einzelhandel nach Wirtschaftszweigen 1962 - 1973

Jahr	Ins- gesamt	Waren verschie- dener Art	Nah- rungs- und Genuß- mittel	Textil- waren und Schuhe	Metall- waren, Hausrat und Wohn- bedarf	Elektro- und optische Erzeug- nisse, Uhren	Papier- waren und Druck- erzeug- nisse	Pharma- zeutische, kosme- tische u.ä. Erzeug- nisse	Kohle und Mineral- ölerzeug- nisse	Fahr- zeuge, Maschinen und Büro- einrich- tungen	Sonstige Waren
Monatsdurchschnitt 1970 = 100											
1962	63,2	43,6	72,4	68,4	58,8	65,7	53,4	46,2	75,7	64,9	56,4
1963	66,4	50,6	74,6	69,1	60,0	65,7	57,7	50,8	90,1	69,4	57,5
1964	70,8	58,4	78,2	72,5	64,7	71,0	63,5	56,8	83,3	73,3	68,2
1965	77,1	68,9	82,5	78,0	71,7	78,8	70,0	65,1	77,2	82,4	73,9
1966	80,3	75,0	86,2	80,7	76,4	81,5	78,5	72,1	75,7	80,5	75,0
1967	79,0	77,2	84,0	79,3	73,5	79,5	79,6	79,5	84,0	74,0	77,3
1968	80,9	85,5	85,4	80,7	71,1	81,5	75,8	84,1	84,0	72,0	80,7
1969	90,4	92,4	91,9	91,0	84,1	90,0	86,5	92,4	86,3	88,9	86,9
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1971	112,1	111,5	112,5	111,8	117,7	112,4	112,6	110,6	112,7	108,6	113,9
1972	122,7	119,4	125,0	123,4	133,3	125,7	124,8	119,4	114,5	115,0	124,8
1973	135,1	131,8	138,4	131,8	148,9	135,9	137,5	135,2	147,2	117,5	154,8

Saisonverlauf 1973 von Stabilitätsmaßnahmen beeinflusst

Das Kaufverhalten der privaten Haushalte richtet sich vielfach nach festen Wohnheiten, die im Jahresverlauf sowohl von dem Wechsel der Jahreszeiten als auch von bestimmten Feiertagen abhängig sind. Dieser Umstand kommt durch den Saisonindex für den Einzelhandelsumsatz, der als durchschnittliche Abweichung der Monate vom Jahresmittel in den Jahren 1970 bis 1973 (Saisonnormale) errechnet wurde, deutlich zum Ausdruck. In den beiden ersten Monaten des Jahres werden danach die geringsten Umsätze getätigt. Erst die im März einsetzenden Frühjahrseinkäufe führen zu einer deutlichen Belebung, insbesondere des Textilgeschäfts. Das dadurch erreichte relativ hohe Umsatzniveau kann in den darauffolgenden Monaten jedoch nicht gehalten werden. Das Geschäftsvolumen sinkt bis Juni allmählich, bis es im Juli, beeinflusst durch die Sommerschlußverkäufe, eine neue Spitze erreicht, die knapp unter dem Jahresmittel liegt. Die in die Monate August und September fallende Urlaubszeit wirkt sich durch erneute Umsatzrückgänge aus. Danach ist jedoch eine stetige Zunahme der Einzelhandelstätigkeit zu beobachten, die im Dezember, bedingt durch das Weihnachtsgeschäft, in einem absoluten Jahreshöchstpunkt gipfelt.

Die im Frühjahr 1973 von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität begannen sich in der zweiten Jahreshälfte auch auf die Nachfrage der privaten Haushalte auszuwirken. Aus diesem Grunde wich der Saisonverlauf der Einzelhandelsumsätze 1973 zum Teil erheblich von der durchschnittlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre ab. Insbesondere fällt auf, daß die 1973er Umsatzwerte in der ersten Jahreshälfte über und in der zweiten Jahreshälfte, mit Ausnahme des Ferienmonats August, unter der Saisonnormalen liegen. Die saisonale Entwicklung im ersten Halbjahr, die noch von einer weitgehend ungedämpften Hochkonjunktur geprägt war, begann mit einem nach dem Weihnachtsgeschäft des Vorjahres in fast allen Branchen üblichen Umsatzrückgang in den Monaten Januar und Februar, der jedoch nicht so stark ausfiel wie im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Nach einem ebenfalls etwas geringeren Anstieg im März (+ 17,5%) erreichte das Geschäftsvolumen im zweiten Quartal einen Umfang, der zwar noch unter dem Jahresmittel, aber erheblich über der Saisonnormalen lag. Zu dieser günstigen Entwicklung trugen vor allem die Branchen Textilwaren und Schuhe sowie Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf bei, die insbesondere im April mit 33,2 bzw. 31,1%, aber auch in den beiden folgenden Monaten zum Teil erheblich über dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum aufwiesen. Im Juli gingen die Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vormonat um 3,8% zurück, was überwiegend darauf zurückzuführen ist, daß der Sommerschlußverkauf diesmal nicht die erwartete Belebung mit sich brachte. Obwohl der August noch einmal einen geringen Anstieg (+ 1,9%) über die Saisonnormale hinaus brachte,

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
nach Wirtschaftszweigen 1971 - 1973
(zu jeweiligen Preisen)

Wirtschaftszweig	Meßzahlen			Veränderung zum Vorjahr		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973
	Monatsdurchschnitt 1970 = 100			%		
Umsatz						
Waren versch. Art	111,5	119,4	131,8	11,5	7,1	10,4
Haupttrichtung						
Nichtnahrungsmittel	109,2	117,5	126,0	9,2	7,6	7,2
Nahrungsmittel	118,5	125,4	150,0	18,5	5,8	19,6
Nahrungs- und Genußmittel	112,5	125,0	138,4	12,5	11,1	10,7
Nahrungs- und Genußmittel versch. Art	113,1	125,4	138,8	13,1	10,9	10,7
Wein, Spirituosen	114,2	144,7	161,6	14,2	26,7	11,7
Tabakwaren	108,5	121,3	136,9	8,5	11,8	12,9
Textilwaren und Schuhe	111,8	123,4	131,8	11,8	10,4	6,8
Textilwaren versch. Art	109,0	116,4	132,1	9,0	6,8	13,5
Oberbekleidung versch. Art	110,1	126,0	131,8	10,1	14,4	4,6
Herren-, Knabenoberbekleidung	120,1	139,1	140,0	20,1	15,8	0,7
Damen-, Mädchen-, Kinderoberbekleidung	116,5	134,1	137,9	16,5	15,1	2,8
Schuhe, Schuhwaren	108,3	112,7	118,8	8,3	4,1	5,4
Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf	117,7	133,3	148,9	17,7	13,3	11,7
Hausrat aus Metall und Kunststoff	113,5	124,6	166,8	13,5	9,8	33,9
Möbel	121,3	140,7	153,4	21,3	16,0	9,0
Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren	112,4	125,7	135,9	12,4	11,8	8,1
Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	108,7	127,4	139,5	8,7	17,2	9,5
Uhren, Schmuckwaren	115,8	123,8	134,1	15,8	6,9	8,3
Papierwaren und Druck-erzeugnisse	112,6	124,8	137,5	12,6	10,8	10,2
Papierwaren, Schul- und Büroartikel	112,7	123,4	137,5	12,7	9,5	11,4
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse	110,6	119,4	135,2	10,6	8,0	13,2
Apotheken	112,6	121,9	140,3	12,6	8,3	15,1
Drogerien	104,8	111,0	117,4	4,8	5,9	5,8
Kohle und Mineralöl-erzeugnisse	112,7	114,5	147,2	12,7	1,6	28,6
Brennstoffe	110,7	109,9	154,6	10,7	-0,7	40,7
Tankstellen in eig. Namen	116,6	123,5	132,4	16,6	5,9	7,2
Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen	108,6	115,0	117,5	8,6	5,9	2,2
Kraftwagen, Krafträder	108,7	115,1	116,7	8,7	5,9	1,4
Sonstige Waren	113,9	124,8	154,8	13,9	9,6	24,0
Insgesamt	112,1	122,7	135,1	12,1	9,5	10,1
Beschäftigte						
Waren versch. Art	96,6	97,3	95,2	-3,4	0,7	-2,2
Haupttrichtung						
Nichtnahrungsmittel	94,7	95,1	90,8	-5,3	0,4	-4,5
Nahrungs- und Genußmittel	100,7	103,4	101,8	0,7	2,7	-1,5
Nahrungs- und Genußmittel versch. Art	100,6	100,7	100,7	0,6	0,1	0,0
Textilwaren und Schuhe	99,7	101,4	102,9	-0,3	1,7	1,5
Textilwaren versch. Art	97,3	99,3	99,5	-2,7	2,1	0,2
Schuhe, Schuhwaren	100,5	100,6	95,5	0,5	0,1	-5,1
Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf	103,5	105,8	108,4	3,5	2,2	2,5
Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren	100,8	101,9	104,4	0,8	1,1	2,5
Papierwaren und Druck-erzeugnisse	100,8	98,7	101,2	0,8	-2,1	2,5
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse	99,4	98,5	99,7	-0,6	-0,9	1,2
Apotheken	100,4	100,4	104,0	0,4	0,0	3,6
Kohle und Mineralöl-erzeugnisse	99,1	94,9	94,2	-0,9	-4,2	-0,7
Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen	107,4	109,7	109,4	7,4	2,1	-0,3
Kraftwagen, Krafträder	107,8	110,5	110,1	7,8	2,5	-0,4
Sonstige Waren	100,6	96,6	123,7	0,6	-4,0	28,1
Insgesamt	100,5	101,8	102,2	0,5	1,3	0,4

Umsatz im Einzelhandel nach Wirtschaftszweigen 1971 - 1973
(zu Preisen von 1970)

Wirtschaftszweig	Meßzahlen			Veränderung zum Vorjahr		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973
	Monatsdurchschnitt 1970 = 100			%		
<u>Nahrungs- und Genußmittel</u>	108,1	114,4	118,7	8,1	5,8	3,8
Nahrungs- und Genußmittel versch. Art	108,4	114,7	119,4	8,4	5,8	4,1
Getränke	110,4	122,9	130,4	10,4	11,3	6,1
Tabakwaren	107,7	113,2	115,5	7,7	5,1	2,0
<u>Textilwaren und Schuhe</u>	105,6	110,1	109,8	5,6	4,3	-0,3
Textilwaren versch. Art	103,7	105,2	112,0	3,7	1,4	6,5
Oberbekleidung (ohne Wirk- und Strickwaren)	107,8	117,1	113,0	7,8	8,6	-3,5
<u>Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf</u>	111,3	121,1	128,5	11,3	8,8	6,1
Haushaltskeramik und -glaswaren	100,7	105,3	95,4	0,7	4,6	-9,4
Möbel	114,7	127,7	131,8	14,7	11,3	3,2
<u>Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren</u>	108,9	117,6	120,0	8,9	8,0	2,0
<u>Papierwaren und Druck- erzeugnisse</u>	105,2	113,8	119,6	5,2	8,2	5,1
<u>Pharmazeutische, kosme- tische u. ä. Erzeugnisse</u>	105,7	109,0	118,2	5,7	3,1	8,4
Apotheken	107,3	110,4	121,9	7,3	2,9	10,4
Drogerien	100,6	102,0	102,8	0,6	1,4	0,8
<u>Kohle und Mineralöl- erzeugnisse</u>	104,2	100,1	114,8	4,2	-3,9	14,7
Brennstoffe	101,9	95,7	120,5	1,9	-6,1	25,9
Tankstellen in eig. Namen	110,7	111,5	102,6	10,7	0,7	-8,0
<u>Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen</u>	102,6	104,2	102,0	2,6	1,6	-2,1
Fahrzeuge, deren Teile und Zubehör	103,0	104,3	101,9	3,0	1,3	-2,3
<u>Sonstige Waren</u>	109,4	114,9	136,3	9,4	5,0	18,6
Insgesamt	106,7	111,4	115,4	6,7	4,4	3,6

der außer von dem Lebens- und Genußmittelbereich (+ 6,6%) jedoch überwiegend von den Wirtschaftszweigen Papierwaren und Druckerzeugnisse (+ 58%) sowie Kohle- und Mineralölerzeugnisse (+ 29%) beeinflusst war, blieben die Monate September bis Dezember unter der Durchschnittsentwicklung der letzten vier Jahre zurück. An dieser Entwicklung war unter anderem die sinkende Nachfrage nach Kraftfahrzeugen schuld, die in dieser Branche im letzten Quartal zu erheblichen Umsatzeinbußen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum führte.

Geringe Erhöhung des Personalstandes in den 70er Jahren

Während die Gesamtzahl der Beschäftigten im Verlauf der 60er Jahre insgesamt eine leicht rückläufige Tendenz aufwies, waren ab 1971 wieder jährliche Zuwachsraten zwischen + 2,1 und + 2,6% zu beobachten. Diese Entwicklung vollzog sich jedoch in erster Linie bei den Teilzeitbeschäftigten, die in den Jahren 1971 und 1973 sogar Raten von + 11,2 und + 10,6% erreichten. Die Zahl der Beschäftigten, die dem Einzelhandel in der vollen Arbeitszeit zur Verfügung stehen, nahm in dieser Zeit jedoch lediglich mit Raten zwischen + 0,4 und + 1,3% zu.

In den einzelnen Geschäftszweigen veränderte sich die Zahl der Vollbeschäftigten in den letzten Jahren in sehr unterschiedlichem Maße. Während vor allem der Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf sowie mit Elektro- und optischen Erzeugnissen in den 70er Jahren sein Personal von Jahr zu Jahr erhöhen konnte - beide Branchen erreichten 1973 Zuwachsraten von + 2,5% -, mußten der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, hier insbesondere die Warenhausunternehmen, sowie der Kohle- und Mineralölhandel die Zahl ihrer Beschäftigten erheblich einschränken. Die Warenhäuser erlebten in den Jahren 1971 und 1973 einen Personalrückgang um 7,1 bzw. 5,2% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Noch größere Ausmaße nahm die Personalverringerung im Jahre 1973 bei den im eigenen Namen betriebenen Tankstellen (- 8,3%) an, die in den Monaten Oktober und Dezember aufgrund der Ölkrise Veränderungsraten gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten von - 16,9 und - 23,6% erreichten. Die beiden am Umsatz gemessen bedeutendsten Wirtschaftszweige Nahrungs- und Genußmittel sowie Textilien und Schuhe verzeichneten dagegen unterschiedliche Veränderungsraten. Während sich die Zahl der dem Nahrungs- und Genußmittelhandel zur Verfügung stehenden Vollbeschäftigten in den Jahren 1971 und 1972 um 0,7 bzw. 2,7% erhöhte, sich 1973 jedoch um 1,5% verringerte, folgte dagegen im Textilwaren- und Schuh-Handel auf einen Rückgang in 1971 (- 0,3%) in den beiden folgenden Jahren ein Zuwachs um 1,7 bzw. 1,5%. Im letztgenannten Wirtschaftszweig nahm jedoch der Schuheinzelhandel, der nach einer geringfügigen Erhöhung seinen Beschäftigtenstand 1973 um 5,1% reduzierte, eine Sonderstellung ein.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Erwerbstätigkeit 1973

Um für den Bereich der Bevölkerung und des Erwerbslebens in kurzer Zeit und mit vertretbarem Aufwand Zahlen zu erhalten, wird der Mikrozensus, eine Repräsentativstatistik, durchgeführt. Die hierdurch gewonnenen Daten zeigen Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben an und ermöglichen die Vorbereitung von Entscheidungen.

Die Genauigkeit solcher Repräsentativstatistiken ist von der Zahl der erfaßten Einheiten abhängig. Wegen

der verhältnismäßig geringen Zahl der Haushalte in Rheinland-Pfalz kann nur die 1%-Auswahl, die rund 12 000 Haushalte erfaßt, als genügend gesichert angesehen werden, während die viermalige 0,1%-Auswahl fast nur für Aussagen auf Bundesebene geeignet ist.

Die Ergebnisse der Befragung werden hochgerechnet und auf volle Tausend auf- bzw. abgerundet. Wegen der nicht auszuschließenden Stichprobenfehler sind in den folgenden Übersichten Zahlenwerte, die zwischen

5 000 und 10 000 (50 bis 100 in der Stichprobe erfaßte Fälle) liegen, in Klammern gesetzt, weil Genauigkeitsgrad und Aussagewert nicht voll gesichert sind. Werte unter 5 000 (weniger als 50 erfaßte Fälle) sind ausgedunkelt. Infolgedessen kann die Addition einer Reihe oder Spalte der folgenden Textübersichten nicht immer die ausgewiesene Summe ergeben.

Erwerbsquote bei 43%

Von den 1973 lebenden 3,695 Mill. Rheinland-Pfälzern waren 1,604 Mill. Erwerbspersonen, was eine Erwerbsquote von 43% ergibt. Der weitaus größte Teil, nämlich 1,592 Mill. (99%), gehörte zur Gruppe der Erwerbstätigen. Das sind die Personen, die aktiv am Erwerbsleben teilnehmen, ohne Rücksicht auf die Bedeutung dieser Arbeit für den Lebensunterhalt und ungeachtet dessen, ob die Tätigkeit regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt wurde. Knapp 12 000 Personen oder 1% waren Erwerbslose.

Bei einer geschlechtsbezogenen Betrachtung der Erwerbsbeteiligung zeigen sich deutliche Unterschiede. Während 57% der Männer zu den Erwerbspersonen gezählt wurden, waren es bei den Frauen insgesamt nur 31%, bei den verheirateten Frauen 38%. Hier wird die besondere soziale Stellung der Frau in unserer Gesellschaft sichtbar.

Bezieht man in diese Analyse noch die Altersgruppierung der Bevölkerung mit ein, dann zeigen sich weitere Differenzierungen. Die höchsten Erwerbsquoten mit jeweils über 90% weisen die Männer in den Jahren zwischen 25 und 55 auf. Bereits ab dem 55. Lebensjahr setzt ein Rückgang ein. Nach dem 65. Lebensjahr arbeitet nur noch jeder vierte Mann und nach dem 70. Lebensjahr nur noch jeder achte.

Bei den 591 000 im Erwerbsleben stehenden Frauen verläuft die Erwerbsbeteiligung je nach Familienstand unterschiedlich. Bei den ledigen Frauen ist erwartungsgemäß eine gewisse Parallelität zum männlichen Geschlecht im Verlauf der Beteiligung am Erwerbsleben festzustellen. Die höchsten Erwerbsquoten mit jeweils über 80% sind hier im Alter zwischen 20 und 60 Jahren zu verzeichnen. Völlig anders verläuft die Erwerbsbeteiligung bei den verheirateten Frauen. Hier haben die 20- bis 25-jährigen die höchste Erwerbsquote (60%), während danach nur noch etwa 45% dieser Frauen arbeiten. Mit fortschreitendem Alter nimmt dieser Anteil immer mehr ab, bis auch hier über 65 Jahren nur noch jede zehnte Frau tätig ist.

Arbeiter stellen größte Gruppe der Erwerbstätigen

Unter den 1,592 Millionen Erwerbstätigen war mit 43% der Anteil der Arbeiter am höchsten, gefolgt von den Angestellten mit 28%. Bei den Selbständigen haben sich die Zahlen in den letzten Jahren wenig verändert. Von den 184 000 Selbständigen (12%) ist gut ein Drittel in der Landwirtschaft beschäftigt.

Unterschiedliche Bilder ergeben sich für die Stellung im Beruf bei der Trennung nach den Geschlechtern. Bei den männlichen Erwerbstätigen arbeitet jeder Zweite als Arbeiter, bei den weiblichen

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben im Mai 1973

Altersgruppe ¹⁾	Ins- gesamt	Männer	Frauen		
			zu- sammen	ledig	ver- heiratet
Wohnbevölkerung (1 000)					
unter 15 Jahre	800	414	386	386	-
15 - 20 "	286	150	136	130	(6)
20 - 25 "	249	131	118	53	63
25 - 30 "	184	91	92	10	80
30 - 35 "	249	125	124	(8)	110
35 - 40 "	265	140	124	(8)	110
40 - 45 "	236	120	117	(9)	102
45 - 50 "	241	116	125	12	100
50 - 55 "	230	99	132	12	102
55 - 60 "	153	64	89	(7)	59
60 - 65 "	236	101	135	11	77
65 - 70 "	205	84	121	13	55
70 und mehr "	362	135	227	32	55
Insgesamt	3 695	1 769	1 925	690	920
Erwerbspersonen ²⁾ (1 000)					
unter 15 Jahre	(.)	(.)	(.)	(.)	-
15 - 20 "	152	81	71	67	(.)
20 - 25 "	193	110	83	43	38
25 - 30 "	134	85	48	(8)	38
30 - 35 "	180	121	59	(7)	49
35 - 40 "	196	137	59	(8)	47
40 - 45 "	173	116	57	(8)	45
45 - 50 "	173	111	61	11	42
50 - 55 "	152	92	60	10	41
55 - 60 "	86	54	33	(6)	20
60 - 65 "	96	65	31	(5)	16
65 - 70 "	37	22	16	(.)	(6)
70 und mehr "	32	18	15	(.)	(.)
Insgesamt	1 604	1 013	591	182	348
Erwerbsquoten (%) ³⁾					
unter 15 Jahre	(.)	(.)	(.)	(.)	-
15 - 20 "	53	54	52	52	50
20 - 25 "	78	84	70	81	60
25 - 30 "	73	93	52	80	48
30 - 35 "	72	97	48	88	45
35 - 40 "	74	98	48	100	43
40 - 45 "	73	97	49	89	44
45 - 50 "	72	96	49	92	42
50 - 55 "	66	93	45	83	40
55 - 60 "	56	84	37	86	34
60 - 65 "	41	64	23	45	21
65 - 70 "	18	26	13	31	11
70 und mehr "	9	13	7	13	7
Insgesamt	43	57	31	26	38

1) Nach entsprechenden Geburtsjahren umgerechnet. - 2) Einschl. Soldaten. - 3) $\frac{\text{Erwerbspersonen}}{\text{Wohnbevölkerung}} \times 100$.

nur jede Dritte. Bei ihnen ist die Gruppe der Angestellten mit 39% am stärksten vertreten (Männer 21%). Während die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen bei Männern kaum von Bedeutung ist, spielt sie mit 21% bei den Frauen eine wichtige Rolle, vor allem in der Landwirtschaft. Bei Beamten und Richtern sind die Männer deutlich in der Überzahl, denn nur 11% dieser Gruppe sind Frauen, überwiegend im Dienstleistungsbereich beschäftigt.

Im Dienstleistungsbereich erstmalig keine weitere Zunahme

Mit 684 000 Erwerbstätigen (43%) ist das produzierende Gewerbe der bei weitem stärkste Wirtschaftsbereich des Landes vor dem Dienstleistungssektor mit 28%.

Der Bereich mit den geringsten Erwerbstätigenzahlen ist die Landwirtschaft (12%). Bei einem Ver-

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Geschlecht und Wirtschaftsbereichen im Mai 1973

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft	Pro- duzie- rendes Ge- werbe	Handel und Ver- kehr	Dienst- lei- stungen
	1 000				
Insgesamt					
Selbständige	184	63	41	40	39
Mithelfende Fami- lienangehörige	140	100	14	13	13
Beamte/Richter	137	(.)	(.)	39	98
Angestellte	444	(.)	147	111	183
Arbeiter	688	17	482	74	115
Insgesamt	1 592	184	684	276	448
%	100	12	43	17	28
Männer					
Selbständige	143	52	37	27	27
Mithelfende Fami- lienangehörige	18	14	(.)	(.)	(.)
Beamte/Richter	122	(.)	-	36	86
Angestellte	215	(.)	96	44	74
Arbeiter	508	12	391	55	50
Zusammen	1 006	80	525	164	238
%	100	8	52	16	24
Frauen					
Selbständige	41	11	(.)	13	12
Mithelfende Fami- lienangehörige	122	87	13	11	12
Beamte/Richter	15	-	(.)	(.)	12
Angestellte	229	(.)	51	67	109
Arbeiter	180	(5)	91	19	65
Zusammen	586	104	159	113	210
%	100	18	27	19	36

gleich mit früheren Jahren stellt man fest, daß sich seit der Umstrukturierung in den 60er Jahren, als die Betriebsaufgabe kleinerer Landwirte zu einem deutlichen Schrumpfen der Erwerbstätigenzahlen dieses Wirtschaftsbereiches führte, die Zahl der Beschäftigten bei etwa 184 000 Personen eingependelt hat.

Im Dienstleistungsbereich wurde 1973 erstmalig gegenüber dem Vorjahr keine weitere Zunahme registriert, nachdem hier in den vergangenen Jahren ein ständiges Anwachsen zu verzeichnen war. Gegenüber 1971 ist die Zahl der weiblichen Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereiches mit 210 000 um 17% höher. Auch die Zahl der hier beschäftigten Männer liegt mit 238 000 um 23% über dem

Wert des Jahres 1971. Selbst unter der Berücksichtigung, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um 6% gestiegen ist, zeigen die Zahlen doch die gewachsene Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches, in dem jetzt 36% der erwerbstätigen Frauen beschäftigt sind.

Bei den Männern lag der Schwerpunkt mit 52% noch eindeutig auf dem Bereich des produzierenden Gewerbes, wobei die absolute Zahl in den vergangenen Jahren nur unbedeutend zu- oder abnahm.

Nettoeinkommen über 1 200 DM nur bei 18% der Arbeiter

Im Rahmen des Mikrozensus wird für selbständige Landwirte und für mithelfende Familienmitglieder kein Einkommen erfragt. Diese Gruppen müssen deshalb im Folgenden außer Betracht bleiben. Bei den anderen Erwerbstätigen, die angaben, den überwiegenden Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit bezogen zu haben, gibt es natürlich innerhalb einer nach der Stellung im Beruf zwar gleichen Gruppe erhebliche Einkommensunterschiede, je nach Wirtschaftsbereich und nach ausgeübter Funktion. Auch regionale Einkommensunterschiede können bestehen. Aus den vorliegenden Zahlen können jedoch gewisse Entwicklungen und Tendenzen abgelesen werden.

Von den 1,246 Mill. Erwerbstätigen einschließlich der kaufmännischen, technischen und gewerblichen Auszubildenden, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit bestritten, hatten 50% ein Nettoeinkommen zwischen 600 und 1 200 DM. Ein höheres Einkommen bezogen 32%. Die Vergleichszahlen für das Jahr 1972 sind 53% und 26%. In beiden Jahren war die stärkste Gruppe die mit einem Einkommen zwischen 800 und 1 200 DM.

Sehr unterschiedlich ist die Einkommenshöhe, wenn man sie in Beziehung zu der Stellung im Beruf bringt. Bei den Arbeitern verdiente jeder Zweite 800 bis 1 200 DM, während 18% ein höheres Einkommen hatten. Bei den Angestellten fiel jeder Dritte in die genannte Gruppe, 35% dagegen lagen darüber; bei den Beamten und den Selbständigen waren es sogar 60% (1972 erst etwa 53%).

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Studien- und Berufswünsche der Abiturienten 1974

Um Aufschluß über die in den einzelnen Studienfächern zu erwartenden Studenten an allen Hochschulen der Bundesrepublik zu erhalten, wird seit 1970 jährlich bundeseinheitlich eine Abiturientenbefragung durchgeführt. Von dieser Erhebung erwartet man detaillierte Angaben über die Zahl der Studienanfänger in den nächsten Semestern und über deren Studienwünsche. Außerdem will man die gewonnenen Zahlen mit den später anfallenden Individualdaten aus der Studentenstatistik zusammenführen, um feststellen zu können, inwieweit die Studienwünsche realisiert werden konnten beziehungsweise geändert wurden. Auch für die Planung zur Beseitigung von Engpässen an den

Hochschulen, vor allem in den Fächern mit Numerus clausus, erhofft man wichtige Hinweise zu erhalten.

Befragt werden alle Schüler der Abschlußklassen an Gymnasien, die mit dem Ende des Schuljahres 1973/74 die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erlangten. Die Schüler der Abschlußklassen werden im weiteren vereinfachend als Abiturienten zusammengefaßt. Erfragt wird, an welchen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen bzw. Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen die künftigen Studenten in welchen Fächern wann ihr Studium beginnen wollen und welche Berufswünsche sie haben. Nicht ausge-

Schüler der Abschlußklassen 1974 nach Hochschulart und Studienbeginn

Studienabsicht Hochschulart	Schüler				Beabsichtigte Studienaufnahme im							
	insgesamt		männ- lich	weib- lich	SS 1974	WS 1974/75	SS 1975	WS 1975/76	SS 1976	WS 1976/77	SS 1977	später und ohne Angabe
	Anzahl	%	Anzahl									
Universitäten / Gesamthochschulen	4 719	44,18	2 954	1 765	51	2 965	103	690	256	562	25	67
Philosophisch-theologische und kirchliche Hochschulen	27	0,25	25	2	-	24	1	1	-	-	-	1
Pädagogische Hochschulen / Erziehungswissenschaftliche Hochschulen	681	6,37	187	494	5	564	11	48	19	25	-	9
Kunsthochschulen	39	0,36	14	25	-	27	3	4	3	1	-	1
Fachhochschulen / Ingenieurschulen	2 636	24,68	2 046	590	59	1 908	58	289	76	199	10	37
Hochschulen im Ausland	24	0,22	11	13	-	14	4	2	2	2	-	-
Unentschieden / ohne Angabe der Hochschule	786	7,35	534	252	12	386	37	145	65	96	7	38
Hochschulen insgesamt	8 912	83,44	5 771	3 141	127	5 888	217	1 179	421	885	42	153
Unentschlossene	1 117	10,45	748	369	-	-	-	-	-	-	-	-
Ohne Studienabsicht	651	6,09	297	354	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	10 680	100,0	6 816	3 864	127	5 888	217	1 179	421	885	42	153

wertet werden Angaben über die Berufswünsche derjenigen Abiturienten, die nicht studieren wollen.

Berücksichtigt werden muß allerdings, daß die Schüler vor dem Schulabschluß gefragt werden. Diejenigen, die im Frühjahr 1974 die Prüfung für die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife nicht bestanden, wurden mit erfaßt. Exakte Aussagen über die tatsächlich zu erwartenden Studenten können mit den Zahlen nur mit Vorbehalt getroffen werden, es lassen sich jedoch gut fundierte Aussagen über die Entwicklungstendenzen geben.

Bei einem Vergleich zwischen den Soll-Schülerzahlen aus den Klassenbogen und den Ist-Zahlen aus den Individualbogen der Befragung zeigte sich, daß 99,4% der Schüler den Bogen ausfüllten.

Weniger Abiturienten zum Studium entschlossen

Von den 10 680 befragten Abiturienten wollten 8 912 (83,4%) studieren. 1972 hatten 89,7%, 1973 noch 88,2% der Abiturienten die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Die Diskussion um den Numerus clausus und die Tatsache, daß es für Akademiker schwieriger wird, einen Arbeitsplatz zu finden, scheint manchen Schüler von der Aufnahme eines Studiums abzuhalten. Allerdings ist der überblickbare Zeitraum noch zu kurz, als daß schon von einer Trendwende gesprochen werden könnte.

Von den 3 864 Mädchen waren 3 141 (81,3%) studienwillig, von den 6 816 Jungen waren es 5 771 (84,7%). Offensichtlich streben die Schülerinnen in fast gleichem Umfang wie die Schüler ein Hochschulstudium an.

Gravierender ist der Unterschied bei den 651 (6,1%) Abiturientinnen und Abiturienten, die ohne Studienabsicht waren: 354 (9,2%) weibliche, aber nur 297 (4,4%) männliche Schüler wollten auf keinen Fall studieren. Gemessen an der Gesamtzahl der Schüler ohne Studienabsicht sind das 45,6% der Abiturienten und 54,3% der Abiturientinnen. Von den noch unentschlossenen 369 (9,5%) Schülerinnen und 748 (10,1%) Schülern ist anzunehmen, daß eini-

ge von ihnen doch noch an eine Hochschule gehen werden.

Sowohl bei der Zahl der noch Unentschlossenen als auch bei den Schülern ohne Studienabsicht ist eine steigende Tendenz zu bemerken. Waren 1972 noch 6,3% der Abiturienten ohne eine Vorstellung über ihre weitere Ausbildung, so konnten 1973 bereits 7,6% nicht angeben, wie sie sich ihren Berufsweg vorstellten. 1974 waren sogar 10,5% nicht in der Lage, konkrete Angaben über ihre Ausbildungs- und Berufswünsche zu machen. Ebenso stieg die Anzahl derjenigen Abiturienten, die kein Studium aufnehmen wollen. 1972 waren es 4%, 1973 wollten 4,2% an keine Hochschule, 1974 waren es bereits 6,1%.

Der größte Teil der Abiturienten mit Studienabsicht kommt von altsprachlichen bzw. humanistischen Gymnasien mit 643 (91,6%) Schülern, von Fachoberschulen mit 2 626 (88,2%) und von mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien mit 1 474 (82%). Mit 3 224 (79,6%) und 287 (77,4%) Schülern haben die Abgänger von neusprachlichen Gymnasien und von technischen und Wirtschaftsgymnasien den geringsten Anteil an Abiturienten mit Studienabsicht. Allerdings war in diesen beiden Schultypen auch der Anteil der Unentschlossenen mit 492 (12,2%) bei neusprachlichen und 61 (16,4%) bei technischen und Wirtschaftsgymnasien mit am größten.

2 632 Schüler wollen an rheinland-pfälzischen Hochschulen studieren

Von den 8 912 Studienwilligen wollten 127 (1,4%) im Sommersemester 1974 bereits ihr Studium aufnehmen. Der weitaus größte Teil, nämlich 5 888 Schüler (66,1%), will zum Wintersemester 1974/75 mit dem Studium beginnen, 217 (2,4%) im Sommersemester 1975 und 1 179 (13,2%) im Wintersemester 1975/76. Die übrigen 1 501 (16,8%) künftigen Studenten beabsichtigen, im Sommersemester 1976 oder später zur Universität zu gehen.

Studienwillige 1974 mit Studienziel Lehrer
nach Studienbeginn und Art des angestrebten Lehramts

Studiengbeginn	Lehramt für				
	Grund- und Hauptschulen	Sonderschulen	Realschulen	Gymnasien	Berufsbildende Schulen
SS 1974	6	2	4	9	6
WS 1974/75	462	181	223	686	218
SS 1975 und später	63	19	39	332	87
Insgesamt	531	202	266	1 027	311
Anteil in %	22,7	8,6	11,4	43,9	13,3

Mehr als die Hälfte der 8 912 rheinland-pfälzischen studienwilligen Abiturienten (4 700 oder 52,7%) will im Land bleiben; 1 671 (18,8%) planen an einer Universität (ohne philosophisch-theologische und kirchliche Hochschulen), 397 (4,5%) an einer der Abteilungen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und 2 632 (29,5%) an einer Fachhochschule in Rheinland-Pfalz studieren.

Lehrerberuf noch immer attraktiv

Der Beruf des Lehrers scheint noch immer, vor allem für Abiturientinnen, sehr attraktiv zu sein. Von den 3 141 studienwilligen Schülerinnen streben 1 274 (40,6%) das Lehramt an, von den 5 771 zum Studium entschlossenen Schülern dagegen nur 1 063 (18,4%). Insgesamt möchten 2 337 (26,2%) von den 8 912 Studienwilligen einmal an Schulen unterrichten. Die meisten derjenigen Schüler, die Lehrer werden wollen, beabsichtigen, an Gymnasien zu gehen (1 027 oder 43,9%). Weniger erstrebenswert scheint das Lehramt an Grund- und Hauptschulen zu sein, das 531 (22,7%) Schüler erlangen wollen, während das Lehramt an berufsbildenden Schulen von 311 (13,3%), an Realschulen von 266 (11,4%) und an Sonderschulen von 202 (8,6%) als Berufsziel angegeben wird.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine abnehmende Tendenz beim Berufswunsch Lehrer: 1972 wollten noch 30,7% der Studienwilligen an Schulen gehen, 1973 waren es noch 27,2% und 1974 wollten 26,2% einmal Unterricht erteilen. Gesunken ist der Trend zum Lehramt an Grund- und Hauptschulen von 10,0% (1972) auf 8,2% (1974) ebenso wie zum Lehramt an Realschulen von 5,7% (1972)

auf 3,0% (1974). Dagegen nahm die Zahl derjenigen zu, die an berufsbildenden Schulen arbeiten wollen, und zwar von 2,4% (1972) auf 3,5% (1974).

Als gewünschtes Studienfach erster Wahl wurden von 818 angehenden Studenten (9,2%) die Wirtschaftswissenschaften genannt, 717 (8,0%) wollen Elektrotechnik studieren, 638 (7,2%) zeigten Interesse für Sozialpädagogik und Sozialwesen und 518 (5,8%) für Maschinenbau. Unter den am häufigsten genannten Fächern hatten Medizin mit 475 (5,3%) Schülern, Biologie, Chemie und Physik mit 437 (4,9%), Germanistik mit 398 (4,5%) sowie Rechtswissenschaft mit 353 (4,0%) ebenfalls starken Zuspriech. Die einstigen Modelfächer Soziologie und Politologie wurden nur von 61 (0,7%) beziehungsweise 47 (0,5%) Schülern genannt.

Inwieweit die Studienwünsche realisiert und schließlich die Ausbildung an den Hochschulen auch abgeschlossen wird, kann mit diesen Zahlen nicht festgestellt werden, da sie lediglich Absichten und Wünsche der Schülerinnen und Schüler widerspiegeln. Die tatsächlichen Studiengänge der Schüler will man durch eine Zusammenführung der Angaben der Abiturienten mit den Daten aus der individualisierten Studentenstatistik überprüfen und langfristig verfolgen.

Studienwillige 1974 nach angestrebter beruflicher Tätigkeit

Angestrebte Tätigkeit	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Angestrebte Tätigkeit als beruflich Selbständige	1 316	903	413
Angestrebte Tätigkeit als Angestellte, Beamte, Richter, etc.	5 335	3 447	1 888
Noch nicht feststehend	1 867	1 202	665
Ohne Angaben	394	219	175
Insgesamt	8 912	5 771	3 141

Nach Abschluß ihres Studiums wollen von den 8 912 Studienwilligen 5 335 (59,9%) eine Tätigkeit als Angestellte, Beamte, Richter usw. aufnehmen, und zwar 1 888 (35,3%) Schülerinnen und 3 447 (64,6%) Schüler. 1 316 (14,8%) wollen beruflich selbständig werden, davon 413 (31,4%) Abiturientinnen und 503 (68,6%) Abiturienten.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Ausbildungsstand in den Berufsgruppen Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Um Unterlagen über den Ausbildungsstand der Bevölkerung zu gewinnen und zwar sowohl der im Berufsleben stehenden Personen wie auch derjenigen, die eine Erwerbstätigkeit noch nicht oder nicht mehr ausüben, wurde in der Volkszählung allgemein die Frage nach dem Schulabschluß gestellt. Kombiniert man diese Angaben mit dem ausgeübten Beruf, so erhält man Ergebnisse, die insofern für die Bildungsplanung von besonderem Interesse sind, als sie erkennen lassen, welche Schulen die in den einzelnen Be-

rufen derzeit beschäftigten Erwerbstätigen durchlaufen haben. Bei der Aufbereitung wurden die Erwerbstätigen jeweils nach ihrem letzten Schulabschluß zugeordnet; wer nach dem Besuch einer Realschule noch eine Fachschule absolvierte, wurde zum Beispiel nicht unter den Erwerbstätigen mit Mittlerer Reife aufgeführt, sondern unter den Absolventen einer Fachschule. Unter den Erwerbstätigen mit einem Abschluß an einer allgemeinbildenden Schule erscheinen nur diejenigen, die keine Berufsfach-, Fach- oder Hochschule

Deutsche Erwerbstätige nach Berufsgruppen und der Art des höchsten Schulabschlusses 1970

Nr.	Berufsbereich Berufsgruppe	Ins- gesamt	Mit Abschluß ¹⁾ an einer						Noch in Aus- bildung
			allgemeinbildenden Schule			berufsbildenden Schule		Hoch- schule	
			Volks- schule	Mittlere Reife	Abitur	Berufs- fach-/ Fach- schule ²⁾	Inge- nieur- schule		
		Anzahl	%						
I	<u>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</u>	165 970	91,5	1,7	0,4	5,6	0,0	0,2	0,5
01	Landwirte	81 500	89,7	2,0	0,5	7,1	.	0,1	0,4
04	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	66 960	95,2	1,2	0,2	2,7	-	0,0	0,8
05	Gartenbauer	8 330	89,6	2,6	.	6,5	-	-	.
06	Forst-, Jagdberufe	7 040	78,6	2,9	1,4	14,3	0,0	2,9	-
II	<u>Bergleute, Mineralgewinner</u>	3 280	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-
III	<u>Fertigungsberufe</u>	543 080	92,2	1,4	0,1	4,6	.	0,1	1,0
10	Steinbearbeiter	6 090	90,9	1,8	0,0	7,3	-	0,0	0,0
14	Chemiearbeiter	24 960	90,4	3,2	.	2,8	.	0,8	2,0
16	Papierhersteller, -verarbeiter	5 720	95,7	.	-	.	-	-	-
17	Drucker	8 350	86,2	5,2	.	3,4	.	.	1,7
22	Metallverformer (spanend)	13 440	94,5	.	-	2,3	-	-	1,6
24	Metallverbinder	7 900	93,3	2,7	.	2,7	-	-	.
26	Feinblechner, Installateure	15 500	90,7	0,7	0,0	6,7	0,0	0,0	2,0
27	Schlosser	47 870	90,6	1,5	0,2	5,2	0,2	0,2	2,1
28	Mechaniker	31 280	88,9	2,0	0,0	7,5	0,0	0,0	1,6
31	Elektriker	39 630	84,5	3,0	0,3	7,9	.	0,3	3,3
32	Montierer und Metallberufe, a. n. g.	11 690	97,2	.	-	1,8	-	.	.
35	Textilverarbeiter	19 310	92,3	0,6	.	4,4	-	-	0,6
37	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	35 320	96,2	0,9	.	2,0	-	-	.
39	Back-, Konditorwarenhersteller	9 690	81,3	3,3	.	13,2	-	-	1,1
40	Fleisch-, Fischverarbeiter	10 350	85,7	1,0	-	11,2	-	-	1,0
41	Speisenbereiter	13 590	89,6	2,2	0,0	5,9	-	-	2,2
44	Maurer, Betonbauer	34 380	93,5	1,2	0,3	4,4	0,3	0,0	0,3
45	Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	10 080	91,4	.	.	6,5	-	-	.
46	Straßen-, Tiefbauer	10 190	96,7	0,0	0,0	3,3	-	-	0,0
47	Bauhilfsarbeiter	14 590	98,6	.	-	0,7	-	-	.
48	Bauausstatter	11 390	93,6	0,0	0,0	5,6	-	0,0	0,9
50	Tischler, Modellbauer	18 940	89,4	1,1	.	7,8	-	-	1,1
51	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	17 730	90,3	0,6	.	7,4	-	-	0,6
52	Warenprüfer, Versandfertigmacher	18 200	95,6	1,1	.	2,2	.	.	.
53	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	31 810	97,5	0,9	0,3	1,3	-	0,0	0,0
54	Maschinenisten und zugehörige Berufe	19 390	96,8	0,5	.	2,1	-	-	.
IV	<u>Technische Berufe</u>	58 620	39,1	5,6	1,1	24,8	19,7	7,6	2,0
60	Ingenieure	18 100	13,3	4,1	2,9	8,1	57,8	13,9	0,0
62	Techniker	25 280	56,3	5,7	0,4	32,5	2,6	0,4	2,2
63	Technische Sonderfachkräfte	12 830	47,5	8,3	.	36,7	.	.	5,0
V	<u>Dienstleistungsberufe</u>	686 990	69,1	9,9	2,1	10,8	0,3	6,4	1,3
68	Warenkaufleute	116 180	80,9	8,6	1,5	7,5	0,3	0,6	0,7
69	Bank-, Versicherungskaufleute	22 870	45,3	30,7	3,6	15,6	.	0,9	2,7
70	Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	7 010	69,4	16,3	2,0	10,2	0,0	2,0	0,0
71	Berufe des Landverkehrs	55 730	93,7	2,0	0,2	3,4	.	.	0,4
73	Berufe des Nachrichtenverkehrs	11 590	91,7	3,7	0,0	4,6	0,0	-	0,0
74	Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	31 770	95,5	1,6	0,3	1,9	-	.	.
75	Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	17 280	47,9	18,2	6,4	15,8	3,5	7,0	1,2
76	Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	15 310	22,4	19,0	15,6	26,5	4,1	10,2	1,4
77	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	24 170	64,9	14,5	2,5	15,7	0,4	1,2	0,8
78	Bürofach-, Bürohilfskräfte	162 040	67,5	17,1	2,0	10,8	0,2	0,7	1,6
79	Dienst-, Wachberufe	9 700	94,1	1,2	-	4,7	0,0	0,0	0,0
80	Sicherheitswahrer	43 080	69,0	10,5	6,7	10,2	0,2	0,7	2,6
83	Künstler und zugeordnete Berufe	6 800	60,5	7,0	2,3	18,6	-	9,3	.
84	Ärzte, Apotheker	7 530	-	-	-	4,4	-	95,6	-
85	Übrige Gesundheitsdienstberufe	26 000	28,1	6,3	0,8	54,6	-	1,2	9,1
86	Sozialpflegerische Berufe	8 580	37,2	7,7	.	50,0	.	1,3	2,6
87	Lehrer	26 670	0,8	0,0	.	4,0	.	94,0	0,8
90	Körperpfleger	14 160	89,8	0,7	.	7,3	-	.	1,5
91	Gästebetreuer	24 550	85,4	5,3	0,8	6,9	-	0,4	.
92	Hauswirtschaftliche Berufe	14 160	94,1	2,2	0,0	3,0	-	0,0	0,7
93	Reinigungsberufe	29 320	98,2	1,1	.	0,4	-	.	.
VI	<u>Sonstige Arbeitskräfte</u>	5 960	87,7	7,0	.	3,5	.	.	.
	<u>Insgesamt</u>	1 463 900	78,7	5,7	1,2	8,7	1,1	3,5	1,2

1) Ohne Erwerbstätige, die noch Schulen besuchen. - 2) Einschl. Technikerschule.

besucht haben. Die folgenden Angaben beziehen sich auf das zum Erhebungsstichtag 27. Mai 1970 bestehende Bildungssystem.

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach dem Schulabschluß hängt bei den einzelnen Berufen nicht nur von den generellen schulischen Voraussetzungen für die Ausübung des Berufes ab, sondern auch von dem Grad der Qualifikation der im Laufe der beruflichen Entwicklung erreichbar ist: In einem Handwerksberuf sind die Anforderungen an einen Meister andere als die an einen Gesellen; für bestimmte Ingenieuraufgaben ist der Abschluß eines Studiums an einer technischen Hochschule erforderlich, für andere reicht der Besuch an einer Ingenieurschule (heute Fachhochschule) aus. Wegen der Vielfalt der Berufswege sollten Analysen über die schulische Vorbildung der Erwerbstätigen deshalb möglichst bei den einzelnen Berufsordnungen ansetzen. Bei der nachstehenden Darstellung werden die prägnantesten Unterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen herausgestellt.

Anteil der Berufsfach- und Fachschulabsolventen in bestimmten Handwerkerberufen relativ hoch

Von den Erwerbstätigen in landwirtschaftlichen Berufen besitzen 91,5% lediglich einen Volksschulabschluß, während 5,6% nach dem Besuch einer allgemeinbildenden Schule noch eine Berufsfach- oder Fachschule absolvierten. Am stärksten differenziert ist die schulische Vorbildung bei den Forst- und Jagdberufen; 14,3% der Erwerbstätigen in dieser Berufsgruppe können den Abschluß einer Berufsfach- oder Fachschule und 2,9% einen Hochschulabschluß vorweisen. Bei den Fertigungsberufen ist die Verteilung der Erwerbstätigen nach dem Schulabschluß ähnlich wie bei den landwirtschaftlichen Berufen (92,2% mit Volksschulabschluß und 4,6% mit dem Abschluß einer Berufsfach- oder Fachschule). Der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Berufsfach- oder Fachschulabschluß ist dabei in den Berufen besonders hoch, in denen die Selbständigen stärker vertreten sind und zur Führung eines eigenen Betriebes eine Meisterprüfung erforderlich ist; das gilt insbesondere für die Metallfeinbauer (17,7% sind Absolventen einer Berufsfach- oder Fachschule), die Back- und Konditorwarenhersteller (13,2%), die Fleisch- und Fischverarbeiter (11,2%), sowie die übrigen Ernährungsberufe (14,3%).

Bei den technischen Berufen besagen die Durchschnittswerte über die schulische Vorbildung recht wenig, da es sich zwar um einen eng umrissenen Bereich handelt, unter dem aber Berufe subsumiert sind, die eine sehr unterschiedliche Qualifikation voraussetzen. Während die hier nachgewiesenen Naturwissenschaftler (Mathematiker, Physiker und Chemiker) alle ein Hochschuldiplom besitzen, haben von den Ingenieuren 13,9% eine technische Hochschule, 57,8% eine Ingenieurschule und 8,1% eine Berufsfach- oder Fachschule besucht; 20,3% konnten dagegen nicht den Besuch einer weiterführenden Schule nachweisen. Dies zeigt, daß die Angaben über den ausgeübten Beruf mit einiger Skepsis zu betrachten sind, vor allem dann, wenn mit der Berufsbezeichnung ein gewisses Prestige verbunden ist (die Einsammlung der Erhebungsbogen erfolgte durch ortsansässige Zähler!). Auch von den Technikern haben nur 32,5% eine Berufsfach- oder

Fachschule und 2,6% eine Ingenieurschule absolviert. Von den technischen Sonderfachkräften schlossen 36,7% ihre Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule ab; 5% befinden sich noch in der Ausbildung.

Hochschulabsolventen unter den Dienstleistungsberufen am stärksten vertreten

Von den in Dienstleistungsberufen beschäftigten Erwerbstätigen haben 10,8% ihre Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule abgeschlossen und 6,4% ein Hochschuldiplom erworben. Der relativ hohe Anteil der Hochschulabsolventen erklärt sich daraus, daß unter die Dienstleistungsberufe eine ganze Reihe von akademischen Berufen fallen, wie Richter und Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker, Lehrer, Seelsorger, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe (soweit sie nicht unter einer anderen Berufsgruppe erfaßt sind wie zum Beispiel die Lehrer oder Mathematiker). Darüber hinaus sind Hochschulabsolventen auch noch unter anderen Berufsgruppen des Dienstleistungsbereiches stärker vertreten, so unter den Publizisten, Dolmetschern und Bibliothekaren (21,4%), den administrativ entscheidenden Berufstätigen (10,2%), den Künstlern und den ihnen zugeordneten Berufen (9,3%) sowie den Unternehmern, Organisatoren und Wirtschaftsprüfern (7,0%). Bei den Gesundheitsdienstberufen (ohne Ärzte und Apotheker) und den sozialpflegerischen Berufen wird weithin der Besuch einer Berufsfach- oder Fachschule vorausgesetzt, so daß der Anteil der Absolventen von Berufsfach- oder Fachschulen hier 54,6% bzw. 50,0% ausmacht. Aber auch in anderen Berufsgruppen ist für die Ausübung bestimmter Funktionen der Besuch einer Berufsfach- oder Fachschule erforderlich. Hierzu gehören etwa die administrativ entscheidenden Berufe (Anteil der Berufsfach- und Fachschulabsolventen 26,5%), die Künstler und die ihnen zugeordneten Berufe (18,6%), die Bank- und Versicherungskaufleute (15,6%) sowie die Rechnungskaufleute und die Datenverarbeitungsfachleute (15,7%).

Der Anteil der Erwerbstätigen, die unmittelbar nach der Ablegung des Abiturs ihre Berufstätigkeit aufgenommen und danach keine weiterführende Schule mehr besucht haben, ist relativ hoch unter den Publizisten, Dolmetschern und Bibliothekaren (28,6%) sowie unter den administrativ entscheidenden Berufen (15,6%). Bei der zuletzt genannten Berufsgruppe wird dieser Prozentsatz noch durch den Anteil der Erwerbstätigen mit Mittlerer Reife als letzten Schulabschluß (19,0%) übertroffen. Noch stärker sind die Absolventen einer Realschule allerdings unter den Bank- und Versicherungskaufleuten vertreten (30,7%). Der Bereich der Dienstleistungsberufe schließt aber auch mehrere Berufsgruppen ein, die bisher vorwiegend Volksschulabgänger aufgenommen haben; darunter fallen die Reinigungsberufe (Anteil der Volksschulabgänger, die keine weiterführende Schule besucht haben, 98,2%), die Lager- und Transportarbeiter (95,5%), die hauswirtschaftlichen Berufe sowie die Dienst- und Wachberufe (je 94,1%), die Verkehrsberufe (92 bis 94%), die Körperpfleger (89,8%), die Gästebetreuer (85,4%) und die Warenkaufleute (80,9%).

Dr. G. Nold-Stahlberg

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 696	3 698	3 700
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	2 628	2 881	2 414	2 052 ^p	3 119 ^p	2 121 ^p	2 204 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	8,4	9,5	7,7	6,7 ^p	9,9 ^p	7,0 ^p	7,0 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	3 197	3 111	3 174	3 158 ^p	3 143 ^p	2 787 ^p	3 415 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	10,2	10,2	10,1	10,4 ^p	10,0 ^p	9,2 ^p	10,9 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 635	3 428	3 561	3 800 ^p	3 648 ^p	3 215 ^p	3 695 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	11,6	11,3	11,3	12,5 ^p	11,6 ^p	10,6 ^p	11,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	77	79	77	64	70	63	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	23,7	25,4	23,8	20,3	22,3	22,6	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 438	- 317	- 387	- 642 ^p	- 505 ^p	- 428 ^p	- 280 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 1,4	- 1,0	- 1,2	- 2,1 ^p	- 1,6 ^p	- 1,4 ^p	- 0,9 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	9 996	11 019	11 605
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	8 292	8 348	9 492
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	1 704	2 671	2 113
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 508	10 958	10 073	10 058	12 299
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	9,8	9,3	10,3	29,5	26,1	27,0	29,8
* Männer	1 000	7,8	8,5	4,7	4,5	5,2	17,5	15,0	15,4	17,2
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	88	74	79	238	175	181	202
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	325	287	293	3 559	2 942	2 763	2 702
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	4 470	4 239	4 134	12 507	11 653	12 155	12 339
Offene Stellen	Anzahl	27 090	28 810	35 386	35 528	34 095	17 323	17 492	17 236	15 727
Männer	Anzahl	16 842	18 662	22 366	22 474	21 639	10 042	9 879	9 694	8 907
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	452	475	436	297	267	254	204
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	3 429	3 312	3 301	967	899	988	945
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	15 961	16 378	15 859	6 536	6 608	6 411	5 860
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693	.	708	.	.	714	.	.
* Milchkühe	1 000	251	250	.	253	.	.	247	.	.
* Schweine	1 000	744	737	.	.	.	727	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	70	71	.	.	.	72	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	.	.	.	47	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	14	13	14	18	17	14	17
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	92	88	88	102	93	78	89
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	15	9	9	17	14	9	10
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,1	10,5	10,2	10,3	10,5	12,3	11,5	9,9	11,4
* Rinder	1 000 t	4,3	4,3	3,8	3,8	4,0	5,0	4,9	4,1	4,7
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,6	6,2	6,3	6,4	6,4	7,1	6,5	5,7	6,6
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	165	167	200	111	85	198	129	107	65
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	61	68	77	55	70	102	108	87	114
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	94	87	84	86	94	87	85
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	86,5	87,1	86,5	85,3	86,8	86,6	86,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	12,0	11,5	10,8	11,4	12,1	11,6	10,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	2 995	2 992	2 992	2 925	2 914	2 911	2 895
* Beschäftigte	1 000	404	407	406	407	409	400	399	399	399
Arbeiter 2)	1 000	298	299	298	299	301	291	290	290	291
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	47 858	44 373	41 670	43 705	45 601	38 519	40 340
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	684	685	673	705	730	737	760
* Löhne	Mill. DM	384	434	453	440	446	453	479	467	489
* Gehälter	Mill. DM	207	235	231	245	227	252	251	270	271
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	67	68	69	88	91	78	77
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	98	71	84	93	100	95	99
Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	1	1	2	2	2	2	2
Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	97	70	82	91	98	93	97
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	201	182	179	189	184	176	163
leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	34	30	26	33	31	25	24
schweres Heizöl	1 000 t	167	177	167	152	153	156	153	151	139
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	857	848	858	946	989	924	924
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	262	248	257	286	322	296	292
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	3 231	3 015	2 925	3 633	3 734	3 389	3 612
* Auslandsatz	Mill. DM	637	757	793	687	685	1 084	1 065	1 025	1 034
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	234	246	249	261	220	261	253	254 ^P	222 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	247	262	261	273	232	278	266	268 ^P	237 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	247	263	263	275	234	278	268	269	237
Energiewirtschaft	1962 = 100	228	245	218	215	207	271	260	266 ^P	249 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	264	283	282	298	270	304	294	299	276
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	180	179	218	226	203	181	185	183	155
Chemische Industrie	1962 = 100	317	341	322	343	322	372	352	365	345
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	322	334	327	355	287	363	349	362	295
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	299	270	223	271	221	318	298	302	278
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	183	191	197	197	148	187	181	168	142
Schuhindustrie	1962 = 100	102	89	85	77	55	80	78	46	63
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	182	196	207	206	157	207	197	184	162
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	166	161	184	197	155	171	172	177	139
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	97	.	.	.	95	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	128	.	.	.	140	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	225	169	150	186	144
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 357	1 357	1 438	1 590	1 667
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	506	483	537	534	569
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 062	1 030	1 037	1 229	1 231
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1	0,1	0	0	0,2	0,1	0,1	0
Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	133	117	83	93	140	131
Gasauflommen 4)	Mill. cbm	120	133	117	83	93	140	131
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	88 251	88 766	88 813	80 774	80 539	80 632	80 340
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	49 416	50 869	49 746	45 412	45 391	46 454	44 951
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	24 088	23 117	24 175	20 600	20 518	19 583	20 728
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	14 399	13 772	12 509	11 999	12 640	11 027	10 975
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	8 506	8 164	7 234	6 748	7 063	6 192	6 071
Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	5 898	5 601	4 900	4 473	4 730	4 022	3 977
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	118	120	95	84	155	131	89
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	2 490	2 443	2 239	2 191	2 178	2 039	2 005
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	5 893	5 608	5 275	5 251	5 577	4 835	4 904
Hochbau	1 000	1 346	1 142	1 327	1 166	1 126	1 228	1 296	1 101	1 090
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	4 566	4 442	4 149	4 023	4 281	3 734	3 814
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	2 116	2 120	1 998	1 826	2 048	1 846	1 863
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	154	153	151	136	154	144	148
* Löhne	Mill. DM	118	124	140	138	136	121	138	128	132
* Gehälter	Mill. DM	13	15	14	15	15	15	16	16	16
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	304	353	354	299	311	281	320

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1974 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	1 832	1 680	2 014	1 243	1 228	1 428	1 320
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	1 662	1 556	1 835	1 186	1 178	1 357	1 250
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	2 059	1 740	2 449	1 232	1 251	1 480	1 336
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	337	285	416	220	220	263	239
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	361	286	429	203	201	242	215
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	251	280	338	197	176	202	232
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	1 241	1 045	1 676	549	687	781	922
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	101	145	233	72	79	133	128
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	199	186	294	102	119	135	169
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	4 082	3 061	5 192	2 181	2 179	2 563	2 410
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	134	.	.	.	141	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	204	.	.	.	213	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	212	.	.	.	222	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	216	.	.	.	228	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	194	.	.	.	205	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	200	.	.	.	207	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	146	.	.	.	168	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	226	.	.	.	248	.	.
Deckenputz	1962 = 100	191	214	218	.	.	.	238	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	234	.	.	.	251	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	192	.	.	.	208	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	182	202	201	.	.	.	221	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	939,5	742,5	825,7	1 200,7	1 268,9	1 037,9	1 204,3
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	42,7	40,2	39,8	48,1	55,8	40,4	58,0
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	896,8	702,3	785,9	1 152,6	1 213,2	997,5	1 146,3
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	13,4	10,9	10,6	12,9	14,6	12,2	12,7
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	48,4	45,0	50,0	72,1	80,0	64,9	72,8
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	835,0	464,4	725,3	1 063,5	1 118,6	920,5	1 060,8
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	316,7	215,4	274,3	414,3	436,6	408,3	451,6
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	518,3	431,0	451,0	649,3	681,9	512,1	609,2
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	426,4	356,7	350,7	564,1	595,0	497,4	549,0
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	142,4	116,7	130,2	180,5	205,5	155,4	184,8
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	63,5	58,7	56,4	85,0	84,3	78,0	77,3
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	70,1	60,9	59,6	96,5	90,1	77,4	77,0
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	81,7	58,5	71,1	106,2	106,0	106,4	104,6
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	46,6	41,9	43,7	67,4	80,5	56,4	82,4
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	3,7	2,7	3,8	6,4	3,9	2,9	3,5
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	18,4	17,5	16,5	22,1	24,7	21,0	19,5
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	38,7	29,3	36,2	41,1	44,7	37,2	41,1
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	49,1	39,5	44,4	56,1	58,6	56,1	57,7
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	61,5	40,8	53,3	53,5	62,3	51,4	62,7
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	141,3	122,6	122,5	204,7	222,9	155,6	202,5
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	69,0	36,9	50,6	66,9	62,0	75,9	75,7
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	539,5	517,9	519,7	703,1	799,0	660,7	819,0
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	116,9	100,0	108,4	121,3	138,5	90,7	106,5
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	422,7	418,0	411,3	581,8	660,5	570,0	712,5
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	106	106	107	105	105 ^r	103	104
* Umsatz	1970 = 100	122	135	135	135	130	149	148 ^r	133 ^r	143
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	119	123	126	147	148 ^r	136 ^r	156
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	140	144	137	149	153 ^r	138 ^r	143
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	136	129	120	157	139	117 ^r	131
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	155	144	137	167	154 ^r	145 ^r	152
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	119	111	113	131	135 ^r	128	133
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	135	128	117	126	134 ^r	112 ^r	122

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	105	107	103	101	104 ⁺	103	104
Teilbeschäftigte	1970 = 100	117	115	123	125	117	115	123 ⁺	122	123
* Umsatz	1970 = 100	112	116	133	134	131	129	140 ⁺	131	124
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	113	120	141	146	150	135	150 ⁺	148 ⁺	142
Gaststättengewerbe	1970 = 100	109	116	127	125	118	125	132 ⁺	119	111
Fremdenverkehr										
in 292 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	303	347	367	244	317	328	...
* Auslands Gäste	1 000	54	49	59	84	114	35	50	69	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	1 111	1 398	1 719	928	1 146	1 325	...
* Auslands Gäste	1 000	134	122	124	190	334	81	105	173	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	3 752	3 398	3 465	3 121	3 397	2 882	...
* Güterempfang	1 000 t	1 555	1 677	1 923	1 734	1 864	1 625	1 771	1 602	...
* Güterversand	1 000 t	1 544	1 466	1 829	1 664	1 601	1 496	1 626	1 280	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	3 594	3 597	3 504	3 518	4 140	3 249	3 287
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	3 095	3 031	2 909	2 648	3 119	2 783	2 932
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	65	72	86	84	83	74	71	82	86
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	4 101	3 672	4 002	3 869	4 722	3 687	3 656
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 613	1 460	1 485	1 405	1 638	1 575	1 360
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	60	70	86	83	82	70	69	84	85
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 664	11 174	13 923	13 225	10 447	12 433	12 220	9 209	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	165	212	423	347	317	435	394	261	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	12 151	11 804	9 070	10 845	10 885	8 153	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	787	578	573	534	529	422	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	474	426	397	521	335	301	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	730	865	781	669	752	712	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	28 074	29 796	29 438	27 559	21 788	28 229	31 320	27 166	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	23 844	22 287	19 165	23 671	24 778	22 193	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	4 884	4 416	2 022	4 190	5 756	4 127	...
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	1 066	1 012	850	991	1 074	947	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	710	856	601	368	786	846	...
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	136	192	137	80	161	171	...
Ferienziel - Reisen	1 000	3	3	5	5	9	3	4	8	...
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	569	659	455	285	621	667	...
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	14 685	14 704	12 062	11 971	15 955	13 911	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 595	7 256	8 415	7 783	7 025	6 690	7 256	6 556	6 298
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 912	1 802	2 222	2 112	1 871	1 735	1 914	1 751	1 614
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 683	5 454	6 193	5 671	5 154	4 955	5 342	4 805	4 684
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 470	4 832	4 774	4 403	3 918	3 835	4 071	3 614	3 553
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 213	1 215	1 419	1 268	1 236	1 120	1 271	1 191	1 131
* Getötete Personen	Anzahl	101	90	108	95	98	69	95	74	90
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	58	45	52	39	55	40	46
Fußgänger	Anzahl	24	23	17	18	16	15	17	14	19
* Verletzte Personen	Anzahl	2 759	2 559	3 142	3 033	2 789	2 447	2 676	2 481	2 267
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 950	1 869	1 751	1 478	1 595	1 532	1 324
Fußgänger	Anzahl	331	318	414	332	259	302	295	248	227
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	1 038	1 016	920	809	877	827	755
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	576	556	515	412	469	460	403
Fußgänger	Anzahl	169	155	192	149	125	163	129	130	106
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	40 940	37 579	38 380	42 877	42 447	38 675	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	919	785	792	1 011	906	683	...
Telegramme	1 000	40	36	40	40	42	34	37	31	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1335 652	1224 963	1411 456	1357 167	1474 268	1232 254	...
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1319 591	1231 871	1391 028	1379 010	1480 173	1186 963	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	21 779	23 392	26 893	25 066	24 390	23 052	...
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	28 467	32 025	33 332	36 042	33 248	29 341	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 107	1 108	1 108	1 117	1 118	1 118	...
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	993	995	995	1 005	1 007	1 008	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	26 531	29 977	27 610	28 301	28 480	29 929	30 042	30 799	30 993
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	26 265	29 811	27 413	28 110	28 305	29 728	29 843	30 599	30 736
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	6 755	7 207	7 191	7 630	7 460	8 061	7 940
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	6 620	6 970	6 963	7 395	7 275	7 775	7 729
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	135	237	227	234	185	286	212
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 501	3 547	3 502	3 066	3 178	3 161	3 280
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	3 149	3 150	3 070	2 702	2 759	2 753	2 783
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	352	397	432	364	419	408	496
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	17 156	17 357	17 611	19 032	19 204	19 377	19 516
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	13 185	13 269	13 480	14 258	14 351	14 436	14 522
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	3 971	4 088	4 131	4 773	4 853	4 941	4 994
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	23 587	26 828	24 809	24 494	24 567	27 142	27 556	27 368	27 432
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	9 466	9 222	9 388	10 771	11 107	10 883	10 871
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	7 798	7 634	7 829	9 133	9 134	8 992	8 973
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 669	1 588	1 559	1 638	1 973	1 890	1 898
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	13 828	13 752	13 657	14 790	14 859	14 894	14 962
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 547	8 494	8 440	8 896	8 939	8 951	8 988
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	757	778	698	647	707	770	758	645	902
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	721	743	807	735	689	625	834
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	17	22	12	17	12	20	33	19	36
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	4 610	8 175	18 598	11 760	14 560	4 313	30 262
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	1	2	2	-	2	4	3
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 536	1 604	1 643	1 434	1 571	1 697	1 822	1 615	1 816
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	4 593	3 818	4 873	7 533	10 063	6 499	7 230
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	498 312	758 870	470 538	390 744	561 770	777 261	497 232
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	317 163	561 519	308 084	209 800	366 528	570 879	310 870
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	207 791	264 818	271 653	193 021	224 008	184 143	351 700	221 918	232 106
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	97 172	-	-	-	124 598	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	7 898	240 971	58 228	19 611	- 7 368	241 918	18 426
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	3 632	2 801	7 802	3 443	1 608	6 064	4 198
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	39 202	56 522	33 980	124 726	18 046	2 603	20 588	100 979	56 140
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	16 432	-	-	-	13 396	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	181 149	197 351	162 454	180 944	195 242	206 382	186 362
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	116 604	139 164	126 031	130 158	139 448	130 047	134 211
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	64 545	58 187	36 423	50 786	55 794	76 335	52 151
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	108 844	94 144	89 541	83 105	85 387	96 014	86 489
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	11 669	10 055	4 861	3 481	9 003	7 341	6 014
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	90 899	70 602	76 450	74 731	70 835	74 849	73 317
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	67 296	38 443	40 080	39 614	67 018	39 659	46 487
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	27 055	1 883	1 869	2 460	28 252	3 045	3 786
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	26 670	24 885	27 531	27 546	26 412	22 481	30 740
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	6 144	6 949	7 485	5 369	6 900	6 811	6 141
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	281 926	328 243	.	312 401
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	.	9 924
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	34 377	37 647	.	38 719
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	198 901	237 996	.	219 186
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	.	17 309
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	369 722	473 076	366 222	327 716	373 367	479 735	382 340
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	139 012	250 380	134 285	90 638	159 161	252 972	137 898
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	116 426	128 196	105 597	114 423	123 295	130 577	117 857
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	5 440	356	36 799	39 550	5 524	172	40 096
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	297 272	380 913	293 395	259 611	332 427	382 107	325 024
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	138 523	248 452	133 375	89 825	158 103	252 972	133 742
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 10)	1 000 DM	80 995	89 104	86 013	93 662	83 141	90 622	101 782	89 304	104 699
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	5 440	356	36 799	39 550	5 524	172	40 096
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	.	371 045
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 11)	1 000 DM	122 457	148 511	.	132 748
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	.	145 083

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	312	344
* Männliche Arbeiter	DM	341	375
* Facharbeiter	DM	364	397
* Angelernte Arbeiter	DM	329	364
* Hilfsarbeiter	DM	287	317
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228
* Hilfsarbeiter	DM	197	215
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98
* Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25
* Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0
Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1
Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971
* männlich	DM	1 517	1 744
* weiblich	DM	1 824	2 105
Technische Angestellte	DM	1 187	1 345
* männlich	DM	1 932	2 223
* weiblich	DM	1 989	2 271
* weiblich	DM	1 358	1 510
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341
* männlich	DM	1 150	1 319
* weiblich	DM	1 504	1 711
* weiblich	DM	915	1 021
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674
* männlich	DM	1 301	1 481
* weiblich	DM	1 657	1 880
Technische Angestellte	DM	1 013	1 131
* männlich	DM	1 910	2 191
* weiblich	DM	1 968	2 239
* weiblich	DM	1 331	1 482
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 122	1 111	1 108	1 107	1 108	1 112	1 113
Pflichtmitglieder	1 000	676	677	675	673	673	671	671
Rentner	1 000	366	370	369	370	371	376	377
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,6	5,5	5,0	4,9	5,9	5,2
Männer	%	5,0	5,7	5,6	5,2	5,1	5,9	5,4
Frauen	%	4,6	5,3	5,3	4,7	4,6	5,8	5,2
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	394 570 ³⁾	409 369	409 462	412 422	413 086	416 937	414 928	416 220	416 515
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911 ³⁾	150 244	143 277	143 983	159 961	161 222	159 344	160 986	178 967
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	7 027	6 224	6 203	20 635	18 803	18 629	19 121
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	6 011	5 272	5 269	18 506	16 750	16 477	16 812
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	153	149	.	150	.	.	.	146	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	40 579	41 623	41 401	43 890	43 880	45 247	45 053

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 973 ^p	61 904 ^p	61 933 ^p	61 967 ^p	61 967 ^p	61 967 ^p	61 967 ^p	61 967 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 879 ^p	31 871 ^p	39 065 ^p	42 089 ^p	32 736 ^p	30 287 ^p	47 437 ^p	31 642 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 970 ^p	53 280 ^p	55 208 ^p	54 301 ^p	54 279 ^p	53 712 ^p	56 857 ^p	50 194 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919 ^p	59 858 ^p	59 208 ^p	57 167 ^p	66 265 ^p	62 093 ^p	61 274 ^p	54 976 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 950 ^p	- 6 578 ^p	- 4 000 ^p	- 2 866 ^p	- 11 986 ^p	- 8 381 ^p	- 4 417 ^p	- 4 782 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	241	211	201	562	517	457	451
Männer	1 000	141	150	128	105	100	329	281	239	233
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 452	.	.	20 436	.	21 363	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	293	288	278	299	326	318 ^r	286
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	1 978	2 149	2 017	1 961	2 028	2 191	2 035
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 347	8 352	8 353	8 232	8 210	8 190	8 162
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	916	969	904	910	903	923	812
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	52 818	57 313	54 921	63 904	62 924	65 791	60 454
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	11 095	12 369	11 595	15 944	15 108	15 947	14 798
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	166	179	189	184	188	181	188	185	194 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	167	180	190	185	188	184	189	186	195 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	164	177	186	182	187	179	186	183	193 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	232	256	263	233	222	284	260	253	246 ^p
Bergbau	1962 = 100	94	94	96	93	89	99	93	94	93 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	169	182	192	189	194	185	193	189	200 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	191	212	220	220	224	217	227	224	231 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	162	177	188	184	192	178	186	184	201 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	163	167	183	174	173	171	175	168	172 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	148	153	155	154	159	147	158	155	166 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	152	150	166	175	181	135	158	159	167 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112	7 732	8 328	7 165	8 300	7 656	8 119	6 747
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888	9 113	9 570	9 615	16 654	9 629	10 161	9 486
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069	2 940	3 142	2 887	3 561	3 235	3 403	3 154
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596	4 127	3 853	4 171	3 788	4 689	4 174	4 506	4 125
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059	2 770	3 226	2 821	3 592	3 255	3 501	2 932
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	24 532	23 406	21 240	27 825	24 563	25 208	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	7 395	7 475	7 004	4 266	3 942	4 040	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 535	1 549	1 552	1 359	1 369	1 366	1 360
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	203	232	219	168	185	193	172
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	5 430	5 932	6 388	4 965	5 101	5 673	5 601
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	59 029	68 245	61 274	36 961	36 506	42 044	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	220	218	221	214	222	234	234	...
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	107	128	121	132	125	147	149	149	137 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	164	181	177	171	174	188	180
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	11 608	13 048	12 024	15 080	14 761	16 077	14 335
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	14 179	15 870	13 640	19 711	19 339	20 958	16 845
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	2 571	2 822	1 616	4 631	4 578	4 881	2 516

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	93	98	93	96	92	104	102
Binnenschifffahrt	1970 = 100	95	102	108	115	110	103	109
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	97	108	101	107	109	122	126
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	103	102	103	107	100	100
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	104	107	98	108	103	111	104	111	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	45 767	47 429	44 934	45 033	46 227	46 224	46 586	48 242	48 392 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	681 676	756 976	703 969	708 750	717 912	762 534	765 773	768 835	778 662 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	569 672	631 587	589 288	593 563	602 031	637 099	637 979	640 583	650 515 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	112 004	125 389	114 681	115 187	115 881	125 435	127 794	128 252	128 147 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	565 845	634 201	581 700	587 702	588 281	631 938	636 548	638 769	639 713 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	261 673	280 486	263 739	263 150	261 952	281 687	282 373	283 675	284 612 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	150,5	144,7	164,1	150,4	146,6	122,9	124,5	122,2	117,5
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	79,4	70,8	73,9	71,2	67,9	64,3	63,2	62,6	62,4
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	7 133	8 385	4 861	4 677	11 984	11 636	5 461	5 635	12 988
Lohnsteuer	Mill. DM	4 095	5 105	4 123	4 216	4 634	4 109	4 679	5 284	5 604
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 915	4 152	3 893	4 599	4 144	3 825	4 046	4 967	4 487
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 846	2 938	2 655	2 669	2 841	2 402	2 488	2 652	2 863
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 498	2 812	2 651	2 635	2 758	2 652	2 554	2 768	2 831
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,7	...	124,9	125,8	122,3	118,0	114,5	113,7 ^P	113,0 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	127,3	...	131,5	134,5	138,2	143,5	143,0	142,6	142,4
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	116,1	123,8	122,2	122,8	123,4	136,9	138,3	140,0	140,2
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	.	188,5	.	.	.	202,2	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	.	132,0	.	.	.	144,6	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	111,1	118,8	117,5	118,2	119,0	125,2	125,9	126,7	127,2
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	118,0	119,1	119,9	122,3	123,4	124,3	124,8
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	119,3	120,0	120,5	127,3	128,5	129,0	129,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	118,1	118,6	119,0	123,8	124,2	124,7	125,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	117,3	119,3	122,9	150,1	143,5	144,8	144,8
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	113,7	114,2	114,4	120,8	121,4	122,0	122,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	114,0	122,6	120,9	121,2	122,0	131,1	133,6	134,5	135,4
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	120,1	120,9	121,4	128,2	129,7	130,6	131,3
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	112,9	113,1	113,4	120,7	121,7	122,6	123,1
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	115,3	115,5	116,0	123,2	123,4	123,6	123,5
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	110,7	118,2	117,1	117,7	118,3	124,3	125,2	125,8	126,3
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	128,1
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	132,6
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	131,7
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	133,6
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	97,4
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	99,2

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Weiterer Rückgang der Geburtenzahlen

Im ersten Halbjahr 1974 wurden in Rheinland-Pfalz 17 772 Kinder lebend und 149 tot geboren. Von den Lebendgeborenen waren 9 056 Knaben und 8 716 Mädchen, das entspricht einer Relation von 1 039 Knaben zu 1 000 lebendgeborenen Mädchen. Die Geburtenzahl ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres weiter zurückgegangen, nämlich um 1 272 Fälle oder 6,7%.

Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder an der Gesamtheit der Lebendgeborenen beträgt 5,8% und ist in den vergleichbaren Zeiträumen der vergangenen Jahre stetig angestiegen (1971: 5,1%).

In der ersten Jahreshälfte starben 21 632 Personen, 10 924 Männer und 10 708 Frauen. Die Vergleichszahlen für 1973 sind 22 644 Personen, davon 11 496 männlichen und 11 148 weiblichen Geschlechts. Der Gestorbenenüberschuß beträgt 3 860 Personen gegenüber 3 600 des Vorjahres.

Von den Gestorbenen waren 423 Kinder unter einem Lebensjahr, von denen allein 256 in den ersten sieben Lebenstagen starben. Mit 55% liegt die Säuglingssterblichkeit der Knaben, wie in früheren Jahren, deutlich höher als es ihrem Anteil an den Geburten entspricht. ko

Fachgeschäfte gewannen an Bedeutung

Da sich die Struktur des Einzelhandels im Laufe der 60er Jahre erheblich verändert hat, wurde die monatliche Einzelhandelsstatistik auf der Grundlage der Handels- und Gaststättenzählung 1968 auf einen neuen Berichtskreis umgestellt. Die Ergebnisse der aktualisierten Statistik liegen nunmehr in Form von Maßzahlen über Umsatz und Beschäftigte auf der Basis 1970 = 100 vor. Danach erhöhte sich der Umsatz des rheinland-pfälzischen Einzelhandels von 1962 bis 1973 nominal um 114%. Während die Wirtschaftsgruppe Waren verschiedener Art, die die Warenhausunternehmen enthält, im Laufe der 60er Jahre auf Kosten der Fachgeschäfte ständig an Bedeutung gewonnen hat, begann sich in den 70er Jahren dagegen wieder eine gewisse Rückverlagerung zu den Fachgeschäften durchzusetzen. Die Warenhausunternehmen konnten von 1970 bis 1973 ihren Absatz um 25,5% steigern, die Facheinzelhändler mit einem Netz von fünf und mehr Filialen verzeichneten gleichzeitig eine Wachstumsrate von + 53%.

Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze war im Jahre 1973 vor allem durch Preissteigerungen bestimmt. Während sie sich gegenüber dem Vorjahr nominal um 10,1% erhöhten, erreichten sie zu Preisen von 1970 nur eine Steigerung von + 3,6%. Die größte Diskrepanz zwischen nominaler und realer Entwicklung ergab sich beim Kohle- und Mineralölhandel (nominal + 28,6%, real + 14,7%), die überwiegend durch die Preispolitik der Erdöl-Lieferländer bedingte Entwicklung setzte sich im ersten Halbjahr 1974 mit Wachstumsraten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von + 37,9 bzw. + 13,4% verstärkt fort.

Die abweichende Umsatzentwicklung in den 60er und 70er Jahren spiegelte sich auch in den Beschäftigtenzahlen wider. Während die Gesamtzahl der Beschäftigten bis 1970 eine leicht rückläufige Tendenz aufwies, waren ab 1971 wieder jährliche Zuwachsraten zwischen + 2,1 und + 2,6% zu beobachten. Die Erhöhung des Personalbestandes vollzog sich

jedoch in erster Linie bei den Teilzeitbeschäftigten, wogegen sich die Zahl der Vollbeschäftigten in dieser Zeit lediglich mit Raten zwischen + 0,4 und + 1,3% erhöhte. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 224

Erheblich niedrigeres Wachstum der Kfz-Bestände als in den vergangenen Jahren

Nachdem der Bestand an polizeilich angemeldeten Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz am 1. Januar 1974 gegenüber Juli 1973 um 1 300 auf 1,25 Mill. geringfügig zurückgegangen war, hat er sich bis zum 1. Juli 1974 wieder um 24 000 oder 1,9% auf nunmehr 1,27 Mill. erhöht. Diese Zuwachsrate liegt aber erheblich niedriger als die vergleichbaren Raten der letzten Jahre, die sich in der Regel auf mehr als 4% beliefen. Nur knapp über dem Durchschnitt liegen mit + 2,1% die Personen- und Kombinationskraftwagen, die mit 82,2% jedoch den weit überwiegenden Teil der Kraftfahrzeuge ausmachen. Eine wesentlich niedrigere Wachstumsrate wiesen dagegen die Lastkraftwagen (+ 0,3%) und die überwiegend landwirtschaftlichen Zugmaschinen (+ 0,8%) auf. Eine Ausnahme machten wieder die Krafträder, die seit Juli 1973 eine ständige Ausweitung erfuhren. Ihr Bestand erhöhte sich seit Januar 1974 nochmals um 1 071 auf 15 502.

Das abgeschwächte Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes ist in erster Linie auf den konjunkturbedingten Rückgang der Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen zurückzuführen. So registrierten die rheinland-pfälzischen Zulassungsstellen im ersten Halbjahr 1974 nur 61 285 Anmeldungen von Fahrzeugen dieser Art gegenüber noch 84 237 im ersten Halbjahr 1973 (— 27,3%). Den größten Anteil an dieser Entwicklung hatten mit — 21 278 Fahrzeugen (— 28,4%) wiederum die Personen- und Kombinationskraftwagen, wobei die Personenkraftwagen mit 1 500 und mehr ccm Hubraum mit einer besonders hohen Negativrate (— 40,7%) herausragten.

Trotz dieser Entwicklung setzte sich bei den Personenkraftwagen der Trend zum größeren Wagen fort. Während sich die Zahl der Kleinstwagen mit weniger als 500 ccm Hubraum um 108 auf 15 777 weiter verringerte, konnten die größeren Wagen mit 1 500 ccm Hubraum und mehr ihren Bestand nochmals um 14 000 auf 373 371 (+ 4,0%) erhöhen und erreichten damit einen Anteil an der Gesamtzahl der Personenkraftwagen von 39,0% gegenüber 28,1% im Juli 1970 und nur 15,3% vor zehn Jahren. mc

23% weniger Personenschadens-Unfälle auf Außerortsstraßen

Der bereits im vergangenen Jahr beobachtete Rückgang in der Zahl der Personenschadens-Unfälle setzte sich im ersten Halbjahr 1974 verstärkt fort. In diesem Zeitraum ereigneten sich 9 363 Unfälle gegenüber 11 087 im gleichen Vorjahreszeitraum (— 15,6%). Relativ am stärksten verringerten sich die Unfälle mit Getöteten (— 22,8%). Auch die Unfälle mit Schwer- (— 14,1%) und Leichtverletzten (— 16,0%) verzeichneten einen beachtlichen Rückgang. Bei den Unfällen wurden 408 Menschen getötet (— 130 oder 24,2%), 4 369 schwer (— 930 oder 17,6%) und 8 626 leicht verletzt (— 1 924 oder 18,2%).

Die rückläufige Entwicklung vollzog sich am ausgeprägtesten im Außerortsbereich, wo sich im Berichtszeitraum 36,8% aller Unfälle mit Personenschaden ereigneten. Auf den Außerortsstraßen (ohne Bundesautobahnen) ereigneten sich 23,2% weniger Personenschadens-Unfälle. Die Zahl der tödlich verletzten Unfallopfer verringerte sich hier gleichzeitig um 81 oder 23,9%. Schwerverletzte gab es 568 oder 21,5% und Leichtverletzte 1 221 oder 26,7% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Auf den rheinland-pfälzischen Teilstrecken der Bundesautobahnen verlief die Entwicklung nicht ganz so günstig wie auf den übrigen Außerortsstraßen. Während sich hier die Zahl der Personenschadens-Unfälle um 13,1% auf 331 verringerte, erhöhte sich die Zahl der Toten um 4 auf 24. Dagegen nahm die Zahl der Schwerverletzten um 42 oder 20,2% und der Leichtverletzten um 63 oder 16,0% ab. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß sich das Autobahnnetz vom 1. Januar 1973 bis 1. Januar 1974 von 369 auf 435 km vergrößerte. mc

Arbeiterverdienste im Oktober 1972

Nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich vom Oktober 1972 erhielten nur noch 0,4% der beschäftigten Arbeiter einen Stundenlohn von weniger als 3,50 DM. Auf mehr als 6,50 DM in der Stunde kamen bereits 86% der Arbeiter, wobei die stärkste Konzentration der Verdienste (56%) in den Klassen zwischen 6,50 und 8,50 DM festgestellt wurde. Fast jeder zehnte Verdienst lag sogar über 10,00 DM. 1966 befanden sich unter 100 Arbeitern nur drei Spitzenverdiener mit einem Stundenlohn von mehr als 6,50 DM. Besonders hohe Verdienste wurden wieder in der chemischen Industrie erzielt. Hier hatten im Oktober 1972 schon drei Viertel der Arbeiter einen Stundenlohn zwischen 8,00 und 12,00 DM und ein Fünftel verdiente mehr als 10,00 DM.

Da die Arbeiterinnen noch am häufigsten Hilfstätigkeiten ausüben und nur knapp ein Zehntel der Frauen Fachkräfte sind, überrascht es nicht, daß sich die Verdienste der Arbeiterinnen in niedrigeren Verdienstklassen konzentrieren. Mehr als 6,50 DM verdienen noch keine 20%, weniger als 3,50 DM erhielten allerdings nur 5%, während bei der vorangegangenen Erhebung zwei Drittel der Arbeiterinnen auf diese Verdienstkategorie entfielen. Die höchsten Löhne wurden auch hier den Chemiearbeiterinnen gezahlt, von denen jede zweite auf 5,50 bis 6,50 DM und zwei Fünftel auf mehr als 6,50 DM kamen.

Neben der beruflichen Qualifikation übt das Entlohnungssystem einen beachtlichen Einfluß auf die Höhe der Verdienste aus. Die Verdienstunterschiede zwischen Zeit- und Leistungslohnern betrugen in der Gliederung nach Leistungsgruppen bei Männern bis zu knapp 15%, bei Frauen bis zu fast 18%.

Der durchschnittliche Bruttomonatslohn eines Arbeiters war mit fast 1 600 DM über 600 DM höher als das monatliche Einkommen der Frauen, was sowohl auf die unterschiedliche Beschäftigungsstruktur als auch auf die geringere Wochenarbeitszeit der weiblichen Arbeitnehmer zurückzuführen ist.

Im Oktober 1972 wurden auch wieder Lohnsteuer und Sozialversicherung als gesetzliche Abzüge ermittelt. Sie be-

liefen sich insgesamt auf 26 und 27% der Verdienste männlicher bzw. weiblicher Arbeiter. Für die Arbeiter verringerte sich damit der durchschnittliche Bruttostundenlohn um 2,00 DM auf knapp 6,00 DM netto; die Arbeiterinnen hatten im Schnitt einen Nettolohn von etwas mehr als 4,00 DM.

Aufschlußreich war auch die Schichtung der Arbeitszeitklassen, die ergab, daß noch jeder vierte 43 bis 47 Stunden und fast ein Drittel der Arbeiter sogar mehr als 47 Stunden in der Woche arbeitet. Die Frauen hatten zum überwiegenden Teil eine Wochenarbeitszeit zwischen 39 und 42 Stunden. Aber schon jede fünfte Arbeiterin kam im Oktober 1972 auf weniger als 39 Stunden in der Woche. hä

Hohe Getreideernte in Rheinland-Pfalz

Nachdem sich die Wachstumsverzögerungen im Frühjahr ab Ende Mai durch einen günstigen Witterungsverlauf ausgeglichen haben und die Regenperiode im Juli die Körnerentwicklung noch positiv beeinflusste, kann für Rheinland-Pfalz eine hohe Getreideernte erwartet werden. Die sommerliche Witterung ab Ende Juli ermöglichte auch ein rasches Einbringen der Ernte. Lediglich in den Höhengebieten sind Ende August die Arbeiten noch nicht abgeschlossen gewesen.

Die vorläufige Getreideernte ohne Körnermais wird sich in Rheinland-Pfalz auf annähernd 1,5 Mill. t belaufen und damit die bisher größte Menge aus dem Jahre 1972 noch um gut 60 000 t übersteigen. Sie liegt um etwa 7% über der des Vorjahres und um 12% über dem mehrjährigen Durchschnitt, obwohl die Anbaufläche geringfügig eingeschränkt wurde. Dieses Ergebnis ist daher ausschließlich auf eine beachtliche Steigerung der Flächenerträge zurückzuführen. Da die Getreideernte im August weitgehend bei günstiger Witterung eingefahren werden konnte, sind Verluste durch Auswuchs und Feuchtigkeit bisher in nennenswertem Umfang nicht entstanden.

Für Getreide insgesamt wurde ein vorläufiger Hektarertrag von 39,8 dt ermittelt gegenüber 36,7 dt im Jahre 1973 und 35,4 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1968/73. Hohe Hektarerträge erbrachten vor allem Wintergerste (46,0 dt), Winterweizen (44,1 dt) und Winterroggen (37,9 dt). Die Brotgetreideernte wird etwa 690 000 t betragen, die an Futter- und Industriegetreide gut 780 000 t. Die Ernte an Sommergerste dürfte infolge eines Flächenrückgangs mit rund 375 000 t die Menge des Vorjahres nur geringfügig übersteigen. tg

Anstieg der Schweinebestände zu erwarten

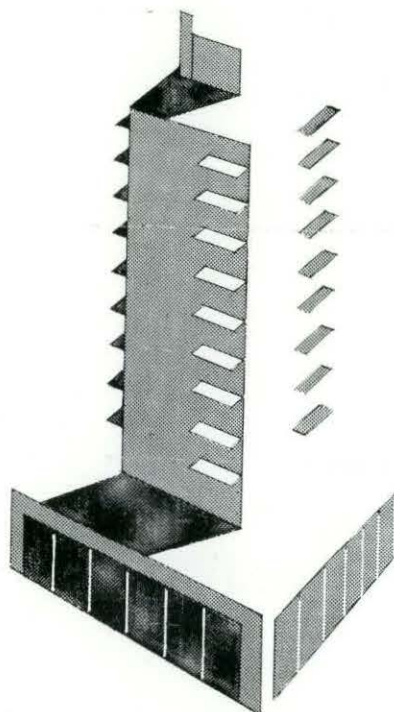
Nach der am 2. August 1974 durchgeführten repräsentativen Erhebung ergab sich in Rheinland-Pfalz ein Schweinebestand von rund 739 000 Tieren gegenüber 737 000 im Dezember 1973 und 727 000 im April 1974. Während sich die Zahl der Zuchtsauen (74 000) seit April dieses Jahres um 2,8% und seit Dezember 1973 um 4,5% erhöhte, stieg die der trächtigen Sauen (48 500) um 3 bzw. 7,1% an und erreichte damit ihren höchsten Stand seit 1970. An Ferkeln sowie Jung- und Mastschweinen wurden 232 400 bzw. 429 600 ermittelt. Auch hier zeigte sich vornehmlich bei den Ferkeln eine erhebliche Zunahme. Als Folge davon dürfte in den kommenden Monaten mit einem stärkeren Schlachtschweineaufkommen gerechnet werden. lx

In der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz ist erschienen

Band 264

BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGSWESEN IN RHEINLAND-PFALZ 1972

Umfang 80 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 5,50



Der vorliegende Band, in dem die Daten der verschiedenen amtlichen Statistiken über Bautätigkeit und Wohnungswesen zusammengefaßt sind, setzt die Reihe der bisher für dieses Fachgebiet herausgegebenen Jahresbände fort. Als Band 260 dieser Reihe konnten die Jahresergebnisse für das Bauhauptgewerbe bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Methodische Änderungen sind nicht eingetreten, so daß die Ergebnisse mit denen des Vorjahres voll vergleichbar sind. Die Wohnungsfortschreibung ist aussagekräftiger geworden, denn auf der Grundlage der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 wird nun der Wohnungsbestand auch nach der Raumzahl der Wohnungen ausgewiesen. Die Regionaldaten beziehen sich auf den Gebietsstand vom 31. Dezember 1972. Die ausführliche Kommentierung wird ergänzt durch 20 Textübersichten, 6 Schaubilder und 37 Tabellen.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.